PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 12. Oktober 1976, fertiggestellt.

14. Oktober 1976 Jg. 4 Nr. 41 50 Pf.

Die Klassenfronten kommen in Bewegung

Finanzbourgeoisie deckt ihre Pläne auf

„Der Kapitalist ist ein strammer Jüngling", hat Eugen Loderer auf einer Versammlung von etwa 300 Vertrauensleuten aus dem Bereich der Verwaltungsstelle Offenbach gesagt. Er wollte damit Vertrauensleute widerlegen, die auf die Verfaulungstendenzen des Kapitalismus hingewiesen hatten. Loderer hat natürlich unrecht. Die Verfaulungstendenzen des Kapitalismus stechen in die Augen.

Oder was hat es mit den Stillegungen und Entlassungen auf sich, was mit der von Loderer oft beschworenen „strukturellen Arbeitslosigkeit"? Was hat es mit den Bemühungen der Stahlkapitalisten auf sich, ihren Heißhunger nach Höchstprofiten durch eine immer wildere Monopolisierung bei gleichzeitiger Stagnation der Produktion zu befriedigen? Längst hat der Kapitalismus aufgehört, einen Fortschritt für die Entwicklung der Produktivkräfte zu bedeuten. Nicht um einen „strammen Jüngling", sondern um einen heimtückischen Greis handelt es sich. Die Kapitalistenklasse entwickelt eine große Energie. Aber diese Energie richtet sich auf kein anderes Ziel, als die Ausbeutung zu verschärfen und die Expansion auf dem Weltmarkt zu betreiben, um der sinkenden Profitrate entgegenzuarbeiten. Der Kapitalismus verfault, aber das bedeutet nicht, daß die Kapitalistenklasse keine Energie mehr hätte, aus den Arbeitern das Letzte herauszupressen, die Unterdrückung ins Maßlose zu steigern, Kriegsvorbereitungen zu treffen und die Welt in ein neues Blutbad zu stürzen. Nach den Bundestagswahlen setzt die Bourgeoisie ihre ganze Energie daran, die Arbeiterklasse noch schärfer auszubeuten und auszuplündern. Sie debattieren dieses Ziel jetzt ganz offen und frech. Vielleicht meint Loderer das, wenn er vom Kapitalisten als einem strammen Jüngling spricht.

Das Programm der Finanzbourgeoisie faßt Ludwig Poullain, Sprecher des Finanzkapitals, Chef der Westdeutschen Landesbank und, wie in der bürgerlichen Presse immer wieder herausgestellt, der SPD nahestehend, folgendermaßen zusammen. Der Artikel steht in der „Welt" vom 7. Oktober:

„Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite, Gewinnverbesserung der Unternehmen und Sanierung der Finanzen der Sozialversicherungen – der Schlüssel für die Lösung dieser dreifachen Augabe liegt entscheidend in der Lohnpolitik. Es wäre zu wünschen, daß alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen nach dem Schlagabtausch des Wahlkampfes nunmehr die Kraft und die Bereitschaft finden, eine solche Einkommenspolitik gemeinsam zu tragen." Die Sache ist eindeutig: Alle Kräfte der Bourgeoisie sollen sich vereint auf die Arbeiterklasse stürzen, um die Löhne zu drücken, die Steuern auf Lohngelder zu erhöhen und noch mehr Millionen mit dem Netz der sozialen Sicherheit aus den Lohngeldern der Arbeiterklasse und anderen Lohnabhängigen herauszufischen als bereits in den letzten Jahren. 1975 hat sich die Kapitalistenklasse auf diesem Weg immerhin schon um 136 Milliarden bereichert. Das reicht ihr nicht. Auch ist es ihr im ersten Halbjahr 1976 bereits gelungen, die Reallöhne um durchschnittlich ein halbes Prozent zu senken, wie die bürgerliche Presse auf Grund von Angaben des Statistischen Bundesamtes am 4. Oktober mitteilte. Auch das reicht nicht. Die Lohnsteuersumme ist in den ersten acht Monaten dieses Jahres um fünf Milliarden gestiegen. Das reicht nicht, sagt die Finanzbourgeoisie. Wir haben Größeres mit euch vor. Wir wollen aus euren Knochen die Kraft schinden, um unsere Position gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten weiter zu verbessern. Wir brauchen Höchstprofite. Wir müssen den Krieg vorbereiten. Das sagt die Finanzbourgeoisie.

„Eine moderne Lohnpolitik ist in den nächsten Jahren unverzichtbar. Die Lohnerhöhungen müssen auf Jahre hinaus so scharf begrenzt werden, daß sie Spielraum lassen für eine weitere Verbesserung der Unternehmensgewinne. Es wäre unverantwortlich und letztlich wahrscheinlich selbstmörderisch, würde man weiter die Illusion nähren, daß die sogenannte ‚Zurückhaltung' in der Lohnrunde 1976 bereits alle Probleme vom Tisch gebracht habe." So Ludwig Poullain. Die Kapitalisten könnten dieses Jahr ihre Gewinne vielleicht um 25 Prozent steigern. Das sei noch viel zu wenig. Über die Schärfe des Klassenkampfes gibt sich dieser Finanzmagnat keiner Täuschung hin: „Rückverteilung ist ein schmerzhafter, ein schwieriger Prozeß." Rückverteilung nennt er das, wenn die Finanzbourgeoisie die Ketten, die das Proletariat niederdrücken, bis zum Zerreißen anspannt. „Die Aufgabe der Wirtschaftspolitiker lautet für die nächsten vier Jahre nicht, ob sie diese enorme Umverteilung schaffen werden, sondern es kann allein um

(Fortsetzung S. 2)



Ministerpräsident Filbinger (Pfeil) Freitag letzter Woche am Kaiserstuhl. Er hatte darauf gesetzt, die Kaiserstühler hätten zusammen mit den Stimmzetteln ihre Interessen in die Urne geworfen. Das haben sie nicht getan. Sie haben Filbinger handgreiflich klargemacht: Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut. Die Polizei konnte gerade noch den Rückzug Filbingers sichern. (Bericht Seite 2)

Zimbabwe:

Wachsamkeit gegenüber den imperialistischen Interventionsabsichten ist notwendig

Die Befreiungskämpfer Zimbabwes haben dem rhodesischen Kolonialregime erneut einen schweren Schlag versetzt. Vorige Woche sprengten sie 50 Kilometer südlich der Victoria-Wasserfälle im Nordwesten des Landes eine Eisenbahnbrücke in die Luft. Elf Wagen eines gerade darüberfahrenden Güterzuges stürzten in den 15 Meter tiefer liegenden Matesi-Fluß.

Im unmittelbaren Herrschaftsbereich der Kolonialisten, in den Städten, nutzen die afrikanischen Arbeiter jede Gelegenheit, um ihre Verbundenheit mit den bewaffneten Streitkräften zu demonstrieren. In der Hauptstadt des Siedlerregimes Salisbury demonstrierten am 3. Oktober bei der Rückkehr von Bischof Muzorewa, dem Führer des früheren Afrikanischen Nationalrates, mindestens 100 000 Zimbabwer, und später sollen in Highfield sich 300 000 Zimbabwer versammelt haben, um gegen das Siedlerregime und für den bewaffneten Befreiungskampf zu demonstrieren. Verhandlungen auf Grundlage des Kissinger-Plans lehnten sie entschieden ab.

Der Kissinger-Plan will die Ausbeutungsinteressen der Imperialisten im südlichen Afrika sichern und dafür den kolonialen Unterdrückungsapparat erhalten. Die europäischen Kolonialisten sollen als „weiße Minderheit" und reaktionärer Stoßtrupp im Land bleiben. Einige bürgerliche Nationalisten sollen für die Beteiligung an Verhandlungen auf dieser Grundlage gewonnen werden. Deshalb versuchen die Imperialisten, Muzorewa und Nkomo, den Führer der ZAPU, der bereits das erste Entspannungsmanöver mitgemacht hat, erneut zu Zugeständnissen zu bewegen und mit ihrer Hilfe die nationale Befreiungsbewegung zu spalten. Die Aufnahme von Verhandlungen auf der Grundlage des Kissinger-Plans und der Vorwand, die nationalen Führer Zimbabwes seien gespalten, sollen ihnen die Gelegenheit liefern, als Garantiemächte das Volk von Zimbabwe anzugreifen.

Gegen den Versuch, den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu unterdrücken, verstärkt die ZANU den Volkskrieg, gegen die Spalterabsichten der Imperialisten kämpft sie für die Bildung einer nationalen Einheitsfront aller Zimbabwer auf der Grundlage einer Plattform zum Sturz des Kolonialregimes und für die revolutionäre Machtergreifung durch das Volk. In diesem Zusammenhang haben am 10. Oktober Robert Mugabe für die ZANU und J. Nkomo für die ZAPU auf einer Pressekonferenz in Daressalam eine Plattform für Verhandlungen mit den Imperialisten bekanntgegeben.

Gegenstand jeder Konferenz müsse die Übergabe der Macht von der Kolonialmacht an das Volk von Zimbabwe sein, also durch Großbritannien. Die Siedler können nur als Teil der britischen Delegation an Verhandlungen teilnehmen. Die „Übergabe der Macht muß vollständig und sofort sein". Außerdem müssen folgende sechs Punkte erfüllt werden:

- Freilassung aller politischen Gefangenen und sonst vom Regime in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengten Personen
- Abschaffung aller Beschränkungen für politische Aktivitäten
- Aufhebung des Notstandes im Land
- Einstellung aller politischen Prozesse
- ungehinderte Rückkehr für alle Mitglieder der verschiedenen Befreiungsorganisationen nach Zimbabwe
- Abschaffung der Wehrdörfer

Die britische Regierung hat als Termin für Verhandlungen den 25. Oktober in Genf angesetzt, Verhandlungen auf Grundlage des Kissinger-Plans. Die rasche Verschlechterung der militärischen Lage treibt die Imperialisten. „Rhodesiens Besorgnis, mit den Vorschlägen voranzukommen (...), kommt von der fegefeuerhaften Atmosphäre im Land. Sie zersetzt die Moral

(Fortsetzung S. 2)

„Gesünder leben"

Die Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen, heißt es. Für die arbeitenden Massen ist dieses Gut so hoch, daß immer weniger dran kommen.

Die bürgerlichen Statistiken führen die Rubrik „Bakterielle Lebensmittelvergiftungen" oder auch „Enteritis infectiosa".

Bis 1962 erkrankten jährlich 2000 bis 3000 Lohnabhängige daran. 1963 stiegen diese Erkrankungen sprunghaft:

1963	**1965**	**1967**
5118	5913	8240
1968	**1969**	**1970**
6926	6213	11880
1972	**1974**	**1975**
14458	22958	31262

Die monatlichen Neuerkrankungen betrugen 1976:

Januar	**Februar**	**März**
1547	1321	1262
April	**Mai**	**Juni**
1071	1425	2200
Juli	**August**	**Gesamt**
2609	4074	15509

Bleibt es bei dieser epidemiemäßigen Ausbreitung, so werden dieses Jahr über 40 000 Lohnabhängige an „Enteritis infectiosa" erkranken, 90 % davon an Salmonellen. Über Salmonellen sagen die medizinischen Lehrbücher, daß sie sich seuchenartig in Schlachthäusern, Großküchen und Konservenfabriken ausdehnen und die Erkrankung choleraartig mit Krämpfen und großem Körperwasserverlust tödlich verlaufen kann.

Die Zunahme dieser Seuche um 600 % in 10 Jahren hat ihre Ursache in der Verschlechterung der Ernährung der Lohnabhängigen. Sie entwickelt sich parallel zu den zyklischen Krisen des Kapitalismus und der Tendenz nach immer rascher steigend. Frisches Fleisch oder andere frische Nahrungsmittel sind nicht von Salmonellen befallen. Diese Sorte Nahrungsmittel stehen aber zunehmend nur noch den Reichen zur Verfügung, die nicht gezwungen sind, in Kantinen zu essen oder in Supermärkten die Nahrungsmittel für Wochen im voraus einzukaufen, weil das Geld für frische Lebensmittel und die Zeit fehlt, täglich einzukaufen.

Die ehemalige und wahrscheinlich auch zukünftige Gesundheitsministerin Katharina Focke hatte noch rechtzeitig vor den Wahlen einen Ernährungsbericht herausgeben lassen. Dieser Bericht schweigt sich peinlichst aus über die Salmonellenerkrankungen. Die im großen und ganzen gute Ernährung wird in dem Bericht beschworen, und es wird festgehalten, daß viel mehr die Gefahr der „Überernährung" bestehe. Das Gegenteil ist der Fall: Ausbreitung von Seuchen, hervorgerufen durch die schlechte Ernährung der Volksmassen, sind die Todeskrämpfe einer untergehenden Gesellschaft. Von der schwarzen Pest sagen die bürgerlichen Mediziner, sie sei Ergebnis mangelnder Hygiene. Es war aber nicht einfach mangelnde Hygiene, sie hatte gesellschaftliche Ursachen: das untergehende Mittelalter. Heute ist es die kapitalistische Produktionsweise, die die Arbeitskraft der Lohnabhängigen bis zum Ruin auspreßt, eine gesunde Ernährung nicht mehr zuläßt und damit Seuchen hervortreibt. Die Bourgeoisie kann diese Seuche nicht bekämpfen, weil ihre eigene Produktionsweise die Ursache dafür ist. Die Bourgeoisie kann nur noch Berichte anfertigen, die die Wirklichkeit auf den Kopf stellen. Solche Berichte werden die Arbeiterklasse nicht davon abhalten, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Die Wirklichkeit ist ausschlaggebend.

Zimbabwe

(Fortsetzung von Seite 1)

der Weißen ganz allgemein, aber besonders die der Truppen an vorderster Front im Krieg gegen die nationalistischen Aufständischen", schreibt „The Daily Telegraph", eine Zeitung des britischen Imperialismus. Sie meint damit, daß die Zeit für die militärische Intervention der Imperialisten drängt. Deshalb entwickeln die Imperialisten auch eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit. Am 29.10. trafen sich Kissinger und der Außenminister der anderen Supermacht, des sowjetischen Sozialimperialismus, Gromyko, um sich über Rhodesien zu besprechen. Beide Supermächte haben bei all ihrer Rivalität ein gemeinsames Interesse, die Befreiung des Volkes von Zimbabwe zu verhindern und den selbständigen Befreiungskampf zu unterdrükken. Nur dadurch können sie ihre Ausbeutungsinteressen sichern. Der BRD-Imperialismus hat gleichfalls von Anfang an jeden Schritt mit den US- und den britischen Imperialisten abgesprochen. Das zeigte das erste Treffen von Kissinger und Vorster in der BRD, und auch jetzt wieder reiste Schmidt zu einem „Privatbesuch" beim britischen Premier Callaghan nach London. Man kann sicher sein, daß es dabei um die Beratung über die imperialistische Intervention in Zimbabwe und die imperialistische Aggression gegen das Volk von Zimbabwe ging.

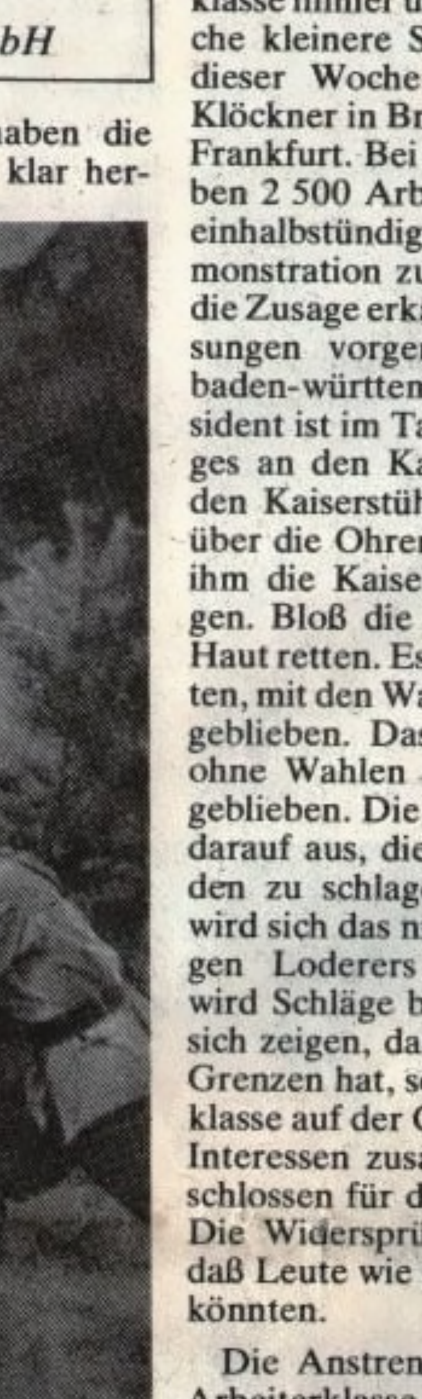
Die beiden Supermächte wie auch die westeuropäischen Imperialisten setzen alles daran, den Erfolg des Befreiungskampfes in Zimbabwe zu verhindern. Sie komplizieren die Lage durch Einmischung und Spaltung. Diese Situation stellt hohe Anforderungen an das Volk von Zimbabwe und seine revolutionäre Führung. Sie stellt auch hohe Anforderungen an das proletarische Klassenbewußtsein der Revolutionäre in den imperialistischen Ländern.

Wie das erste Entspannungsmanöver gezeigt hat, ist für das Volk von Zimbabwe entscheidend, daß es das Gewehr nicht aus der Hand legt und den bewaffneten Befreiungskampf weiterführt bis zur Kapitulation der Kolonialisten, daß es die Spaltungsmanöver der Imperialisten vereitelt. Dies tut es unter Führung der ZANU. Für die Revolutionäre der imperialistischen Ländern ist entscheidend, daß sie in der proletarischen Solidarität nicht nachlassen und jede Intervention entschlossen vereiteln.

Finanzbourgeoisie deckt ihre Pläne auf

(Fortsetzung von Seite 1)

die Frage des Wie gehen. Denn zu dem Ob gibt es keinerlei Alternative." Mit der SPD-FDP-Regierung glauben die Kapitalisten dabei besonders gut zu fahren. Mit Hilfe der SPD hoffen sie, die Gewerkschaften direkt ihrer Politik zu unterwerfen. Was die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer betrifft, so ist diese Absicht der Finanzbourgeoisie vollständig realistisch. Was die Arbeiterklasse betrifft, so wird sie sich das nicht gefallen lassen.



Kommunismus und Klassenkampf Arbeitshefte 9

Das Netz der sozialen Sicherheit
Fangnetz der Finanzbourgeoisie

DM 1,20
Zu beziehen über: Buchvertrieb Hager GmbH

Nach dem Wahlkampf haben die Kapitalisten ihre Absichten klar herausgelassen. Zum Beispiel so: „Die Rentenerhöhungsgarantie, welche auch die FDP im Wahlkampf zu geben sich nicht enthalten konnte, wäre zu vergessen: Wer für bare Münze nimmt, was im Wahlkampf gesagt wird, ist selber schuld." (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Das ist die eine Seite, die Seite der Kapitalistenklasse.

Es gibt aber auch die Seite der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Sie ist die Hauptseite im Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat auf der einen und der Arbeiterklasse und den Volksmassen auf der anderen Seite. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen haben ihre Interessen nicht mit dem Stimmzettel in die Urne geworfen. Sie haben bei den Wahlen einen klaren Kopf behalten. Während die Drohungen der Kapitalistenklasse immer lauter werden, werden die Kampfaktionen der Arbeiterklasse immer unübersehbarer. Zahlreiche kleinere Streiks haben bereits in dieser Woche stattgefunden, so bei Klöckner in Bremen, so bei Klimsch in Frankfurt. Bei SKF in Schweinfurt haben 2 500 Arbeiter durch einen zweieinhalbstündigen Streik und eine Demonstration zur Geschäftsleitung sich die Zusage erkämpft, daß keine Entlassungen vorgenommen werden. Der baden-württembergische Ministerpräsident ist im Taumel seines Wahlerfolges an den Kaiserstuhl gefahren, um den Kaiserstühlern endgültig das Fell über die Ohren zu ziehen. Fast hätten ihm die Kaiserstühler seines abgezogen. Bloß die Polizei konnte ihm die Haut retten. Es gibt Leute, die behaupten, mit den Wahlen sei alles beim alten geblieben. Das ist ganz falsch. Auch ohne Wahlen wäre nichts beim alten geblieben. Die Finanzbourgeoisie geht darauf aus, die Arbeiterklasse zu Boden zu schlagen. Die Arbeiterklasse wird sich das nicht gefallen lassen. Eugen Loderers „strammer Jüngling" wird Schläge bekommen, und es wird sich zeigen, daß seine Kraft sehr enge Grenzen hat, sobald sich die Arbeiterklasse auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen zusammenschließt und geschlossen für diese Interessen kämpft. Die Widersprüche sind zu scharf, als daß Leute wie Loderer das verhindern könnten.

Die Anstrengungen, die Partei der Arbeiterklasse aufzubauen, werden wir vergrößern. Gelingt es der Arbeiterklasse, jetzt ihre Partei aufzubauen,
Arbeiterklasse aufzubauen, werden wir vergrößern. Gelingt es der Arbeiterklasse, jetzt ihre Partei aufzubauen,
dann werden die nächsten Jahre des Klasenkampfes nicht einfach Jahre des Lohnraubs, der Ausplünderung und Unterdrückung. Dann werden sie Jahre der bewußten Vorbereitung der proletarischen Revolution. In einem muß man Loderer mit seinem „strammen Jüngling" recht geben: Der Imperialismus ist zwar sterbender, verfaulender Kapitalismus. Wie alles Reaktionäre wird er aber nur fallen, wenn man ihn stürzt. So hat es Loderer nicht gemeint. So ist es aber.



Das Ensemble der revolutionären Peking-Oper aus der Volksrepublik China besucht gegenwärtig Westdeutschland und führt Szenen aus den revolutionären Tanzdramen „Die Rote Frauenkompanie", „Triumphlied aus dem Yimeng-Gebirge", „Das Mädchen mit dem weißen Haar" und „Sohn und Tochter des Graslandes" auf.
Aufführungen haben bisher stattgefunden in Stuttgart und in Hamburg. Weitere Aufführungen finden am 18./19.10. in Bochum und am 22./23./24.10. in Westberlin statt.
Das Bild zeigt eine Szene aus dem Tanzdrama „Triumphlied aus dem Yimeng-Gebirge", das den Kampf der Volksbefreiungsarmee und der armen Dorfbevölkerung gegen einen despotischen Grundherren und seine Bande schildert. Es legt die Klassenbasis zutage, auf der sich der Volkskrieg unüberwindlich aufbaut entsprechend dem Wort Mao Tsetungs: „Sind Armee und Volk vereinigt wie ein Mann, wer in der Welt kommt ihnen gleich?"
„In den alten Peking-Opern wurde das Volk als Dreck dargestellt", hat Mao Tsetung 1944 festgestellt. In den revolutionären Peking-Opern sind es die Massen, die die Geschichte machen. Sie sind eine Errungenschaft der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats.

Filbinger am Kaiserstuhl:

„Wir haben ihn, laßt ihn ja nicht gehen"

Durch das Ergebnis der CDU bei den Bundestagswahlen in Baden-Württemberg ermutigt, machte sich Filbinger aus der Landeshauptstadt auf den Weg zum Kaiserstuhl. Er muß sich wohl gedacht haben, daß die Bauern am Kaiserstuhl mit dem Wahltag und dem Stimmzettel ihre Interessen in die Urne weggeworfen, den Kampf gegen das Kernkraftwerk Wyhl aufgegeben haben. Er machte sich am Kaiserstuhl an die Einweihung von Kindergärten, um sich in der Gegend wieder einzuführen, und versprach der Gemeinde Sasbach 40 000 DM für einen Naturlehrpfad. Am Freitag wollte er dann in Kiechlingsbergen im Gasthaus „Stube" ein „Arbeitsessen" durchführen. Hunderte von Kaiserstühler Bauern empfingen ihn mit einem Pfeifkonzert.

In den letzten Tagen wurde durch Maßnahmen zur Vorbereitung des Baus des Kernkraftwerks am Kaiserstuhl immer klarer, daß man mit der Offenburger Vereinbarung betrogen worden ist.

Filbinger wollte über Megaphon eine Rede halten. Er kam nicht dazu. Er wurde ausgepfiffen. Mit Sprechchören wurde er am Reden gehindert: „Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!" „Filbinger, Nazi!" Filbinger verzog sich ins Innere des Gasthauses. Dort erklärte er vor Führern der Bürgerinitiativen, vor Landespolitikern und der Presse den Standpunkt der Landesregierung. Die „Badische Zeitung" schreibt: „Wie Filbinger weiter ausführte, müßten zwar die Belange der Menschen am Kaiserstuhl respektiert werden, doch es gehe auch um die Interessen des ganzen Landes, auch wenn dies manchen nicht paßt." Die Interessen des Landes, die Filbinger vertritt, sind die Pläne der BRD-Imperialisten, die durch den Bau von Kernkraftwerken durch den billigen Atomstrom ihre Profite erhöhen wollen und sich in der imperialistischen Konkurrenz Vorteile verschaffen wollen. Der Bau des Kernkraftwerks würde den Bauern beschleunigt die soziale Existenz vernichten.

Immer offensichtlicher wird, daß die Offenburger Vereinbarung, die im Frühjahr des Jahres zwischen der Landesregierung und den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen geschlossen wurde, für die Landesregierung und die „Kernkraftwerk Süd" (KWS) nur ein Instrument ist, um den Bau des Kernkraftwerks durchzusetzen. Durch die Offenburger Vereinbarung sollten die Bürgerinitiativen darauf festgelegt werden, die Entscheidung über das Kernkraftwerk aus der Hand zu geben. In Wyhl wurde kürzlich eine Schneise in den Wald geschlagen, die sich gut eignet für den schnellen Einsatz der Polizeifahrzeuge aus der Richtung Weisweil. Die Landesregierung beteuerte ständig, das sei nur zum Aufbau der Meßstellen, was einen ja gerade stutzig macht. Die Baufirma „Hoch-Tief" wirbt für Anfang November Arbeitskräfte, also für den Zeitpunkt, wo die Offenburger Vereinbarung abläuft. Ein großer Stahlkonzern hat bereits die Stahlsegmente fertiggestellt, die in die Betonwände der Außenhülle des Kernkraftwerks einbetoniert werden sollen. Dementsprechend wird Filbinger von über 1 000 Kaiserstühlern mit einem Pfeifkonzert empfangen, als er um 19.10 Uhr das Gasthaus „Stube" verläßt.

Wieder wird ihm mit Sprechchören entgegengetreten: „Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!" Das Gasthaus ist umstellt. „Hebet en, d'Filberle" ruft eine Bäuerin! „Mir hent en, lont en ja nit gange" ruft ein Bauer. Mit Transparentstangen wird Filbinger angegriffen. Leuchtraketen werden abgeschossen. Filbinger wird mit Tomaten und Weintrauben beworfen. Einige Kaiserstühler Jugendliche berichteten stolz: „Wir haben ihm mehrmals auf den Kopf gespuckt!" Mit mehreren Zügen Polizei wurde Filbinger der Weg frei geschlagen. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kaiserstühlern und der Polizei. Die „Badische Zeitung" schreibt am Montag in der Überschrift: „Filbinger schockiert und deprimiert".

Die bürgerlichen Parteien wurden durch die Aktion aufgeschreckt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Burger äußerte: „Ich sehe bald keinen Weg mehr." Der SPD-Landtagsabgeordnete Nicola sah wieder die Stunde der SPD und erklärte: „Es sei vor allem eine Demonstration gegen Filbinger gewesen als Reaktion darauf, wie er die Leute immer behandelt und verunglimpft hat. Falls das Kernkraftwerk gebaut werden sollte, käme es zu einer erneuten Konfrontation!" Schon immer hat die SPD geschickteres Vorgehen empfohlen und damit deutlich gemacht, daß sie die Kaiserstühler Bauern für beschränkt hält. Am Kaiserstuhl ist inzwischen bekannt, daß in Hessen, wo die SPD/FDP an der Regierung ist, mit denselben Methoden vorgegangen wurde, um das Kernkraftwerk Biblis zu bauen. Der FDP-Landtagsabgeordnete Schött äußerte: „Die Menschen am Kaiserstuhl wollten keineswegs die Revolution und die Veränderung des Staates, sondern einen Erfolg ihrer Bemühungen im Kampf gegen den Reaktor." Kräftig ist ihm die Angst in die Glieder gefahren. Die Kaiserstühler wissen aus Erfahrung, daß sie sich nicht an die gesetzlichen Schranken, die das Privateigentum der KWS schützen, halten können, sondern sie niederreißen müssen. Die Aktion am Freitag war ein großer Schritt nach vorne, um das Kernkraftwerk zu verhindern. Er wird alle bestärken, die das Kernkraftwerk verhindern wollen, und alle isolieren, die den Kampf spalten wollen. – (r., Freiburg/Red.)

Unterstützung der ZANU

Der KBW wird die Kleider-, Geräte- und Geldsammlung zur Unterstützung der ZANU weiterführen. Als zentrale Sammelstelle für die Kleider gilt nach wie vor das Ortsbüro des KBW in Bremen, Gröpelinger Heerstraße 261.

Außerdem muß die Geldsammlung weitergeführt werden. Es müssen regelmäßig anfallende Transportkosten – zum Beispiel betrug die Fracht für die 16 Tonnen der letzten Sendung 12 800 DM – finanziert werden sowie immer wieder kurzfristig notwendige Anschaffungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes.

Geldspenden sind auf das zentrale ZANU-Spendenkonto Volksbank Mannheim

106 83 26

zu überweisen.

In Bremen sind inzwischen wieder etwa 100 Säcke Kleider und eine Anzahl Radios und Plattenspieler eingetroffen. Auf einer Veranstaltung in Heidelberg zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe wurden 2 000 DM für eine Foto- und Dunkelkammerausrüstung gesammelt, um die Informations- und Propagandaarbeit der ZANU über den Befreiungskampf zu unterstützen.

Freiherr Heeremann: Großgrundbesitzer und Banken-Aufsichtsrat

Constantin Freiherr Heeremann von Zuydtwyck, Großgrundbesitzer mit 2000 ha Ackerland und Wald nördlich von Münster, Präsident des Bauernverbandes, CDU-Mitglied und in einer CDU-Regierung als Landwirtschaftsminister vorgesehen, ist aufs engste mit dem Finanzkapital verflochten: Neben Aufsichtsratsfunktionen bei den Genossenschaftsbanken sitzt er im Aufsichtsrat des Chemiemonopols Bayer.

Das Chemiemonopol macht Höchstprofite, diktiert die Preise und ruiniert die Kleinbauern. Der Bayer-Umsatz für die in der Landwirtschaft gebrauchten Pflanzenschutzmittel ist auf 19 % des Konzernumsatzes 1975 (13 % 1971) gestiegen und macht 3,5 Milliarden aus. (Quelle: Bayer-Geschäftsbericht 1975)

28 Milliarden Zinsgewinn fürs Finanzkapital aus

28 Milliarden Zinsgewinn fürs Finanzkapital aus Staatsanleihen.

Unter der Überschrift „Der Rentenmarkt nährt sich immer mehr aus sich selbst" stellt das „Handelsblatt" (5.10.76) fest, daß die Rückzahlungen und der Zinsgewinn aus festverzinslichen Wertpapieren (Staatsanleihen und Schatzbriefe zum Beispiel) 1976 voraussichtlich 60 Milliarden DM betragen wird. Allein an Zinsen kassieren das Finanzkapital, die Kuponschneider und Rentiers 28 Milliarden DM gegenüber 2,2 Milliarden DM 1960, die sie als Tribut über ihren Staat durch Steuern und Gebühren aus den Volksmassen herausgepreßt haben. Der Zinsgewinn macht ein Drittel des Bruttoverkaufs 1976 von festverzinslichen Wertpapieren aus. Die Finanzhaie haben das aus der Ausbeutung der Arbeiter und Ausplünderung der Volksmassen gezogene Geld immer kurzfristiger verliehen – auf ca. 7 Jahre jetzt gegenüber 15 Jahren 1970 – und haben die durchschnittlichen Zinssätze von 5,8 % auf 7,6 % hochgetrieben.

Strafanträge im Stammheim-Prozeß: Die Bourgeoisie will ihre Feinde vernichten.

Die Bundesanwaltschaft hat in ihren Plädoyers gegen die RAF-Mitglieder Baader, Ensslin und Raspe lebenslängliche Gefängnisstrafen gefordert. Sie hat die Strafanträge begründet u.a. mit „Mord" und „Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung". Um diese Feinde des Imperialismus durch lebenslange Haft zu vernichten und um alle Revolutionäre entsprechend verfolgen zu können, hatte die Bourgeoisie vor dem Prozeß die Strafgesetze entsprechend geändert. Bei ihren „Schuldbeweisen" haben die Bundesanwälte ein ehemaliges RAF-Mitglied als Kronzeuge benutzt, das sie mit dem Angebot der Strafmilderung zu allen möglichen Lügen gekauft haben: Die Bundesanwaltschaft selbst hat in ihrem Plädoyer erklärt, „daß der Zeuge Müller nicht ohne Probleme sei".

Austrittserklärung aus der KPdSU:

Zersetzung der Reihen der Revisionisten

Letzte Woche ist Professor Kolman aus der KPdSU ausgetreten. Er ist 84 Jahre alt, war 58 Jahre Mitglied der KPdSU, bekleidete nach seinen Angaben „verantwortliche ideologische Stellen in der Komintern, im Zentralkomitee der KPdSU, im Moskauer Parteikomitee“. „Ich kannte W.I. Lenin persönlich, arbeitete mit N.K. Krupskaja und mit N.S. Chruschtschow und anderen.“ In seiner Austrittserklärung schreibt er, Breschnew bestimme „mit einer winzigen herrschenden Oberschicht“ die Politik der KPdSU.

„Und von was für einem Sozialismus kann überhaupt die Rede sein, wenn anstelle der früheren Ausbeuterklassen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer privilegierte Kasten der Partei- und Sowjetbürokratie entstanden sind, die im Wohlstand schwelgen, vom Volk isoliert sind, über dem Volk stehen und es verachten und nicht fähig sind und nicht wünschen, seine Bedürfnisse und Leiden zu verstehen?“ „In der Sowjetunion gibt es keine elementaren demokratischen Rechte“, sondern „Verbot von Streiks und die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Interessen des Staates“.

Dies sind Enthüllungen, die die herrschende bürokratische Monopolbourgeoisie in der Sowjetunion treffen. Sie sind wahr. Gegen die Arbeiter und Bauern kann die neue Ausbeuterklasse ihre Macht nur durch zügellose Unterdrückung aufrechterhalten. In den letzten Jahren wurden neu eingerichtet „Büros für Spezialabwehr“, „Büro der Nachtpolizei“, „Motorisierte Polizei“. Unter Anleitung und Kontrolle der Polizei und Geheimdienste stehen „öffentliche Ausschüsse“, „Komitees zur Verhütung von Gesetzwidrigkeiten“, „öffentliche und polizeiliche Dienststellen für soziale Sicherheit“. Die „Truppen für die innere Sicherheit“ werden modernisiert. Welcher Sicherheit, welcher Abwehr dienen diese Einrichtungen, wo es doch keine Klassen, keine Klassengegensätze und keinen Klassenkampf geben soll, der Staat ein Staat des ganzen Volkes sein soll, wie die Revisionisten behaupten? Das ist ideologischer Nebel, um die Eroberung der Macht in Partei und Staat durch die Revisionisten zu verdecken. Es sind Maßnahmen zur Diktatur über die Arbeiterklasse. 1972 definierten Breschnew und seine Clique per Gesetz den Kampf der Arbeiter gegen die neuen Ausbeuter und ihre Antreiber in den Fabriken als „schweren Ungehorsam, „Widerstand gegen Vorgesetzte“, „Verleitung von Vorgesetzten zur Pflichtverletzung“, „Gewaltanwendung gegen Vorgesetzte“, als „ernste Vergehen“. Darauf steht schärfste Verfolgung bis hin zur Todesstrafe. Den Kampf der Arbeiter können sie nicht unterdrücken. „Nach Berichten, die aus Tiflis, Tschimkent, Charkow, Kaunas, Tallinn, Minsk, Leningrad und Nowosibirsk durchgesickert sind, wurden in diesen Städten Streiks, Demonstrationen und Aufstände der Bevölkerung durch Truppeneinsatz unterdrückt“, schreibt die „Peking Rundschau“ im September 1976.

Kolman fährt fort:

„Während die Sowjetunion große Reden über die ‚internationale Entspannung‘ und über die ‚friedliche Koexistenz‘ schwingt, verstärkt sie in Wirklichkeit in großem Ausmaß ihre Nuklear- und Raketenwaffen, erarbeitet neue Mittel der Massenvernichtung und bereitet sich auf Aggressionskriege vor. Die Sowjetunion unterhält starke Truppen an ihren Grenzen, schafft immer neue militärische Basen in Europa, Asien und Afrika, bereitet die Okkupation von Rumänien und Jugoslawien vor, und unter dem Deckmantel der ‚uneigennützigen Hilfe‘ für die nationalen Befreiungsbewegungen und die Entwicklungsländer unternimmt sie zahlreiche Versuche, einzudringen und ihre militärische und politische Herrschaft in den verschiedensten Gebieten der Welt zu errichten (. . .).“

Eines der Länder, das Opfer dieser „uneigennützigen Hilfe“ und „Entspannungspolitik“ ist, ist Indien. Das indische Finanzministerium hat Zahlen veröffentlicht, aus denen sich der Charakter dieser „uneigennützigen Hilfe“ erschließen läßt. Im Finanzjahr 1974/75 betrug die „sowjetische Hilfe“ 139 Millionen Rupien; in ebendemselben Finanzjahr mußte Indien Schulden einschließlich Zinsen in der Höhe von 567 Millionen Rupien an die Sowjetunion zurückzahlen – mehr als das Vierfache. 1975 haben die neuen Zaren einseitig gegenüber Indien die Rupie aufgewertet und durch diesen Federstrich die Gesamtschuld Indiens bei ihnen um mehr als 4 Milliarden Rupien erhöht. Sie sind unersättliche Räuber. Entspannung? Sie haben den Vertrag mit Indien über „Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“ abgeschlossen. Kurz darauf, 1971, ermunterten sie Indien zum Krieg gegen Pakistan und zu dessen Zerstückelung. 1975 annektierte Indien das kleine Land Sikkim. Die Supermacht erklärte diesen Gewaltakt zur „Verstärkung der Freundschaft zwischen Indien und Sikkim“ (Peking Rundschau 12/76). Solche Freundschaftsverträge mit Ländern der Dritten Welt hat die sozialimperialistische Macht wenige. Man kann aber daran ermessen, was sie mit dem afrikanischen Land Angola noch alles vorhat, mit dem sie an diesem Wochenende einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat.

Kolman erklärt, daß sich „die ökonomische Lage im Lande immer mehr verschlechtert. Inflation und Teuerung, offiziell bestritten, wachsen in Wirklichkeit. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie ist äußerst niedrig, die Industrieproduktion schlechter Qualität bleibt auch bedeutend zurück, gemessen an den technischen Maßstäben analoger Produktion im Westen. Ist es denn keine Tragödie, daß im sechzigsten Jahr nach der Revolution die Landwirtschaft der einstigen Kornkammer Europas nicht in der Lage ist, die Bevölkerung mit Brot, Fleisch, Fisch und Kartoffeln zu versorgen? Die Sowjetmacht ist nicht fähig, die normale Versorgung sogar der großen Städte – von den Dörfern und den kleinen Städten schon gar nicht zu reden – mit Lebensmitteln, Obst, Kleidung, Möbeln, Industriewaren und sogar Medikamenten zu organisieren.“

Das stimmt so nicht. Denn als in der sozialistischen UdSSR die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern herrschte, hat sie sogar Getreide exportiert. Die Machteroberung durch den Revisionismus und die allseitige Restauration des Kapitalismus im ganzen Land hat auch zum Ruin der Landwirtschaft geführt: Pro Kopf der Bevölkerung ist die Getreideproduktion 1975 sogar geringer als zur Zeit der alten Zaren im Jahr 1913. Die Profitsucht der herrschenden Klasse führt zum rücksichtslosen Raubbau am Land. In Georgien hat sich zwischen 1950 und 1973 das bebaute Land um 486400 Hektar verringert, das heißt um 41,4 Prozent. Dies gibt die sowjetische Zeitschrift „Agrikulturwirtschaft“ in ihrer Ausgabe 8/75 zu.

Die Arbeitsproduktivität gering? Was Wunder, wenn die entscheidende und erste Produktivkraft, die Arbeiterklasse, der Ausbeutung unterworfen und gefesselt ist. Ihre Arbeitskraft ist wieder zur Ware geworden. Die Vorschriften des „neuen Wirtschaftssystems“ legen fest, daß die Direktoren der Fabriken selbst „über Aufnahme und Entlassung der Arbeiter entscheiden. Sie können selbst die Höhe des Lohns festsetzen und haben das Recht, Arbeiter und Angestellte zu belohnen und zu bestrafen“ (zitiert nach Peking Rundschau 1/75). Diese aber wehren sich. In der Zeitschrift „Sowjetisches Kirgisien“ kommen die neuen Bourgeois nicht um das Eingeständnis herum, „daß der Verlust an Arbeitsstunden durch Fernbleiben vom Arbeitsplatz, Arbeitsunterbrechungen und unbegründetes Nachhausgehen nach den Feststellungen der Verwaltungen in den Unternehmen der Lokal- und Leichtindustrie enorme Ausmaße angenommen hat. Allein in den Baukolonnen der Republik hat das Fernbleiben vom Arbeitsplatz in den vergangenen fünf Jahren einen Verlust von mehr als 325000 Arbeitstagen verursacht.“

Schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse aller Nationalitäten der UdSSR, Plünderung der Bauern und Ruin der Landwirtschaft, Unterdrükkung, Militarisierung für imperialistische Abenteuer, das ist das Lebensgesetz dieser Supermacht. Aber der revisionistischen Renegatenclique ist es nur vorübergehend gelungen, der Arbeiterklasse die Macht zu entreißen. Auflehnung der Arbeiter und Bauern, Rebellionen der unterdrückten nichtrussischen Nationalitäten – der Klassenkampf entfaltet sich. Davon will Kolman nichts wissen. Darüber spricht er nicht. Weder von der Ausbeutung der Arbeiter noch von dem Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuterordnung. Auf welcher Seite er inzwischen steht, sieht man daran, daß er direkt die marxistisch-leninistische KPdSU unter Führung Stalins angreift, den er „blutiger Verbrechen“ bezichtigt, und den Revisionistenhäuptling Breschnew als „Fortsetzer der stalinistischen totalitären Diktatur“ angreift. Jene Diktatur aber war die Diktatur der Arbeiterklasse über die gestürzten Ausbeuterklassen. In Georgien besuchen seit 1957 jährlich mehr als 500000 die Gedenkstätte Stalins. Jüngst hat ein Arbeiter aus der Stadt Saporoschie eingetragen: „Ich war und bin stolz auf Stalin als Revolutionär, Praktiker, Theoretiker und Marxist. Er hat sich nie gebeugt.“

Kolman ist ein bürgerlicher Demokrat, der die ungezügelte Diktatur der bürokratischen Monopolbourgeoisie kritisiert, die Breschnew-Clique wegen ihrer Unfähigkeit. Kolmans Austritt ist Ausdruck der scharfen Klassendifferenzierung in der Sowjetunion und der Zersetzung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie. Daß er ausgetreten ist, schmerzt die Revisionisten. Solche Leute mit solcher Geschichte haben sie bislang benutzt, um ihre Verbrechen zu bemänteln. Die „UZ“, Zeitung der DKP, hat sich bislang nicht geäußert. Die KPdSU hat sich nicht geäußert. Was sollen sie auch sagen? Die Tatsachen über die Herrschaft der neuen Zaren sind unerbittlich. – (hjh)

Kolonialistische Idylle – Wirklichkeit des Klassenkampfes

Die Imperialisten leben von Ausbeutung und Lügen

Zwei Bilder, die den Klassenkampf zwischen imperialistischer Bourgeoisie und afrikanischen Volksmassen widerspiegeln.

Auf dem Bild rechts führt die Bourgeoisie vor, wie sie es haben will und worauf sie hinausgeht: Spaltung der afrikanischen Völker, Ausbeutung durch das imperialistische Kapital und ein paar schwarze Bourgeois und Onkel Toms zum Vorzeigen.

Auf dem Bild links ist die Wirklichkeit zu erkennen: Die afrikanischen Massen, die Arbeiter und Bauern, ihre Jugend schließen sich im Kampf gegen die Kolonialherrschaft zusammen, greifen sie mutig an und kämpfen für ihre Befreiung von Imperialismus und Ausbeutung.

Das rechte Bild und die Anzeige darunter kann man nur verstehen, wenn man das linke Bild und die Wirklichkeit kennt. Es ist Bestandteil einer Anzeigenkampagne der südafrikanischen Kolonialisten und der westdeutschen Finanzbourgeoisie in den bürgerlichen Zeitungen.

Mit dem „Transkei“ planen Kolonialisten und Imperialisten einen großen Schachzug gegen die Befreiungsbewegung im südlichen Afrika: Unter dem Deckmantel der „Unabhängigkeit“ des Transkei versuchen sie, den nationalen Befreiungskampf zu spalten. Die Imperialisten investieren dort und verschaffen sich direkte Interventionsmöglichkeiten unter dem Vorwand, einen unabhängigen Staat zu schützen. Die Bewohner des Transkei sind im südafrikanischen Kolonialstaat, in dem sie in großer Anzahl ihre Arbeitskraft verdingen müssen, endgültig zur rechtlosen Sklaverei verdammt. Die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern wie hier in Westdeutschland, die den Befreiungskampf der afrikanischen Völker unterstützt, soll hinters Licht geführt werden.

Aber die Lüge kommt selbst in der Anzeige heraus: „Unser Land, das wir lieben, weil es seit 300 Jahren das Land unserer Väter und Mütter ist“, lassen die Kolonialisten den Onkel Tom in der Anzeige sagen. Seit 300 Jahren treiben die Kolonialisten die Afrikaner in diesem Landstrich zusammen und verwandeln ihn in ein Völkergefängnis. Wer außer dem Gefängnisdirektor wird ein Gefängnis lieben?

Die Rechnung mit dem „Transkei“ wird nicht aufgehen. Das rechte Bild zeigt die Vergangenheit. Das linke Bild den Weg in die Zukunft.

Die OAU hat am 2. Oktober in einer Erklärung aufgerufen, „dem künstlichen Staat ‚Transkei‘ oder den anderen ‚Bantustan‘-Staaten keine Anerkennung irgendwelcher Art und keinerlei Unterstützung zu gewähren“ und „sich mit den Völkern von Azania und Namibia in ihrem Kampf gegen die ‚Bantustans‘ zusammenzuschließen“. (Hsinhua, 3.10.)

Dieser Aufruf findet überall in der Welt Widerhall. Die Anzeigen der Imperialisten finden nirgends Widerhall.



Wie AEG-Telefunken die „internationale Wettbewerbsfähigkeit" sichern will

In der letzten Ausgabe der KVZ wurde die Lohnstruktur in der Elektroindustrie und die damit verbundene willkürliche Spaltung dargestellt (Seite 5). Die folgenden Berichte zeigen die Verschärfung der Ausbeutung und den Kampf dagegen in mehreren Betrieben von AEG-Telefunken, dem zweitgrößten westdeutschen Elektrokonzern.

Kassel. AEG hat in Kassel eine Kühlschrankfabrik, eine Fahrkartenfabrik, Hochspannungsfabrik und die AEG Isolier- und Kunststoff GmbH (50 Prozent Beteiligung). Die AEG-Telefunken-Gruppe ist von der Wirtschaftskrise stark betroffen. Die Umsätze im Inland sind 1975 zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren zurückgegangen. „Diese Entwicklung ist nicht zuletzt eine Folge der Kaufzurückhaltung der Verbraucher und der verringerten Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft." (Geschäftsbericht AEG 1975) Das erste Halbjahr 1976 hat zwar gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 eine Umsatzsteigerung im Inland um 5 Prozent gebracht, allerdings sind die Aufträge um 6 Prozent zurückgegangen.

Die AEG-Kapitalisten haben es trotzdem geschafft, die Lage für sich zu nutzen. AEG konnte insgesamt den Umsatz steigern (siehe Tabelle). AEG hat sich auf dem Weltmarkt ausgebreitet: Das Exportgeschäft hat sich stark entwickelt und die Produktion im Ausland ist ausgeweitet worden. 3 neue Werke, je eins in Schweden, Norwegen und Südafrika, haben einen entscheidenden Anteil an dem Zuwachsgeschäft.

Wie haben die AEG-Kapitalisten das geschafft? Darüber gibt das Verhältnis „Beschäftigte – Umsatz" Aufschluß (siehe Tabelle).

Die Arbeiter und Angestellten werden bei steigendem Umsatz insgesamt weniger. Sie müssen mehr schaffen.

In der Kasseler Gefrierschrankfabrik ging am Montageband die Akkordzahl in den letzten Jahren laufend hoch. Vor sechs Jahren wurden 150 Schränke am Tag zusammengebaut. Die einzelnen Handgriffe waren damals zum Teil schwieriger. Einige Handgriffe können heute mit mechanischen Werkzeugen verrichtet werden. Wenn die AEG-Kapitalisten uns bessere Werkzeuge geben, haben sie nicht im Sinn, uns die Arbeit zu erleichtern: „Einsparen" wollen sie einige von uns. Die „Mitarbeiter"zahl im Inland wird immer geringer. Im Ausland – da, wo die Arbeitskraft am billigsten ist – werden neue Arbeitskräfte verbraucht.

Vor vier Jahren haben weniger Arbeiter 190 Schränke am Tag gemacht, dann 230 und heute 270 Stück. Wenn demnächst die Verdampfer gleich eingeschäumt werden und nicht mehr eingebaut werden müssen – was geplant ist – dann werden sie wieder Arbeiter feuern. Die Mittel, die AEG im ersten Halbjahr investiert hat, sind „vornehmlich für die Modernisierung und Strukturverbesserung unserer Fertigungsstätten sowie für Rationalisierungsmaßnahmen eingesetzt" worden – so drückt das die Geschäftsleitung aus.

Da AEG vorübergehend mehr Kühlschränke absetzen kann, hat AEG in Kassel neue Leute eingestellt und die in der zwei Schichten ist zu vier Sonderschichten in den nächsten Monaten gezwungen. Früher gab es nur eine Schicht und im vorigen Jahr wurde massenhaft kurzgearbeitet.

Von den Neueingestellten sind schon wieder eine ganze Reihe verschwunden. Die meisten von sich aus, weil sie die Arbeit nicht schafften und abends total kaputt waren. „Die Schmerzen werden wahrscheinlich bald besser", machten sich noch manche Hoffnung, aber Unterleibs- und Rückenschmerzen sind bei den Frauen am Band normal und es sind fast nur Frauen und meist Ausländerinnen, die diese Arbeit machen müssen.

Eine Kollegin, die schon vier Jahre bei AEG arbeitet – das ist sehr lange, weil die meisten am Band sich früher oder später was leichteres suchen – hat vor einem Jahr ihr drittes Kind bekommen. Als sie nach der Geburt wieder kam, mußte sie an einen Arbeitsplatz, wo schwere Teile gehoben und dann montiert werden. Sie ging zum Meister und sagte: „Das ist eine Arbeit für Männer, da darf ich nicht arbeiten." Er hat sie angeschrien, da könnte sie gehen, wenns ihr nicht paßt. Natürlich hat sie die Arbeit nicht vertragen und fing stark an zu bluten. „Stark und dumm, so habt ihr uns am liebsten", sagte sie und wollte ihnen den Arzt auf den Hals schicken. Dem Abteilungsleiter wurde es mulmig und er hat sie an einen anderen Platz am Band gesteckt. Da hat sie AKkord gearbeitet. Im Mutterschutzgesetz steht, daß Frauen während der Schwangerschaft und Stillzeit nicht Fließarbeit nach vorgeschriebenem Arbeitstempo machen dürfen. Da hätte die Kollegin gleich nach Hause gehen können. Denn die unqualifizierten Arbeiter bei AEG und in den meisten Großbetrieben arbeiten alle Akkord und stehen am Band. Die Gesundheit ruinieren oder arbeitslos sein – eine schöne Alternative!

Arbeitslos zu sein, das kann sich keine von uns leisten. Nach sechs, sogar nach achtzehn Jahren Hausfrauentätigkeit haben einige von uns in der Kühlschrankfabrik wieder angefangen, in der Fabrik zu arbeiten. „Wir haben Kinder. Das Geld von meinem Mann allein reicht nicht mehr." Die beiden haben drei Kinder. Die Frau arbeitet bei AEG, der Mann bei dem Hagen-Akkumulatorenwerk in Kassel. Er hat 2 800 Bruttolohn mit Überstunden, netto 1 800 DM. Sie hat 1 300 brutto, netto keine 900 DM (Lohngruppe 5).

Damit die Kinder nicht den ganzen Tag allein sind – die sind zum Teil noch ganz klein – arbeiten die Eltern Schicht. Wenn sie in der Frühschicht ist, macht er Spätschicht und umgekehrt. Dann sind die Kinder nur ein bis zwei Stunden unbeaufsichtigt, wenn beide auf dem Weg von bzw. zur Arbeit sind. Das machen in unserer Halle alle Kolleginnen mit kleinen Kindern so.

Die Kapitalisten sind gar nicht begeistert, wenn eine von uns Kinder hat – zumindest solange die Kinder zum Ausbeuten noch zu klein sind. „So, vier Kinder haben sie; na, dann werden sie wohl öfter krank feiern, wenn eins Schnupfen kriegt!" – mußte sich eine Kollegin bei der Einstellung sagen lassen. Ihre Probezeit war auch gleich länger als sonst. Natürlich müssen die Arbeiterinnen krank machen, wenn die Kinder krank sind – wer wird sich sonst um sie kümmern?

Wir hassen die Antreiberei. Und das wissen die Aufpasser sehr gut. Als vor kurzem eine Kollegin zusammengebrochen ist – 23 Jahre ist sie alt – haben sich die Vorarbeiter kaum getraut, die Arbeiter wieder ans Band zurückzu-
sich die Vorarbeiter kaum getraut, die Arbeiter wieder ans Band zurückzu-
schicken. Die hatten nach der Pause die Arbeit nicht wieder aufgenommen und sich über die Arbeitshetze und die Stinkluft aufgeregt und darüber, daß es eine halbe Stunde gedauert hat, bis eine Krankenschwester auftauchte. Es war Spätschicht und vom Arzt weit und breit keine Spur.

Die AEG-Kapitalisten haben weitere Angriffe auf die Arbeiter geplant: Ausdehnung der Ausbeutung der Arbeitskräfte in Ländern mit niedrigsten Löhnen wie z.B. Südafrika, damit verschärften Angriff auf den Lohn im Inland, Entlassungen und Verschärfung der Arbeitshetze. Angedeutet wird das schon im Geschäftsbericht: „Trotz dieser Auftragsentwicklung (der Auftragseingang 1975 lag insgesamt um 1 Milliarde DM über dem Umsatz), waren und sind wir jedoch nicht frei von Sorgen hinsichtlich der Auslastung unserer Kapazitäten und der Beschäftigung unserer Mitarbeiter." Auf die sanfte Tour bereiten sie das in „Report", ihrer Betriebszeitung, vor: Die neueste Nummer widmet zwei Seiten dem Thema „Humanisierung des Arbeitslebens bei AEG-Telefunken". Da steht z.B.:

„– Arbeitserweiterung:
Das bedeutet, daß der Umfang der von einem Mitarbeiter zu bewältigenden Aufgabe vergrößert wird.
– Arbeitsbereicherung:
Hierunter wird verstanden, daß die Zahl der unterschiedlichen Tätigkeiten, die eine Person ausübt, vergrößert wird.
– Arbeitswechsel:
Der Wechsel von einem Arbeitsplatz zu einem anderen schafft mehr Abwechslung.
– Gruppenarbeit:
Die Gruppe erhält die Möglichkeit, sich ihre Arbeit teilweise oder ganz selbst einzuteilen."

All das, was hier als Humanisierung ausgegeben wird, machen wir schon durch:

„Arbeitsbereicherung" – Besonders die Arbeiterinnen, die aufmucken, werden vom Meister von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz gejagt, wo man nirgends ohne Übung den Akkord sofort richtig schafft und so ordentlich klein gemacht werden kann. Das hat er erst vor kurzem mit einer Kollegin gemacht, die krank war. Als sie wieder kam, war ihr Platz besetzt und sie darf jetzt die Feuerwehr in der ganzen Halle spielen, ist jeden Tag mit anderen Kollegen zusammen und muß jeden Tag neue Handgriffe einüben bzw. ihre Arbeit „bereichern". Das und der „Arbeitswechsel" sind hervorragend für die Kapitalisten. Sie haben sofort Leute zum Einspringen, die angelernt sind und den Akkord schaffen, wenn sie welche entlassen wollen. Unser Meister hat im Laufe der Zeit schon mehreren Kolleginnen mündlich gekündigt, weil sie lange krank waren oder sich wehrten. Oft wurde die Kündigung nicht durchgeführt, weil es so lange dauert, bis eine neue Kraft die gleiche Leistung bringt. Das Problem wäre mit Hilfe der „Arbeitsbereicherung" gelöst.

„Gruppenarbeit" haben wir auch schon überall bei AEG Kassel. Wir sagen dazu nur Gruppenakkord. Das klingt nicht so gut. Die Möglichkeit, die Arbeit selbst einzuteilen, haben wir freilich. Festgelegt ist „nur": 270 Schränke am Tag, wie wir uns das einteilen, ist gleich. In der Regel entscheiden wir uns alle 1,7 Minuten, einen Schrank zu machen. Manchmal nehmen wir uns mehr Zeit, weil wir so müde sind, dann schaffen wir halt den Akkord nicht. Das ist dann „unsere Entscheidung". Auch abwechseln tun wir uns schon in den unterschiedlichen Tätigkeiten der Gruppe: Wenn mal der eine oder andere Kollege nicht schnell genug mitkommt, so daß der Akkord gefährdet ist, dann springen schnell andere aus der Gruppe kurz hin und helfen.

Das ist also die Wahrheit über die „Humanisierung durch Automatisierung" – eine andere Ausdrucksweise für verschärfte Arbeitshetze und Entlassungen durch Rationalisierungen.

„Auf der Spur des Lärms" sind die Herren auch, schreiben sie sofort. Einen Schallmeßwagen und Mikrofone setzen sie ein, um „Lärmquellen aufzuspüren und unschädlich zu machen". Das hätten sie sich sparen können. Wenn sie uns fragen, sagen wir ihnen sofort, daß es die große Stanze ist, die in der Halle den Höllenspektakel macht und den Boden erzittern läßt. Aber dafür können sie ja das Geld vom Bundesministerium für Forschung und Technologie nicht einstecken, von dem die AEG im Rahmen des „Aktionsprogramms Humanisierung der Arbeitswelt" gefördert wird. Die Zusammenarbeit hat sich aber schon bewährt: „Wie in den vergangenen Jahren konnte eine Reihe unserer Forschungsvorhaben und langfristigen Entwicklungsprojekte in dankenswerter Weise mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie durchgeführt werden. Die bisher gewährten Mittel haben dazu beigetragen, technologisches know-how aufzubauen und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Technik zu sichern." (AEG Geschäftsbericht 1974) – (Stadtteilzelle Bettenhausen, Kassel/Red.)

Elektroindustrie: Umsatzsteigerung und Verringerung der Beschäftigten (Siemens, AEG, Bosch)

	1971	1972	1973	1974	1975
Siemens					
Weltumsatz (in Milliarden DM)	13,635 Mrd.	15,147 Mrd.	15,450 Mrd.	17,226 Mrd.	18,907 Mrd.
Umsatz des Inlandkonzerns mit Export (in Mrd. DM)	10,970 Mrd.	12,132 Mrd.	12,191 Mrd.	13,478 Mrd.	14,532 Mrd.
Beschäftigte in Westdeutschland	234 000	227 000	222 000	221 000	207 000
Umsatz pro Beschäftigtem (in DM)	46 880 DM	53 445 DM	54 914 DM	60 986 DM	70 203 DM
AEG-Telefunken					
Weltumsatz (in Milliarden DM)	9,220 Mrd.	9,858 Mrd.	10,823 Mrd.	11,988 Mrd.	12,735 Mrd.
Umsatz des Inlandkonzerns mit Export (in Mrd. DM)	8,360 Mrd.	8,730 Mrd.	9,735 Mrd.	10,613 Mrd.	10,686 Mrd.
Beschäftigte in Westdeutschland	146 000	144 000	150 000	144 000	133 000
Umsatz pro Beschäftigtem (in DM)	57 260 DM	60 625 DM	65 020 DM	73 701 DM	80 346 DM
Bosch					
Weltumsatz (in Milliarden DM)	4,990 Mrd.*	5,765 Mrd.	6,461 Mrd.	7,076 Mrd.	7,281 Mrd.
Umsatz des Inlandkonzerns mit Export (in Mrd. DM)	4,217 Mrd.*	4,629 Mrd.	5,166 Mrd.	5,636 Mrd.	5,619 Mrd.
Beschäftigte in Westdeutschland	84 166	79.446	81 975	79 879	70 276
Umsatz pro Beschäftigtem (in DM)	50 103 DM	58 266 DM	63 019 DM	70 557 DM	79 956 DM

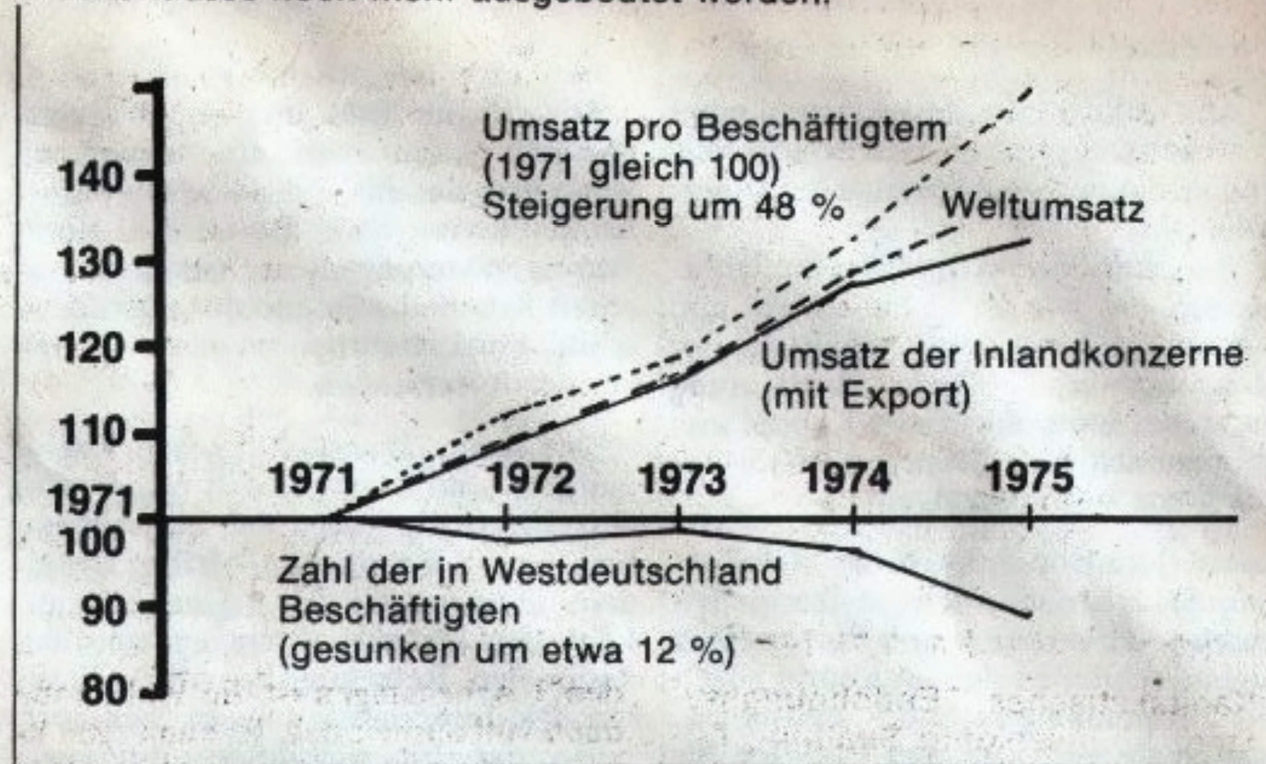
* ohne Bosch-Hausgeräte (Ende 1971 ausgegliedert)

Die Tabellen zeigen die Umsatzentwicklung der drei großen westdeutschen Elektrokonzerne Siemens, AEG-Telefunken und Bosch. Im Schaubild sind die Werte aller drei Konzerne zusammengezählt.

Während der Umsatz der Inlandkonzerne von 1971 bis 1975 um 31 Prozent gestiegen ist, sank die Zahl der Beschäftigten um 12 Prozent. Der Umsatz pro Beschäftigtem stieg dementsprechend auch um 48 Prozent. Man sieht, wie die Kapitalisten ihre „internationale Wettbewerbsfähigkeit" sichern. Es handelt sich um den internationalen Wettbewerb der Monopole, wer die Arbeiter am besten auspreßt.

Die Steigerung gibt nicht exakt die Steigerung der Ausbeutung an. Diese liegt in Wirklichkeit noch höher, weil die Größe „Umsatz" nicht alle von den Arbeitern geschaffenen Werte enthält.

Die Steigerung der Zahlen über den Weltumsatz zeigen: Bis 1974 steigen die im Ausland gemachten Umsätze gleich mit denen, die die Kapitalisten aus der westdeutschen Arbeiterklasse holen. Ab 1974 steigt der Auslandsumsatz stärker. Der Kapitalexport bekommt eine immer stärkere Bedeutung für die Bourgeoisie. Um weiter zu expandieren, soll die westdeutsche Arbeiterklasse noch mehr ausgebeutet werden.
tung für die Bourgeoisie. Um weiter zu expandieren, soll die westdeutsche Arbeiterklasse noch mehr ausgebeutet werden.



AEG-Telefunken Celle

„Das war die beste Betriebs - versammlung seit Jahren"

Im Werk Telefunken Celle verkaufen gut 2 200 Arbeiter ihre Arbeitskraft. Nachdem unter Führung des Finanzkapitals eine Umstrukturierung im AEG-Telefunken-Konzern stattfindet, womit dem „in die Nähe des Strandes geratenen Schiff AEG-Telefunken wieder ausreichend Wasser unter den Kiel gebracht werden soll", werden die Arbeiter einer verschärften Ausbeutung unterworfen. Die Stückzahl der Fernseher pro Band ist um ca. 150 auf 403 erhöht worden, mit der Begründung, daß der Produktionsablauf geändert ist. Dadurch erhalten die Telefunken-Kapitalisten im zweiten Halbjahr 1976 40 000 Fernseher mehr. Sie haben den Maigeldzuschlag, eine Treueprämie, für etwa 500 Arbeiter gestrichen. Für 90 Arbeiter haben sie die Lohngruppen gekürzt. Sie werden ab 1. Januar 1977 bis zu 200 DM weniger haben. Weiterhin senken sie den Fahrgeldzuschuß um 50 %. Hiermit sparen sie 105 000 DM im Jahr ein. Von dieser verschärften Auspressung der Arbeitskraft und Lohndrückerei war die letzte Betriebsversammlung gekennzeichnet.

Hierzu ein Bericht:

Für die Telefunken-Kapitalisten sprach auf der Betriebsversammlung Ludwig von der Geschäftsleitung. Er redete von der guten Absatzsteigerung. Von der Mehrleistung und daß diese nur durch die gute Partnerschaft erreicht werden konnte. Besonders die Secam-Farbfernseherproduktion sei durch einen guten Absatz in Frankreich gekennzeichnet. Er bedankte sich bei der Belegschaft für die Mehrleistung, dafür, daß die Ausfallquote zurückgegangen sei, daß aber trotzdem noch konzentrierter und aufmerksamer gearbeitet werden müsse. Hierfür erhielt er keinen Beifall.

Der Redebeitrag von einer Vertrauensfrau wurde hingegen mit viel Beifall unterstützt. Sie forderte die Geschäftsleitung auf, Stellung zu nehmen zu den Akkorderhöhungen, Lohngruppenkürzungen, zu der Streichung der Sozialleistungen wie Maigeldzuschuß und Fahrpreiserstattung. Sie zeigte auf, daß wenn die Geschäftsleitung von Partnerschaft redet, sie damit den Profit der Telefunken-Kapitalisten meint, der nur durch die verschärfte Auspressung der Kollegen erzielt werden konnte.

Zum Schluß sagte die Vertrauensfrau unter Beifall: „Ich lasse hier auf dem Podium einen Zettel liegen, wo die Fragen an die Geschäftsleitung draufstehen. Ich mache das, damit die Geschäftsleitung nicht vergißt, dazu Stellung zu nehmen."

In dieser Lage wollte sich der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Jasmer damit hervortun, daß es dem Betriebsrat in „zähen Verhandlungen" gelungen sei, der Geschäftsleitung abzuringen, daß der 24.12. für die Kollegen, die arbeiten müßten, arbeitsfrei ist. Sie müssen dafür den Tag am 27.12. nachholen. Dafür erhielt er die Zustimmung der Geschäftsleitung, aber nicht die der Kollegen. Niemand hörte zu. Daraufhin ließ der Betriebsrat die Lautsprecheranlagen überprüfen. Erstaunt mußte er feststellen, daß sie geht.

Als danach ein weiterer Vertrauensmann auf das Podium trat, war sofort Ruhe und Aufmerksamkeit unter der Belegschaft. Der Kollege ging auf den Wortbeitrag von Geschäftsleiter Ludwig ein, der davon redete, daß es mit der Telefunken bergauf geht. Er machte deutlich, daß das Bergaufgehen nur möglich war durch die immensen Stückzahlerhöhungen im August und durch die Lohnsenkungen. Nur so geht es für die Telefunkenkapitalisten bergauf. Für uns geht es so bergab.

Das wissen die Arbeiter auch, und deshalb bekam der Vertrauensmann riesigen Beifall.

Auch die anderen Redebeiträge von Kollegen und Vertrauensleuten machten klar, daß das Interesse der Geschäftsleitung dem Interesse der Arbeiter entgegensteht. Die Meinung der Belegschaft war einheitlich: „Dieses war die beste Betriebsversammlung seit Jahren!" – (a.e., Celle/Red.)

Weg mit den Sonderschichten! Wir brauchen einen Lohn, der nicht zu Überstunden zwingt!

Wolfsburg. Es ist schon wieder so weit, in den Werken Wolfsburg und Emden werden Ende Oktober und Anfang November insgesamt je vier Sonderschichten geschoben. Dieses Jahr sind es damit zwölf. Der Betriebsrat hat zugestimmt. Als die Sache am 1.10. bekannt wurde, war der Unmut unter den meisten Kollegen groß. Viele Kollegen z.B. in Halle 12 (Endmontage) erklärten sofort, daß sie sich abmelden und nicht kommen würden. „Da arbeite ich doch nur für den Staat, da mache ich nicht mit", „40 Stunden reichen hin", „Ich lasse mich doch nicht auch noch samstags kaputtmachen" waren die Kommentare. Wäre zufällig uns ein Betriebsrat übern Weg gelaufen, hätte er sicher nichts zu lachen gehabt. „Scheiß-Betriebsrat", meinte ein Kollege, „der stimmt doch allem zu, was der Vorstand will."

Andere Kollegen meinten, daß sie kommen müßten, weil sie das Geld brauchten, um über die Runden zu kommen.

Bei ihren Anstrengungen, die Wochenarbeitszeit auszudehnen, also Überstunden und Sonderschichten anzusetzen, stützen sich die VW-Kapitalisten genau auf die Tatsache, daß sie den Lohn vielfach schon so weit gesenkt haben, daß er bei normaler Arbeitszeit für die Ernährung der Familie nicht mehr ausreicht. Zum Beispiel haben sie im Akkordbereich im letzten Jahr den durchschnittlichen Stundenlohn um fünf Pfennige unter die Tariferhöhung gedrückt.

Vorstand und Betriebsrat fürchten den Protest und Widerstand der Kollegen. Deshalb haben sie nach den Sonderschichten im September auf der Betriebsversammlung noch verkündet, dieses Jahr stünden keine weiteren Sonderschichten an. Das gleiche behaupteten sie noch am Mittwoch, dem 29.9., auf der Vertrauensleutesitzung. Klar ist, daß das Betrugsmanöver waren. Möglichst schnell und überraschend wollten sie ihren Plan landen, denn wie bereits in der KVZ 22/76 ausgerechnet, bringt jeder in Sonderschicht gefertigte Wagen durchschnittlich 1 695 DM Gewinn (vor Abzug der Steuern). Es ist

trauensleutesitzung. Klar ist, daß das Betrugsmanöver waren. Möglichst schnell und überraschend wollten sie ihren Plan landen, denn wie bereits in der KVZ 22/76 ausgerechnet, bringt jeder in Sonderschicht gefertigte Wagen durchschnittlich 1 695 DM Gewinn (vor Abzug der Steuern). Es ist

klar, daß der Vorstand wild auf Sonderschichten ist.

Ebenso klar ist, daß die Sonderschichten die 40-Stundenwoche für uns in den Produktionsabteilungen zum Windei werden lassen und auf unsere Knochen gehen. Zusätzlich zu den Sonderschichten werden verstärkt Überstunden gekloppt. Zum Beispiel in Halle 12 an den Bändern in jeder Spätschicht pro Tag 2 Stunden. Da wird dann auch einfach die Bandgeschwindigkeit von 40 Golf pro Stunde über den Haufen geworfen und es werden 46 pro Stunde, in den eineinhalb Arbeitsstunden von 22.30 Uhr bis 0.00 Uhr also 69 Stück gezogen. Erst werden die Kollegen durch niedrigen Lohn gezwungen, nachts Überstunden zu machen, und dann werden dabei gleichzeitig die Akkordsätze hochgetrieben, damit sie später sagen können: „Seht, es geht doch, die Stückzahl kann erhöht werden."

In den Produktionsabteilungen haben sie mit Sonderschichten und Überstunden die durchschnittliche Wochenarbeitszeit mindestens auf 42 Stunden, wenn nicht mehr, hochgesetzt.

Aus den Kollegen immer mehr herauszuholen, bei gleichzeitiger Lohndrückerei, das haben sie vor und nennen es vornehm „Personalpolitik der mittleren Linie". Ergebnis: mit 1,7 % mehr Beschäftigten hat der Konzern im Inland im 1. Halbjahr die Produktion um 25 % gesteigert. Aus unseren Knochen in ihre Taschen.

Diesem profitsüchtigen Plan müssen wir unseren Plan entgegensetzen. Wir brauchen einen ausreichenden Lohn bei 40-Stundenwoche und die strikte Einhaltung der 40-Stundenwoche als ersten Schritt zur Einführung der 35-Stundenwoche, die angesichts der in den letzten Jahren ständig gestiegenen Arbeitshetze mehr als nötig ist. – (r., VW-Zelle Wolfsburg)

Kommunismus und Klassenkampf Nr.6:

Kapitalistisches Entlohnungssystem: Lohnsenkung, Spaltung, Antreiberei (Untersuchungen bei Siemens und Klöckner)

Die Stahlkapitalisten verschärfen den Druck IGM-Führung will die Arbeiter entwaffnen

Pünktlich zu Beginn der Tarifverhandlungen mit der IGM-Führung ergreifen die Stahlkapitalisten eine Reihe von Maßnahmen, um den Druck auf die Stahlarbeiter zu verschärfen. Diese Maßnahmen bestehen in erneuter Ausdehnung der Kurzarbeit, darin, daß Teile der Belegschaften wie bei Mannesmann-Huckingen in unbezahlten „Sonderurlaub" geschickt werden und in der weiteren Entlassung von Arbeitern. Alles mit dem Ziel, die Ausbeutung und die Arbeitshetze im Betrieb zu verstärken und gleichzeitig im Tarifkampf einen feinen Lohnraubabschluß durchzusetzen. „Ohne große Aktionen wird die Belegschaft abgeschmolzen", hatte sich der Vorstandssprecher der Krupp Hüttenwerke, Werner Hackbarth, bereits im September vernehmen lassen. Bei den Hoesch-Hüttenwerken werden jetzt an einer kleinen Zahl von ausgesuchten Arbeitsplätzen genaue Untersuchungen durchgeführt, wieviel Arbeitshetze die Kapitalisten den Arbeitern rein physisch noch zumuten werden können. Die Untersuchungen nimmt der TÜV vor. Belegschaften, die man „abschmilzt", kann man auch wie Maschinen durch den TÜV messen lassen. Die Messungen werden zur Hälfte durch das Bundesforschungsministerium und zur Hälfte durch die Hoesch-Kapitalisten finanziert. Sie sollen angeblich der „weiteren Humanisierung der Arbeitswelt" dienen. Laut „Westfälische Rundschau" kosten diese Untersuchungen 2,4 Millionen DM. Es ist klar, daß die Kapitalisten und die Regierung solche Summen bloß ausgeben, wenn sie damit rechnen, daß sie den Kapitalisten als Mehrfaches wieder reinkommen. „Formern und Schmelzern, Lok-Rangierführern oder Steuerleuten wird in den nächsten Wochen bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund peinlichst auf den Puls gefühlt." Es ist klar, daß es nur darum geht, herauszufinden, wie weit man diesen Puls noch erhöhen kann.

Die Stahlkapitalisten haben sich jetzt erstmals offen zu ihrer Taktik in der Stahltarifauseinandersetzung geäußert. Ein eigenes Angebot wollen sie nicht vorlegen, sondern über die Forderungen der IGM verhandeln. Dabei wollen sie die Forderungen für die „vermögenswirksamen Leistungen" und die Erhöhung der „stahltypischen Zulagen" mit den Lohnforderungen verrechnen. Ebenso zusätzliche Urlaubstage. Damit sind für sie dann schon 3,2 Prozent Lohnerhöhung abgegolten. Alles solle separat verhandelt werden, „doch in der Schlußabrechnung müsse aufgerechnet werden", heißt es laut „Westfälische Rundschau" von seiten der Kapitalistenverhandlungskommission unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden der Mannesmann-Röhrenwerke, Dr. Franz-Joseph Weisweiler.

„Einen einheitlichen Festbetrag für alle Stahlarbeiter lehnen die Arbeitgeber ab, weil damit die Stammbelegschaft benachteiligt und die Handwerker abwandern würden." Am liebsten würden sie eine extrem niedrige Tariferhöhung in Prozenten sehen, die dann entsprechend der Entwicklung der Produktion im Laufe des Jahres leicht aufgestockt werden könne. „Dabei könne dieser Bonus sehr gut für neue Vermögensbildungskonzepte genutzt werden." Das wären gleich mehrere Fliegen mit einem Schlag. Die Prozenterhöhung wird spalten, die niedrige Prozenterhöhung noch mehr Stahlarbeiter unter das Existenzniveau drükken und so zu Überstunden und Schichtarbeit zwingen. Durch die Bindung eines „Nachschlags" an die Entwicklung der Ausbeutung sollen sich die Arbeiter an der Verschärfung ihrer eigenen Ausbeutung interessiert fühlen. Der Wahnsinn hat Methode. Die Prämie für die Verschärfung der eigenen Ausbeutung soll dann auch noch in der Hand der Kapitalisten bleiben, damit diese sie zur weiteren Verschärfung der Ausbeutung investieren können: Der Arbeiter ist am Ende kaputt und wird auf die Straße geworfen. So denken sich das die Kapitalisten.

Mit den Kapitalisten ist sich die IGM-Führung in der Ablehnung der Festgeldforderungen einig. Sie will jetzt auf eine 9 %-Forderung hinaus. Das hat der Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Essen, Karl-Heinz Völker, mitgeteilt. In einigen Vertrauensleutekörpern hat die IGM-Führung die 9 %-Forderung durchgedrückt. Dadurch wird diese Forderung nicht besser. An dem ganzen bisherigen Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zeigt sich, daß sie bereit sind, mit den Kapitalisten verschiedene Aufrechnungen durchzuführen. Am Ende werden sie die Ergebnisse beim Handel über Erhöhung des Zwangssparens nutzen wollen, um einen niedrigen Prozentabschluß zu rechtfertigen.

Am 18. Oktober werden die Forderungen der IGM für Nordrhein-Westfalen und Klöcknerhütte Bremen durch die große Tarifkommission beschlossen. Die ganze Tarifauseinandersetzung zwischen IGM-Führung und Stahlkapitalisten ist ein Spiel mit gezinkten Karten. Die sozialdemokratischen Arbeitsdirektoren und die sozialdemokratischen und revisionistischen Betriebsräte sind die Zwischenträger zwischen den beiden Partien am Tisch. Beide Partien sitzen gemeinsam in den Aufsichtsräten der Stahlkonzerne.

Die Stahlarbeiter werden sich selber zu Wort melden müssen, wenn ihre Interessen nicht verramscht werden sollen. Sie produzieren, nicht die Kapitalisten. Die Kapitalisten eignen bloß an. Stellen die Stahlarbeiter die Produktion ein, dann kommen weder die Kapitalisten noch ihre sozialdemokratischen Helfershelfer an den Forderungen und Interessen der Stahlarbeiter vorbei. – (gs)

Belegschaftsaktien sollen Lohnraub schmackhaft machen. Betrug der Mannesmann- und Thyssen-Kapitalisten verfängt nicht

Unter der Überschrift „Stahlarbeiter beißen nur zögernd an" berichtet die „Westfälische Rundschau" am 12. Oktober von der Aktion der Stahlkonzerne Mannesmann und Thyssen, Belegschaftsaktien zum Vorzugspreis zu verkaufen. Sie haben sich vorgestellt, daß sie mit einem Stamm von Belegschaftsaktionären das „Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Mitarbeiter" (Thyssen Rundbrief) fördern, „wo immer sie für den Gesamterfolg der Unternehmensgruppe tätig sind". 10 bis 20 Prozent der Arbeiter und etwa 50 Prozent der Angestellten haben bei diesem „Sonderangebot" zugegriffen!

Die Kapitalisten haben noch ein anderes Interesse an den Belegschaftsakten. Genau wie bei der Vermögensbildung wollen sie einen Teil des Lohns der Arbeiterklasse wieder zurückholen und als Kapital zur Ausbeutung der Arbeiter anlegen.

In der Überschrift der „Westfälischen Rundschau" kommt heraus, was die Kapitalisten vorhaben. Sie werfen die Belegschaftsaktien als Köder hin. Die Arbeiter sollen „anbeißen", um zusammen mit dem Köder die giftigen Absichten der Stahlkapitalisten mitzuschlucken. Diese Absichten bestehen darin, unter Hinweis auf die „Vermögensbildung" jede annähernd ausreichende Lohnerhöhung zurückzuschlagen und den Lohnraub des letzten Jahres verstärkt fortzusetzen.

Verbrecherische Alternative der Stahlkapitalisten für die Arbeiter: Kurzarbeit oder unbezahlter Urlaub

Zwischen vier Wochen und drei Monaten unbezahlten Urlaub können die Mannesmann-Arbeiter statt Kurzarbeit nehmen. Der Konzern zahlt während dieser Zeit die Sozialversicherung weiter und den ausländischen Arbeitern einen Freiflug in die Heimat. Das ist der Inhalt einer Betriebsvereinbarung, die Betriebsrat und Unternehmensvorstand der Mannesmann-Hüttenwerke jetzt abgeschlossen haben. Etwa 370 ausländische Arbeiter haben bisher diesen unbezahlten Urlaub beantragt. Im Grund genommen handelt es sich dabei um eine Entlassung auf Zeit. Nur: Der Arbeiter, der sich darauf einläßt, bekommt weder Arbeitslosen- noch Kurzarbeitergeld. Den Kapitalisten wird bei dieser Regelung das Herz im Leibe lachen. Aus der Arbeitslosenkasse, in die die Arbeiter und Angestellten jahrelang eingezahlt haben, um sich vor den Folgen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu schützen, geht kein Pfennig verloren. Noch mehr Geld können die Kapitalisten aus dieser Kasse entnehmen, um ihre Profite zu erhöhen – „Arbeitsförderungsmaßnahme" nennt sich so was.

dieser Regelung das Herz im Leibe lachen. Aus der Arbeitslosenkasse, in die die Arbeiter und Angestellten jahrelang eingezahlt haben, um sich vor den Folgen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu schützen, geht kein Pfennig verloren. Noch mehr Geld können die Kapitalisten aus dieser Kasse entnehmen, um ihre Profite zu erhöhen – „Arbeitsförderungsmaßnahme" nennt sich so was.

„Verantwortungslos" nannte Bürgermeister Heinze von Peine, 1. Bevollmächtigter der IGM am gleichen Ort, eine Lohnforderung von 1 DM für alle gleich. Die Forderung war auf einer Teilversammlung der Betriebsversammlung von P & S im Werk Peine vertreten worden. Betriebsratsvorsitzender Gerlach hatte die Begründung der Forderung gleich verhindern wollen. Das sei „Politik" und nicht erlaubt. „Verantwortungslos" sei die Forderung, weil sie beim allerniedrigsten Grundlohn von 4,89 DM für unter 18-jährige, ungelernte Arbeiter auf 20 % rauslaufe. Richtig ist, eine Tarifpolitik, die solche Grundlöhne zuläßt, ist verantwortungslos gegenüber den Mitgliedern. Sie treibt zu Überstunden und Schichtarbeit. Die Mark-Forderung, das ist wahr, übernimmt keine Verantwortung für die Profite der Kapitalisten. Auf Politik laufen beide Auffassungen hinaus. Die Auffassung des Bürgermeisters auf bürgerliche Politik. Die Mark-Forderung entspringt proletarischen Interessen und entspricht proletarischer Politik.

Opel Rüsselsheim. Sonderschichten hatten die Opel-Kapitalisten für 2 Samstage Ende September und Anfang Oktober angeordnet. Auf einer Betriebsversammlung mit über 10 000 Teilnehmern sprach sich niemand für, aber Tausende gegen Sonderschichten in einer Abstimmung aus. Mehrere tausend Arbeiter sind zuhause geblieben. In manchen Abteilungen haben drei Viertel gefehlt. In einer Abteilung haben sich z.B. 9 Gabelstaplerfahrer von 12 trotz Drohungen geweigert, am Samstag zu arbeiten. Seit März 1975 sind 48 Sonderschichten gefahren worden. Die ständige Ausdehnung der Schweißauspressung wird nicht hingenommen und kann nicht hingenommen werden. Mindestens 3 tödliche Unfälle hat es in diesem Jahr schon gegeben. Gegenüber 1974 17 % mehr meldepflichtige Unfälle. Mit 5 % weniger Arbeitern werden 11 % mehr Autos produziert.

Inzwischen hat der Betriebsrat zwei weiteren Sonderschichten im Januar 1977 zugestimmt. Mit dem Argument, nur so sei es gelungen, gegen die Geschäftsleitung eine Weihnachtsgeldregelung mit 50 Mark mehr für jeden herauszuholen, konnten sich die Sozialdemokraten auf einer Vertrauensleutesitzung mit 500 Vertrauensleuten noch einmal durchsetzen. Offen für Sonderschichten sprach niemand. 40 Vertrauensleute stimmten einem Antrag gegen die Sonderschichten zu. Der niedrige Lohn ist der Hebel, mit dem die Kapitalisten Sonderschichten durchsetzen.

Thyssen-Niederrhein AG Werk Duisburg

Kurzarbeit an Band III und Widerstand gegen Verschärfung der Arbeitshetze

Thyssen-Niederrhein AG Werk Duisburg

Kurzarbeit an Band III und Widerstand gegen Verschärfung der Arbeitshetze

Für Oktober haben die Thyssen-Kapitalisten jetzt an der Walzstraße III die 3-Tage-Woche eingeführt. 135 DM bis 180 DM sind das weniger in der Lohntüte im Monat. Die Kurzarbeit heißt aber nicht, daß es langsamer angeht mit der Arbeit im Werk. Im Gegenteil: Mit den verschiedensten Methoden wird die Arbeitshetze verschärft, die Arbeit intensiviert und so die Ausbeutung gesteigert. Nicht die ganze Besetzung der Walzstraße arbeitet kurz. Ein Teil arbeitet an den zwei Kurzarbeitstagen. Die Walzstraße wird überholt und repariert. In der Verladung werden Überhänge abgebaut. An den 3 Arbeitstagen ist die Walzstraße dann voll ausgelastet. Es kann schneller gearbeitet werden, weil weniger Pannen passieren und weniger Schrott gefahren wird. Die Antreiberei wird verschärft, sodaß notwendige Walzenwechsel während der Arbeit jetzt in Rekordzeit gemacht werden.

Die Arbeiter, die während der Kurzarbeitszeit arbeiten müssen, sind sauer deswegen. Sie haben am Tag nur 15 bis 20 DM mehr als ihre Kollegen, die „frei" haben und Kurzarbeitergeld kriegen.

Kollegen, die kurzarbeiten müssen, sind gezwungen, weil der Lohn sonst nicht langt, nebenbei schwarz zu arbeiten. gegen die schlechten Arbeitsbedingungen an der Bundstation der Walzstraße III haben die Arbeiter jetzt den Kampf begonnen.

An der Bundstation der Walzstraße III werden die gewalzten Drahtringe zusammengepreßt und zu Bündeln von 2 bis 3 Tonnen gebündelt. Jeweils 3 bis 5 noch heiße Ringe werden in die Presse verladen, um diese Ringe werden Blechstreifen verlegt und mit einer Spannmaschine festgezurrt und verheftet. Bei dieser Arbeit gibt es keine Pause, während der Kran das fertige Bündel verlädt, legt ein anderer bereits das neue Bündel ein; die Arbeitsbelastung für die dort arbeitenden Kollegen ist sehr groß. Gleichzeitig ist eine ständige Aufmerksamkeit erforderlich, da der Arbeitsplatz ziemlich unfallträchtig ist. Erst vor wenigen Tagen entging ein Kollege mit knapper Not dem Tod durch Zerquetschen, als ein Kran, bei dem die Steuerung ausfiel, 2,4 Tonnen Stahl von der Presse riß.

Normalerweise arbeiten an der Bundstation 5 Kollegen, 4 werden ständig für den Arbeitsgang gebraucht, so daß jeder Kollege nach jeweils 2 Stunden Arbeit eine halbe Stunde Pause einlegen kann, eine Pause, die angesichts der schweren Arbeit wirklich notwendig ist.

In letzter Zeit wurde nun immer häufiger ein Arbeiter von der Bundstation abgezogen, weil er „anderweitig gebraucht" wurde, inzwischen ist das zur Regel geworden. Das Arbeitstempo an der Bundstation wird von der Walzgeschwindigkeit der Straße bestimmt, und die hat sich während der Kurzarbeit nicht etwa verringert, sondern noch vergrößert (siehe oben). Für die Arbeiter heißt das: gestiegene Arbeitsbelastung, acht Stunden lang, ohne Pause.

Ein Recht auf Pause haben sie nicht. Im Manteltarifvertrag heißt es: „In 3-Schicht-Betrieben ist den Arbeitnehmern ausreichend Zeit zum Einnehmen der Mahlzeiten ohne Lohn- oder Gehaltsabzug zu gewährleisten." Für die Thyssen-Kapitalisten ist die Zeit gewährleistet, wenn der Arbeiter irgendwie während der Arbeit sein Brot herunterschlingen kann.

Die Arbeiter an der Bundstation sind damit nicht zufrieden. Sie fordern: „5 Mann an die Bundstation oder bei 4 Mann alle 2 Stunden eine halbe Stunde Pause!" Die Stundenlöhne der Kollegen, sie sind Helfer, gehören mit 8,68 DM zu den niedrigsten an der Walzstraße III. Der ausbezahlte Lohn hängt nun aber nicht von dieser Einstufung ab, sondern vom Arbeitsplatz, an dem man arbeitet. An der Presse ist er gerade 8,68 DM. Für die Kollegen ist daher fast jeder andere Arbeitsplatz „besser", sei es, daß die Arbeitsbedingungen weniger schlecht sind, sei es, daß der Stundenlohn dort höher ist. Das nutzen die Kapitalisten, um zu spalten und den Kampf zu behindern. Sie sorgen dafür, daß die Besetzung der Bundstation häufig wechselt, oft sogar während der Schicht.

Doch die Arbeiter der Bundstation sind sich trotz dieser Schwierigkeiten einig geworden: 5 Mann müssen her oder eine halbe Stunde Pause nach zwei Stunden Arbeit. Für diese Forderung sollen jetzt alle Kollegen gewonnen werden, die schon mal an der Bundstation gearbeitet haben oder dafür in Frage kommen. Gleichzeitig ist die Lohnforderung für den Tarifkampf besprochen worden. Über eine Forderung von „1 DM mehr für alle gleich" wurde Einigkeit erzielt. Jetzt wird beraten, wie die ganze Belegschaft auf dieser Forderung zusammengeschlossen werden und wie sie in der Gewerkschaft durchgesetzt werden kann. – (n., Duisburg)

Streik in der Flämmerei bei Klöckner Bremen

In der Flämmerei der Klöckner-Hütte Bremen sind die Flämmer am 7.10. in der Nachtschicht in einen zweistündigen Streik getreten. Dieser Streik wurde von den nachfolgenden Schichten fortgesetzt. Gefordert wird der gleiche Lohn, wie ihn die Kollegen einer anderen Flämmerei im Werk erhalten. Diese Kollegen sind von einer Fremdfirma und erhalten einen erheblich höheren Lohn als die Flämmer, die direkt bei Klöckner beschäftigt sind. Konkret wird die Erhöhung des Tariflohnes von Lohngruppe 4 auf Lohngruppe 6 gefordert.

Die Flämmer – ausnahmslos ausländische Arbeiter – haben äußerst üble Arbeitsbedingungen. In der Flämmerei werden Brammen (das sind Stahlblöcke, die später zu Blechen gewalzt werden) von eingewalzten Zunderstücken, sogenannten Lunkern, befreit. Dies geschieht mit Hilfe eines Brenngerätes. Die Flämmer müssen die Brammen Streifen für Streifen abbrennen, indem sie mit dem zirka 10 Kilogramm schweren Flämmgerät in den Händen langsam auf der Bramme langgehen. Dies geht natürlich aufs Kreuz und auf die Bandscheiben. Wegen der großen Hitzeentwicklung müssen die Kollegen dicke Stiefel, feuerfeste Schürzen und Gesichtsmasken tragen. Dieser Hitze steht die besonders im Winter kalte und feuchte Zugluft in der Halle entgegen, was dazu führt, daß die Flämmer ständig einen kalten Rücken haben. Außerdem sind die Arbeiter der beim Brennvorgang entstehenden starken Rauchentwicklung ausgesetzt.

Für diese ruinöse Arbeit erhalten die Arbeiter 1200 bis 1300 DM im Monat. Und dies auch nur, weil sie Conti-Schicht, das heißt rund um die Uhr, auch am Wochenende, arbeiten. – (d., Betriebszelle Klöckner)

Darmstadt. Auf der Vertrauensleutevollversammlung Darmstadt der IG Chemie wurde über den Kampf des palästinensischen Volkes und die Ausschlußanträge gesprochen. Mehrere Vertrauensleute vertraten in ihren Beiträgen die Forderung an den Kreisvorstand, eine Veranstaltung mit dem Vertreter der PLO in Bonn durchzuführen, um sich Klarheit über den Kampf des palästinensischen Volkes zu verschaffen. Der Antrag, der sich gegen die Ausschlüsse der Merck-Kollegen richtete und feststellte, daß die Unterstützung der PLO nicht gewerkschaftsfeindlich ist, wurde mit 47 zu 67 Stimmen abgelehnt. Dies zeigt den Fortschritt, der in den letzten Wochen in den Diskussionen in den Gewerkschaften gemacht wurde, und die wachsende Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes.

Frankfurt. Schon vor einiger Zeit haben die Kollegen von Klimsch & Co. die Forderung nach 30 Pfennig mehr pro Stunde und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Elektromontage erhoben. Dort ist die Lüftungsanlage zu laut und so eingestellt, daß es ständig zieht. Am Mittwoch nachmittag haben die Kollegen in der Großgerätemontage die Arbeit niedergelegt, sind in andere Abteilungen gegangen und haben schließlich eine Versammlung abgehalten. Mit der Drohung von fristlosen Kündigungen, wenn die Arbeit nicht bis Donnerstag morgen, 9.00 Uhr wieder aufgenommen würde, konnte die Geschäftsleitung die Kollegen zwingen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf einer am Donnerstag stattgefundenen Betriebsversammlung mußte sie jedoch zusichern, die von den Kollegen geforderten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vorzunehmen.

Frankfurt / Klöckner-Humboldt-Deutz. Auf der letzten Betriebsversammlung am 18.10.76 wurde der Belegschaft von KHD mitgeteilt, daß spätestens Ende 1977 das Werk zugemacht wird. Von der Maßnahme sind 75 Arbeiter und Angestellte und 18 Lehrlinge betroffen. Gegen diese Pläne der KHD-Kapitalisten kämpfen die Arbeiter. Während der Betriebsversammlung sind Unterschriften unter eine Resolution gesammelt worden, in der es heißt: „Wir werden es verhindern, wenn nötig durch Streik, daß unser Betrieb geschlossen wird. Bei der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und der ausgezeichneten Auftragslage ist es unzumutbar, uns auf die Straße zu setzen. Wir fordern den Betriebsrat auf, sich sofort mit der Geschäftsleitung über die Aufrechterhaltung des Betriebes auseinanderzusetzen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen verlangen wir in zwei Wochen, am Freitag, dem 22.10., im Rahmen einer Betriebsversammlung zu erfahren." Diese Resolution wurde von 49 Kollegen unterschrieben. Gleichzeitig wird sie öffentlich verbreitet. Die Hanauer Landstraße, an der das Werk liegt, ist beklebt mit Plakaten über die Schließung des Werkes, um die Arbeiter der anderen Betriebe über das Vorgehen der KHD-Kapitalisten zu informieren. Plakate wurden auch im Betrieb geklebt und sind auf volle Unterstützung in der Belegschaft gestoßen.

zen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen verlangen wir in zwei Wochen, am Freitag, dem 22.10., im Rahmen einer Betriebsversammlung zu erfahren." Diese Resolution wurde von 49 Kollegen unterschrieben. Gleichzeitig wird sie öffentlich verbreitet. Die Hanauer Landstraße, an der das Werk liegt, ist beklebt mit Plakaten über die Schließung des Werkes, um die Arbeiter der anderen Betriebe über das Vorgehen der KHD-Kapitalisten zu informieren. Plakate wurden auch im Betrieb geklebt und sind auf volle Unterstützung in der Belegschaft gestoßen.

Daimler-Benz, Sindelfingen. Für 20 Millionen Mark haben die Daimler-Benz-Kapitalisten eine neue Testfertigung in einem Extra-Werk aufgenommen. Neue Modelle werden zunächst im Testwerk produziert. Dort werden alle Arbeitsvorgänge von Filmkameras aufgenommen. Diese Aufzeichnungen werden hinterher von Wissenschaftlern der Kapitalisten ausgewertet. Alle Arbeitsvorgänge, jede Handbewegung, werden genau studiert und die Arbeitsvorgänge bis in einzelne festgelegt. Erst dann geht es in die Serienproduktion. Das Werk dient nicht dazu, die Produktion weiterzuentwickeln. Es dient einzig und allein dazu, den Arbeitstag zu verdichten, also die Intensität der Arbeit zu erhöhen. Die Verschärfung der Ausbeutung – nur dazu sind die Kapitalisten noch fähig.

Die Kapitalisten protzen in der letzten Zeit, **die meldepflichtigen Unfälle seien zurückgegangen.** Wir wissen jetzt genauer, warum, schreibt die Zelle Siemens Braunschweig des KBW.

Eine Kollegin vom Lötband hatte sich vor einigen Tagen die linke Hand am Lötkolben verbrannt. Verbrennungen dritten Grades. Die diensthabende Schwester der Sanitätsstelle schickte die Löterin sofort zum Arzt. Die Angelegenheit wurde als Betriebsunfall behandelt. Sie wurde arbeitsunfähig geschrieben.

Ein paar Tage später hielt sie sich im Werk auf. Vom Meister wurde sie aufgefordert, doch mal zum Betriebsarzt zu gehen, der wolle mit ihr reden. Der Betriebsarzt sagte der Kollegin: Sie solle sich doch nicht so anstellen. Sie könne doch mit der anderen Hand noch arbeiten. Sie solle sich ja nicht einbilden, daß das mit der Ausnutzung der sozialen Einrichtungen immer so weiter gehe. Nach den Wahlen würde sie sich noch wundern. Ob sie eigentlich wüßte, wieviel ein meldepflichtiger Unfall koste.

Die Kollegin war empört. Sie weigerte sich, die Arbeit eher aufzunehmen, bevor sie wieder gesund sei. Sie ging zum Betriebsrat und beschwerte sich. Einmal ertappt, mußte die Betriebsleitung dem Betriebsarzt eine offizielle Rüge erteilen.

Das Beispiel zeigt, daß die Forderung nach Unterstellung des betrieblichen Gesundheitswesens unter die Kontrolle des Betriebsrates durchgesetzt werden muß.

Manteltarifverhandlungen HBV

Gegen die Schikane und Kontrolle durch die Kapitalisten

In der letzten Ausgabe der KVZ wurde bereits die Notwendigkeit der Forderung nach der 40-Stunden-Woche an 5 Arbeitstagen und Wegfall der spalterischen Provisionen für die Manteltarifverhandlungen im Einzelhandel in Hamburg begründet.

Der alte Manteltarifvertrag legt einen Urlaubsanspruch, altersmäßig gestaffelt, von 21 bis 27 Kalenderwerktagen fest; es wird also eine 6-Tage-Woche zugrundegelegt. Der neue Manteltarifvertrag muß bei gleicher Zahl der Urlaubstage eine 5-Tage-Woche zugrundelegen.

Der sogenannte „Sonderurlaub", ein Urlaub, der außerhalb des Urlaubs bei besonderen persönlichen Anlässen gewährt wird, bei Fortzahlung des Lohns, ist im Manteltarifvertrag des Einzelhandels beschränkt auf 4 Tage im Jahr, unabhängig davon, wie die tatsächliche Situation des Kollegen aussieht. Auch diese Bestimmung muß fallen. Der Sonderurlaub muß uneingeschränkt in den Fällen gewährt werden, in denen es der Manteltarifvertrag vorschreibt.

Ein besonderes Kapitel der Schikane und Kontrolle der Kapitalisten bietet der § 19 des alten Manteltarivertrages: „Der Arbeitgeber kann bei begründetem Anlaß im Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung geeignete Kontrollen vornehmen." Das heißt nichts anderes, als daß die Kapitalisten oder deren bezahlte Spitzel die Taschen und die Kleidung der Kollegen durchwühlen dürfen, weil jeder Kollege als potentieller Dieb angesehen wird. Diese Bestimmung führte beim Hertie-Konzern z.B. zu solchen Exzessen, daß Kollegen zurückgehalten wurden, die etwa eine angebrochene Tüte Lakritz in der Tasche hatten, und denen man vorwarf, sie hätten den Beutel im Kaufhaus geklaut! Die Kaufhauskapitalisten nehmen sich dieses Recht über den Manteltarifvertrag und die Arbeitsverträge. Das muß abgestellt werden!

Ein weiteres Mittel der Spaltung ist die Einteilung der Kollegen in Arbeiter und Angestellte. Während die Angestellten zum Schluß eines Kalendervierteljahres mit einer Kündigungsfrist von 6 Wochen gekündigt werden können, gilt für die Arbeiter, je nach Beschäftigungsdauer, eine Kündigungsfrist von 1 bis 4 Wochen zum Schluß einer Kalenderwoche. Ob ein Kollege als Arbeiter oder als Angestellter eingestellt wird, ist den Kapitalisten selbst überlassen. Dagegen müssen wir fordern: Kündigung aller Lohnabhängigen nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Wochen.

Die Verhältnisse der Kollegen im Bereich Handel, Banken und Versicherungen gehören zu den schlechtesten in allen Branchenbereichen in Westdeutschland. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung versucht, diese Verhältnisse zurückzuführen auf den niedrigen gewerkschaftlichen Organisierungsgrad, bei dem kein Kampf möglich sei. Das ist falsch. Der Fachbereich Buchhandel in Hamburg hat allen Kollegen mit seinem Kampf zu den Lohntarifverhandlungen bewiesen, daß ein Kampf gegen die Diktate der Kapitalisten möglich und notwendig ist und daß der Organisierungsgrad gerade mit der Kampfbereitschaft der Gewerkschaft wächst. Auch der Vorstand des Fachbereichs Einzelhandel sah sich unter dem Druck der Mitglieder gezwungen, Aktionen durchzuführen, wie z.B. Agitationsstände vor den Hamburger Kaufhäusern am 9.10.76.

Die Kollegen wollen kämpfen und sie müssen die Gewerkschaftsführung zwingen, diesen Kampfeswillen zu fördern und zu unterstützen! – (f., Hamburg/Red.)

Schleswig-Holstein. In einem internen Schreiben an seine Mitglieder hat der Norddeutsche Buchhändler- und Verlegerverband erklärt, daß er keineswegs über 5,9 Prozent gehen wird. Die Kapitalisten hoffen auf einen schnellen Abschluß mit der DAG, um wie im Einzelhandel über ein staatliches Lohndiktat den Lohnraub durchzusetzen. Prinzipiell werde er nicht über Festgeldforderungen verhandeln, hat der Kapitalistenverband erklärt. Die Fachgruppe Buchhandel der HBV hatte bereits vor drei Wochen eine Resolution gegen das Lohndiktat im Einzelhandel gefaßt. Die Forderung steht: 160 DM Festgeld, 60 bis 80 DM für die Lehrlinge und Streichung der unteren beiden Lohngruppen (920 und 950 DM netto). Der sozialdemokratische Bezirksvorsitzende Krause ließ ein Flugblatt herausgeben, das die Forderungen nicht enthielt. In der Fachgruppe wurde er heftig kritisiert. Auf der nächsten Fachgruppensitzung sollen weitere Schritte besprochen werden. Die Fachgruppe will sich während des Weihnachtsgeschäfts, wenn es den Kapitalisten am meisten weh tut, mit Flugblättern an die Kunden wenden.

Der Vorstand der **Fachgruppe Buchhandel und Verlage Hamburg** hatte auf Betreiben von Landesbezirksleiter Krause eine „Umfrage" zur Tarifrunde gestartet. Zu diesem Mittel greifen die sozialdemokratischen Funktionäre immer dann, wenn sie Beschlüsse von Mitgliedskörperschaften auf scheinbar demokratische Tour wieder rückgängig machen wollen. In diesem Fall sollte die 135 DM-Forderung, kurz vorher von der Mitgliederversammlung eindeutig bekräftigt, endlich vom Tisch geschoben werden. Daraus wurde nichts – trotz sorgfältiger Vorbereitung: Auf dem Umfragebogen wurde das Kapitalisten-Angebot sowie der Kompromiß in endlosen Zahlenkolonnen ausgebreitet; nur am äußersten Rand wurde einem die Möglichkeit geboten, für das Festhalten an den 135 DM zu stimmen. Das haben dann auch 77 % der Rücksender getan, nur 19 Stimmen, kaum mehr als auf der Mitgliederversammlung, konnten die Gewerkschaftsführer für ihren „Kompromiß" zwischen 90 und 100 DM für sich verbuchen, nur ein Teilnehmer trat für den Abschluß auf dem letzten Verhandlungsstand ein.

Das ist eine gute Ausgangslage für die Vorbereitung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen.

Betriebsräte und Vertrauensleute Mercator treten für das Streikrecht ein

In zweiter Instanz wurde der gewerkschaftlich geführte Lohnstreik 1973 der IG Druck und Papier vom Kammergericht Westberlin für illegal erklärt. Anlaß dazu war die Klage von drei Abteilungsleitern der Mercator-Druckerei gegen ihren Gewerkschafts-

Gegen die Notstandsgesetze wurde in einigen Betrieben gestreikt, 1969 und 73 ist das Mittel des selbständigen Streiks von den Metallern breit ergriffen worden und zuletzt wurde unser Streik konsequent geführt. Die herrschende Klasse will all diese Fort-

einzelne konnten aber festgenommen werden.

Gegen den Prozeß verabschiedete der Betriebsrat von Mercator eine Resolution, in der er die Einstellung des Verfahrens forderte und die Übergabe des Geldes an die Druck und Papier.

Betriebsräte und Vertrauensleute Mercator treten für das Streikrecht ein

In zweiter Instanz wurde der gewerkschaftlich geführte Lohnstreik 1973 der IG Druck und Papier vom Kammergericht Westberlin für illegal erklärt. Anlaß dazu war die Klage von drei Abteilungsleitern der Mercator-Druckerei gegen ihren Gewerkschaftsausschluß – sie betätigten sich damals wie auch 1976 als Streikbrecher, was ihnen den offenen Haß der Belegschaft eintrug.

Die Klage bezweckte, die Fortschritte der Arbeiterbewegung durch die beiden Streiks, die die Borugeoisie schwer getroffen hatten, rückgängig zu machen. Das Kammergericht, Instrument der Kapitalistenklasse, tat den zu erwartenden Spruch, der Streik sei illegal, weil „sozial unausgewogen" und „von seiner Kampfführung unverhältnismäßig" und „nicht vom Hauptvorstand, sondern von der zentralen Streikleitung beschlossen". All diese Punkte treffen, so der „Tagesspiegel", auch auf den 76er Streik zu.

Die Absicht ist klar: das Streikrecht als ein entscheidendes Kampfmittel der Arbeiterklasse praktisch abzuschaffen und die Gewerkschaft als Kampforganisation der Arbeiter gegen die Kapitalisten zu zerschlagen; durch Eingriff des bürgerlichen Staates die Gewerkschaft als „Kontrollorgan" und „Ordnungsfaktor" zur Bändigung der Arbeiterbewegung einzusetzen.

Am 3.10., dem Morgen, als im „Tagesspiegel" triumphierend das Urteil verkündet wurde, fand eine offene gewerkschaftliche Vertrauensleutesitzung der Mercator-Druckerei statt. Hauptagesordnungspunkt war das Streikrecht und die Folgen aus dem Urteil. Als Ergebnis der Debatte wurde festgelegt, als erstes ein Flugblatt an die Belegschaft herauszugeben. Der Schlußabschnitt des Flugblattes lautet: „Als Zentrum kristallisiert sich durchgehend heraus, daß von der herrschenden Klasse Streiks danach beurteilt werden, ob sie wirksam sind und ob sie auf die Unternehmer Zwang ausüben. Sobald sie es sind, sind die Streiks illegal und werden als ‚politisch motivierte Kriminalität' gewertet (so Innensenator Neubauer auf einer Polizeigewerkschaftstagung im Mai des Jahres zu den Polizeieinsätzen vor Mercator).

Trotz all der Paragrafen und Urteilssprüche hat es ihnen nichts genützt. Gegen die Notstandsgesetze wurde in einigen Betrieben gestreikt, 1969 und 73 ist das Mittel des selbständigen Streiks von den Metallern breit ergriffen worden und zuletzt wurde unser Streik konsequent geführt. Die herrschende Klasse will all diese Fortschritte rückgängig machen, deshalb auch dies Urteil vom September."

Diesem Zweck und der Isolierung der Arbeiterbewegung von den anderen Teilen des Volkes sollte ein Prozeß gegen einen Studenten dienen, der sich am 1. Mai an einer Geldsammlung zur Unterstützung des Druckerstreiks beteiligt hatte.

Am 1. Mai hatte die Polizei in Knüppeleinsätzen versucht, diese vom KBW eingeleitete Sammlung zu verhindern. Geglückt ist ihnen das nicht, einzelne konnten aber festgenommen werden.

Gegen den Prozeß verabschiedete der Betriebsrat von Mercator eine Resolution, in der er die Einstellung des Verfahrens forderte und die Übergabe des Geldes an die Druck und Papier. Zu dem Prozeß gingen Arbeiter und Studenten und vertraten die gleiche Auffassung. Das Verfahren mußte eingestellt werden. Das Geld wird an die Druck und Papier für „gewerkschaftliche Zwecke" überwiesen. Die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung hat einen Erfolg errungen. Die Klarheit darüber, auf wessen Seite dieser Staat steht, und daß Zusammenschluß und Kampf nötig sind, war die Grundlage. (Nach Bezirksbeilage Westberlin/Red.)

Ein Erfolg gegen die Steigerung der Arbeitshetze

Hamburg. In der Schwarz-Weiß-Fotografie des Heinrich Bauer Verlages arbeiten acht Frauen. Durch Urlaubszeit und Krankheiten sind praktisch nur sechs Frauen gleichzeitig da. Es werden zwei Schichten gemacht, also drei Arbeiterinnen für jede Schicht. Durch die technische Umstellung innerhalb des Bauer-Verlages in Hamburg und Bauer-Druck in Köln hat sich die Arbeit für uns jetzt fast verdoppelt. Wir haben einen Monat lang genau aufgeschrieben, wieviel Aufnahmen wir gemacht haben. So hatten wir einen Vergleich, um wieviel die Arbeit gesteigert wurde.

Hatten wir früher zirka 180 Aufnahmen pro Tag gemacht, so müssen wir jetzt zirka 280 Aufnahmen pro Tag machen. Zu dieser zusätzlichen Arbeit kommt noch hinzu, daß die Kameras und Entwicklungsmaschinen in der Schwarz-Weiß-Fotografie völlig verrottet sind. Genaues Arbeiten wird unmöglich, ständig müssen Aufnahmen wiederholt werden. Dieses Verrotten der Maschinen hat natürlich einen Grund, die technische Entwicklung in der Druckindustrie ist inzwischen so weit, daß diese Kameras und Maschinen veraltet sind. Schwarz-Weiß-Scanner (Automaten) machen unsere Abteilung in Zukunft völlig überflüssig. Es ist abzusehen, wann die ersten beim Bauer-Verlag aufgestellt werden.

In dieser Situation – unter den Arbeitern wurde diskutiert, was gegen die zusätzliche Arbeit zu tun sei – sollte auch noch eine von uns abgezogen werden. Sie sollte in einer anderen Abteilung aushelfen. Das hat das Faß dann zum Überlaufen gebracht. Auf unseren Protest und unsere Einwände meinte unser Abteilungsleiter nur: „Ihr schafft das schon, Mädchen." Wir haben es auch geschafft. In der Spätschicht wurde so sorgfältig gearbeitet wie lange nicht mehr. Eine Entwicklungsmaschine ging kaputt, an einer Kamera konnte nicht mehr gearbeitet werden. Am nächsten Morgen stapelte sich die eilige Arbeit. Wir hatten erreicht, daß die Kollegin an diesem Tag nicht in einer anderen Abteilung aushelfen mußte, auch an den darauffolgenden Tagen nicht. Nach diesem Erfolg hört die Diskussion bei uns natürlich nicht auf, denn die Arbeitshetze besteht nach wie vor, und dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. – (h., Bauer/Red.)

„Tarifautonomie"

In Schleswig-Holstein haben die Arbeiter und Angestellten im Einzelhandel nach dem neuen Tarifvertrag etwa 17 bis 30 Mark netto mehr im Monat. Das ist ungefähr der Betrag, der der westdeutschen Finanzbourgeoisie für die Masse der Lohnabhängigen als Ergebnis der diesjährigen Tarifrunden vorschwebt. Klar ist der Kapitalistenklasse, daß solches Vorhaben nicht einfach durchzusetzen ist gegen die Arbeiterbewegung. Daß vielmehr die Zeichen auf Sturm stehen und die Arbeiterklasse an vielen Punkten den Kampf um den Lohn und die Arbeitsbedingungen führt und so den Kampf um höhere Tariflöhne vorbereitet.

Die 17 bis 30 DM in Schleswig-Holstein sind durch das Tarifvertragsgesetz diktiert worden. Dies Gesetz ist ein Mittel zur Unterdrückung des Lohnkampfes. Die Bourgeoisie setzt es derzeit in einzelnen Auseinandersetzungen ein. Mit dem Tarifvertragsgesetz hat der Sozialminister Schleswig-Holsteins den Lohnraubabschluß der Kapitalisten mit der DAG für „verbindlich" für die Mitglieder der HBV und alle übrigen Lohnabhängigen erklären können und hat dies getan. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der HBV hat diesen Abschluß abgelehnt. Auch eine „Umfrage" der HBV-Führung ergab 90 Prozent.

Dies Gesetz wurde 1949 von den alliierten Imperialisten Frankreichs, Englands und der USA gegen die Arbeiterklasse gemacht und sieht vor, daß ein Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt werden kann, wenn „die Allgemeinverbindlichkeit im öffentlichen Interesse geboten scheint" oder „zur Behebung eines sozialen Notstands erforderlich erscheint" (§ 5). CDU und SPD haben 1969 diesen Paragrafen in einem Wort geändert. Statt „Direktor für Arbeit" aus der früheren Fassung hieß es daraufhin „Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung". So ist er ausdrücklich auf den neuesten Stand gebracht und dem geschäftsführenden Ausschuß des imperialistischen Staatsapparats im Tarifvertragsgesetz selber die nötige Vollmacht erteilt worden. CDU und SPD haben 1969 in der Großen Koalition einmütig dafür gestimmt.

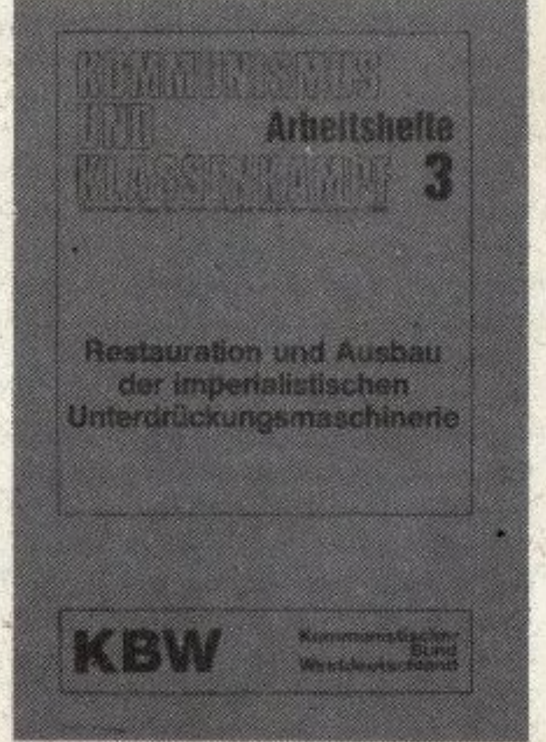
Mit dem Gesetz hat der Arbeitsminister die Möglichkeit, jeden Abschluß zwischen den Kapitalisten und Spalterverbänden wie der DAG oder dem Christlichen Metallarbeiterverband für „verbindlich" für die übrigen Lohnabhängigen des Tarifbereichs zu erklären.

Im Bundestagswahlkampf haben die SPD-Politiker ständig die „vorhandene Tarifautonomie" hochge-
haben 1969 in der Großen Koalition einmütig dafür gestimmt.

Mit dem Gesetz hat der Arbeitsminister die Möglichkeit, jeden Abschluß zwischen den Kapitalisten und Spalterverbänden wie der DAG oder dem Christlichen Metallarbeiterverband für „verbindlich" für die übrigen Lohnabhängigen des Tarifbereichs zu erklären.

Im Bundestagswahlkampf haben die SPD-Politiker ständig die „vorhandene Tarifautonomie" hochgehalten. Dauernd tun sie das. Schmidt, Brandt, Loderer wissen dabei die ganze Zeit von diesem Gesetz.

Mancher Bourgeois träumt davon, zum Beispiel mit dem Christlichen Metallarbeiterverband bei VW abzuschließen und dann den Abschluß der gesamten Belegschaft, der IG Metall per Tarifvertragsgesetz aufzuzwingen. Dabei setzt die Bourgeoisie auf die Unterstützung der SPD-Fraktion in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, die Klassenorganisation der Arbeiter, sollen ihre Farbe wechseln. Nach gelb. Umwandlung der Gewerkschaften aus Kampforganisationen der Arbeiterklasse in Werkzeuge des bürgerlichen Staatsapparates und der herrschenden Ausbeuterklasse ist ihr Ziel. Der Lohnkampf soll unterdrückt werden. Der westdeutsche Imperialismus bereitet sich auf militärische Abenteuer und Aggression vor. Dazu will er im Innern ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse errichten. Damit er nicht durchkommt, muß jede Fessel des Klassenkampfes zerschlagen werden.



Bestellungen an:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim
Preis 1,20 DM

Von Günzburg aus:

Angebot Klunckers an die Kapitalistenklasse

Die SPD-FDP-Koalitionsregierung ist aus den Bundestagswahlen mit einer auf acht Stimmen geschrumpften Mehrheit herausgekommen. Obwohl der Handel noch nicht eröffnet ist, sollen die Preise für 1 a Abgeordnetengewissen schon kräftig angezogen haben. Die Bieter halten sich jedoch vorläufig zurück. Die SPD-FDP-Koalition ist dementsprechend stabil. Sie wird so lange stabil bleiben, wie die Sozialdemokratie ihre besondere Fähigkeit, die sie für die herrschende Kapitalistenklasse interessant macht, nicht verliert, sondern ausreichend betätigt.

Die besondere Fähigkeit der Sozialdemokratie besteht in der Verfügung über eine schlagfertige Fraktion in den Gewerkschaften, die zwecks Unterbindung der notwendigen Kämpfe der Arbeiterklasse eingesetzt werden kann.

Setzt sich diese in Marsch, so sind die Kapitalisten mit der Regierung zufrieden, die Preise für Abgeordnetengewissen fallen bis unter die Rentabilitätsmarke und die SPD-FDP-Koalition bleibt am Ruder. Man kann es in dem Satz zusammenfassen: Die Senkung des Arbeiterlohnes ist die Existenzbedingung dieser Regierung.

In Günzburg – es liegt zwischen Ulm und Donauwörth – hat Heinz Kluncker das Wort ergriffen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" teilt dem ausgesuchten Leserkreis ihres Wirtschaftsteils umgehend mit, was er gesagt habe. Man kann die Börse stecken lassen, man braucht keine Abgeordneten kaufen, die Sozialdemokratie spurt.

„Bei den Tarifverhandlungen des Jahres 1977 für den öffentlichen Dienst will die Gewerkschaft ÖTV ‚trotz eines nicht ausreichenden Teuerungsausgleichs in diesem Jahr keinen Nachschlag verlangen'."

Auf dem Gewerkschaftstag im Juni hat sich der Hauptvorstand noch eine rundum ruhm- und erfolgreiche Tarifpolitik bescheinigen lassen. Jetzt gibt Heinz Kluncker in Günzburg die Senkung des Lohnstandards zu. Das ist das erste Mal überhaupt. Man muß es vermerken, es steht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 11. Oktober, Seite 11 ganz rechts.

D i e L o h n s e n k u n g w i r d v o n H e i n z K l u n c k e r z u g e g e b e n , a b e r n u r , u m d i e e i n g e t r e t e n e L o h n s e n k u n g a l s n e u e n S t a n d a r d a u s z u r u f e n . Das ist der ganze Inhalt des Zitates. Um dieses zu bekräftigen, hat sich Heinz Kluncker über die Forderung, die angesichts der mit dem 31. Januar auslaufenden Tarife aufgestellt werden soll, ausgelassen.

„Mit welchen konkreten Forderungen die ÖTV in die Verhandlungen geht, wird sich nach den Worten ihres Vorsitzenden Heinz Kluncker am Abschluß der gewerblichen Wirtschaft orientieren. Wie Kluncker (...) betonte, wird seine Organisation 1977 ‚keine Schrittmacherdienste für Tarifabschlüsse leisten'."

„Der Abschluß der gewerblichen Wirtschaft" soll abgewartet werden. Lediglich die stahlverarbeitende Industrie schließt deutlich vor der ÖTV ab. Für die große Abteilung der weiterverarbeitenden Industrie laufen die Tarife mit dem 31. Dezember aus. Also bloß einen Monat vor der ÖTV. Die Tarife für das VW-Werk sind gleichzeitig. Die Druck- und die Chemieindustrie kommen erst nachher. Hat Kluncker vor, mit g a r k e i n e r F o r d e r u n g in die Verhandlungen zu gehen? Es macht den Eindruck. Offen zugesagt wird sowieso die Spaltung der gesamten Lohnbewegung. Denn, was soll das heißen, „Schrittmacherdienste"? Es heißt, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse in ihren verschiedenen gewerkschaftlichen Abteilungen jeweils streng getrennt antreten lassen und einzeln schlagen lassen will. Diesen Auslassungen über die T a k t i k entspricht ganz die Forderung, von der Kluncker redet:

„Außer der Kernforderung nach einem Teuerungsausgleich sprach sich Kluncker für zwei Jahresurlaube von drei sowie zwei Wochen aus. In einer Industriegesellschaft müsse der Erholungswert höher angesetzt werden als mögliche Arbeitszeitverkürzung."

Vorher wird der gesunkene Lohn als Standard anerkannt. Dann wird von der „Kernforderung Teuerungsausgleich" geredet. Nach offiziellen Erhebungen liegt die Teuerung inzwischen für die „Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte" unter 4 Prozent. Im Beirat des Statistischen Bundesamtes sitzen: sieben Vertreter der „gewerblichen Wirtschaft", einer der „Arbeitgeberverbände", drei der Gewerkschaft, zwei „Vertreter der Landwirtschaft", konkret gesprochen zwei Grafen oder Barone, zwei Vertreter der „wirtschaftswissenschaftlichen Institute" sowie je ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. So bildet man eine „Teuerungsrate"! Diese Methode ist aber g e s e t z l i c h , daher bildet sie den Ausgangspunkt der „lohnpolitischen Überlegungen" von Leuten wie Kluncker. Wir haben also mit einer „Kernforderung" von 4 Prozent zu rechnen. Das nennen wir ein fettes Angebot an die Kapitalistenklasse. Das wird die Regierungskoalition b e s t i m m t festigen.

Genauso verhält es sich mit dem zweiten Teil der Forderung, dem minder kernigen. Dieser besteht in der U m b e n e n n u n g des Jahresurlaubs in „zwei Jahresurlaube" von drei sowie zwei Wochen. Diese Umbenennung stellt Heinz Kluncker gegen Forderungen nach Begrenzung und Verkürzung der Normalarbeitszeit. Dies genau jetzt, wo im öffentlichen Dienst sowohl die Überstundenarbeit systematisch gesteigert wird als auch der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung auf die Forderung nach Verkürzung des Normalarbeitstages hindrängt.

Der geplante Ausverkauf ist umfassend. Während also Heinz Kluncker Günzburger Reden vom Stapel läßt, soll innerhalb der Gewerkschaft ÖTV streng verboten sein, über die zum Aufbau einer festen Kampffront notwendigen Forderungen auch nur zu sprechen. So weit käme es noch. So weit kommt es n i c h t .

Die Stärke der Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten beruht auf dem solidarischen Zusammenhalt, den sie auf Grundlage ihrer Interessen entwickeln. Die Kapitalistenklasse hat für die kommende Lohnbewegung die Sozialdemokratie fest eingeschworen. Sie berichtet bereits in den Wirtschaftsteilen über die Auslassungen der Gewerkschaftsführer, dort, wo sie sonst immer über ihr Eigentum schreibt.

Es ist aber ein zerbrechlicher Krug, der hier zu Wasser getragen wird. Bereits jetzt hat die Sozialdemokratie einen ziemlichen Krach. Die unteren Dienstgrade in der Gewerkschaftsfraktion, sowohl in der ÖTV als auch in der GEW, haben sogleich nach dem ÖTV-Gewerkschaftstag einen Ausschluß-Amoklauf angefangen. Der nebenstehende Beschluß aus Göttingen zeigt, daß Teile der Sozialdemokratie bereits zu zweifeln beginnen, ob man so vorankommt.

So ist es richtig. Die Sozialdemokratie muß sich zersetzen. Die Einheit der Arbeiterklasse muß sich stärken, wenn es vorangehen soll. – (mf)

Erfreuliche Zersetzungserscheinungen in der Sozialdemokratie

Vom Landesvorstand der GEW Niedersachsen wurde ein Antrag auf Ausschluß von zwei Stadtratskandidaten des KBW bei den Göttinger Kommunalwahlen gestellt. Gegen diesen Ausschlußantrag hat sich unter anderem der Geschäftsführende Vorstand des Kreisverbandes Göttingen gewandt. Der Geschäftsführende Vorstand kritisiert, daß er weder zu diesen Anträgen gehört noch informiert wurde. Auf der Grundlage eines Antrags an die letzte Delegiertenversammlung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse führt der Geschäftsführende Vorstand aus:

„Diese vom Geschäftsführenden Vorstand geteilte Position veranlaßt uns, gegen die Ausschlußanträge energisch zu protestieren. In dieser Meinung sehen wir uns dadurch bestärkt und gerechtfertigt, daß weder der Landesvorstand den Antrag einen Vorwurf von tatsächlich gewerkschaftsschädigendem Verhalten zugrundelegen konnten.

Diese sich häufenden Ausschlußanträge für Göttinger Kollegen, ihr Verfahren und ihre Begründung sind geeignet die gewerkschaftspolitische Auseinandersetzung mit falschen Positionen und Strömungen, hier also mit dem KBW und seinen falschen und gefährlichen gewerkschaftspolitischen Vorstellungen zu stören oder zu unterbinden. Die Abgrenzungsbeschlüsse und die daraus herzuleitende Ausschlußpraxis schaffen falsche Fronten und sind geeignet, die gewerkschaftspolitischen Lernprozesse bei vielen Kollegen zu verhindern.

Wir müssen in den Ausschlußanträgen mit ihren schädlichen Wirkungen eine konkrete Behinderung der bisher erfolgreichen Göttinger Gewerkschaftspolitik sehen, der es gelungen ist, trotz der vielfältigen Strömungen ihrer Bandbreite und oft prekären Aktivitätsverhältnissen eine richtige und erfolgreiche Linie zu steuern – ohne den Knüppel der Gewerkschaftsausschlüsse.

Wir fordern die Antragsteller auf, die Ausschlußanträge zurückzunehmen.

Wir fordern die Entscheidungsgremien auf, den Ausschlußanträgen nicht zu folgen."

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Hannover

„Höhe und Struktur der Forderung müssen in Betrieb und Ämtern festgelegt werden"

Am Dienstag, dem 5.10.1976, fand in Hannover eine Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV statt. Auf der Tagesordnung stand: „Bericht über den 8. ÖTV-Gewerkschaftstag vom 13. bis 19.6.1976 in Hamburg." Anschließend fand eine Debatte über den Bericht statt. Anwesend waren fast zwei Drittel der Delegierten (über 180). Der Kreisvorstand eröffnete die Versammlung mit einer Stellungnahme zu den Bundestagswahlen, wo er das Wahlergebnis der Sozialdemokraten lobte. Anschließend erklärte das ÖTV-Kreisvorstandsmitglied Kraayvanger gleich, daß man nun nicht alle 757 Anträge des Gewerkschaftstages durchgehen könnte, er hätte da für uns was zusammengestellt. Er führte dann Anträge über Satzungsänderung, Privatisierung im öffentlichen Dienst, Personalvertretungsrecht, internationale Gewerkschaftspolitik, Tarifpolitik und Mitbestimmung aus.

In der anschließenden Debatte war sofort die Tarifpolitik das zentrale Thema. Die Debatte wurde sofort um den Antrag 367, der den Antrag 408 ablöst, geführt. Der Antrag 367 führt aus, daß die Tarifrunde nun vom Hauptvorstand mittels Richtlinien eingeleitet werden soll. Mehrere Kollegen traten sofort gegen diesen Antrag auf und führten aus, daß die Höhe und Struktur der Forderung von den Mitgliedern in den Betrieben und Ämtern erhoben werden muß und nicht vom Hauptvorstand mittels Richtlinien. So ein Antrag, meinten die Delegierten, muß abgelehnt werden. Der Kreisvorstand trat sofort auf und sagte, der Antrag sei nun halt angenommen und diese Kreisverwaltung müsse mit dem Antrag vier Jahre leben. Damit waren fast alle Delegierten nicht einverstanden, und der nächste Redner forderte die Delegierten des Kreises Hannover auf dem Gewerkschaftstag gleich auf, Stellung zu beziehen, ob sie diesen Antrag angenommen haben oder abgelehnt. Das war dem Kraayvanger zuviel, er meinte, wo kämen wir hin mit der Demokratie, wenn die Delegierten in der Abstimmung an irgendwelche Absprachen gebunden seien. In der Abstimmung, sagte er, müsse sich jeder selber entscheiden. Breite Empörung und die Forderung nach Rechenschaft war die Antwort der Delegierten. Dem Kreisvorstand wurde es auf seinen Stühlen heiß, als ein Kollege aufführte, daß Hannover eine sehr lange Tradition in der Festbetragsforderung hat und daß die letzte Tarifrunde auch die Richtigkeit eines Festbetrages bewiesen hat. Dieser Delegierte packte gleich die Vorbereitung der Tarifrunde 1977 an: Gefordert wurde, daß zur Festlegung der Struktur und der Höhe der Forderung für den Kreis Hannover eine Kreisdelegiertenkonferenz einberufen wird. Diese Forderung fand breite Unterstützung, und es wurde beschlossen, daß Ende November eine Kreisdelegiertenkonferenz einberufen wird, auf der für den Kreis Hannover die Struktur und Höhe der Forderung festgelegt wird. Danach hatte der Kreisvorstand nichts Wichtigeres zu tun, als mit allen formellen Mitteln die Delegiertenkonferenz zu schließen. Sein letzter Satz war: „Die Delegiertenkonferenz ist beendet." Der letzte Satz eines Kollegen war: „Alle Delegierten haben in ihren Betrieben, Ämtern und Abteilungen die Tarifrunde vorzubereiten und auf der Delegiertenkonferenz Ende November die Forderung der Kollegen aus ihrem Bereich zu vertreten."

Recht hat er. So werden wir es anpacken. – (n., Hannover/Red.)

Die Lehrer müssen mit der bürgerlichen Schulgewalt brechen

Jugendliche, die der Hauptschule entronnen sind, müssen während ihrer Ausbildungszeit die Berufsschule besuchen, entweder im Block (vier bis acht Wochen) oder an zwei Tagen pro Woche. Ich bin Berufsschullehrer.

Vor kurzem kam ich in den Unterricht eines anderen Lehrers, weil ich mir von ihm den Schlüssel für unseren Filmraum holen wollte. Die Schüler waren gerade dabei, eine Klassenarbeit zu schreiben. Von dem Lehrer war allerdings nichts zu sehen, auf den ersten Blick. Erst als ich mich genauer umsah, bemerkte ich, daß der Lehrer Voelkner seinen Stuhl auf das Pult gestellt hatte und nun dort oben thronte, um besser überwachen zu können, daß die Schüler nicht voneinander abgucken. Voelkner vertritt nicht nur gegenüber Schülern den Standpunkt des Aufsehers.

Auf einer Lehrerkonferenz beantragte er, daß alle schriftlichen Meinungsäußerungen von Lehrern erst vom Schulleiter „genehmigt" werden sollten, ehe sie den anderen ins Fach gelegt werden dürfen. Herrn Voelkner genügt offenbar die Knebelung durch das Beamtengesetz noch nicht. Zum Dank schlug ihn Schulleiter Krebs auf der letzten GEW-Betriebsgruppensitzung für die Wahl des Vertreters der Betriebsgruppe vor. Auch der GEW-Vertrauensmann der Betriebsgruppe an der G 11, Helmke, ist der verlängerte Arm der Dienstaufsicht in unserer Schule. Er führt zum Beispiel über einen Lehrer eine dicke Akte mit dessen Äußerungen und Stellungnahmen zu schulischen und außerschulischen Fragen. Auf der letzten Betriebsgruppe schwenkte er diese Akte. Er greift ständig andere Lehrer an wegen ihres „einseitigen Unterrichts". Er fordert man deswegen eine Fachkonferenz, versteckt er sich hinter dem Rükken des Oberschulrats. Als GEW-Mitglieder die Einberufung einer Betriebsgruppensitzung wegen der Strafversetzung einer Kollegin forderten, lehnte er ab mit der Behauptung: „Personalangelegenheiten gehören nicht in die GEW."

Von dem Lehrer Helmke ist durch Berichte von Schülern seit langem bekannt, daß er die Schüler während der Klassenarbeiten zwingt, ihre Schultaschen zwischen sich zu stellen, damit jeder auch eine „echte Leistung" vollbringt. Jeder Lehrling weiß aber aus den ersten Tagen im Betrieb, daß „echte Leistung" nur durch kollektive Arbeit zustande kommt. Dieses durch Erfahrung gewonnene Bewußtsein der Schüler soll durch das Schüren der Konkurrenz und üble Überwachungsmethoden in der Schule zerstört werden.

Die Schüler hassen diese Schindermethoden. Ein Schüler drückte das mir gegenüber so aus: „Hier in der Schule geht's zu wie im Knast." Dieser Schüler wußte, was er sagt. Er hat eine Jugendstrafe von vier Monaten hinter sich.

Viele Lehrer, die von sich glauben, sie seien „fortschrittlich", sind der Ansicht, daß die Tätigkeit des Lehrers, also zum Beispiel die Notengebung, eine Arbeit ist wie jede andere, praktisch dasselbe wie die Arbeit eines Elektrikers oder eines Schweißers. Diese Ansicht ist falsch.

Noten sind Waffen der Lehrer gegen die Schüler. In unserer Schule werden die Noten auch als Waffe gegen die Schülervertretung eingesetzt. Als eine Klassensprecherin zur Schülerratssitzung aufbrechen wollte, bedrohte sie der Lehrer damit, er würde ihr in der Klassenarbeit, die sie durch die Teilnahme am Schülerrat versäumen würde, eine Sechs geben. Die Schülerin ging trotzdem.

Wenn Schüler sich aber absolut nicht mehr durch Noten oder Klassenarbeiten unterdrücken und spalten lassen und ihr spontaner Widerstand jeglichen Unterricht unmöglich macht, dann steht Berufsschullehrern noch ein spezielles Instrument zur Verfügung: die Mitteilung an den Betrieb. Das läuft dann so ab: „Mach ruhig so weiter. Nach der Stunde werde ich mal deinen Meister anrufen. Der wird dich schon kleinkriegen." Das ist die direkte Drohung mit der Arbeitslosigkeit. Jugendliche, die heute irgendwo aus dem Betrieb rausfliegen, haben zur Zeit große Schwierigkeiten, wieder einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen. Besonders ältere „gestandene" Berufsschullehrer verschaffen sich in neuen Klassen auf diese Weise von Anfang an „Respekt". „Wer stört, den melde ich beim Betrieb."

Mit dieser brutalen Unterdrückung müssen alle Lehrer, die sich wirklich auf die Seite der Jugendlichen stellen wollen, brechen. Sonst ist alle „Fortschrittlichkeit" nur eine hohle Phrase. Wie wollen sich sonst auch die Lehrer, die im Staatsauftrag die Schülerunterdrückung betreiben sollen, zusammenschließen gegen den Dienstherrn? Dieser Zusammenschluß kommt voran. Und es zeigt sich, daß diejenigen, die von „unkollegial" reden und „unsolidarisch", wenn man den Notenterror gegen die Schüler nicht mitmacht, auch die sind, die dem Schulrat in den Hintern kriechen und den Zusammenschluß der Lehrer gegen den Dienstherrn zurückzerren wollen. Wie könnte es anders sein? – (d., Hamburg/Red.)

Die Kreisvertreterversammlung der GEW im Kreis Pinneberg sprach sich gegen den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin aus.

Heilbronn. Die Fachgruppe Gymnasien der GEW, Kreis Heilbronn, hat an die Kreisdelegiertenversammlung den Antrag gestellt: Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen, daß der Ausschluß der GEW Westberlin zurückgenommen werden soll und die Einberufung einer Bundesvertreterversammlung verlangen, auf der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zurückgenommen werden sollen.

„Die Fachgruppe Gymnasien der GEW, Kreis Karlsruhe, lehnt auf ihrer Sitzung am 2. September den Beschluß des Hauptvorstands der GEW Bund ab, den Landesverband Westberlin aufzulösen. Wir lehnen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab und fordern den Hauptvorstand auf, zu diesen Fragen eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung durchzuführen."

Drei Tage belagerten arbeitslose Lehrer die Hamburger Schulbehörde. Durchgeführt wurde die Aktion von der Betriebsgruppe arbeitslose Lehrer. Hundert arbeitslose Lehrer beteiligten sich an der Aktion. 36 GEW-Betriebsgruppen, Lehrerkonferenzen, Hauptseminare, vier Elternabende und Schülervertretungen brachten Solidaritätsresolutionen. 500 DM wurden für die Flugblätter gespendet.

In einer Presseerklärung des Komitees zur Unterstützung des Kampfes der Waldbacher Sonderschüler heißt es u.a.: Am Mittwoch, dem 6.10.76, wurde dieses Komitee gegründet, das sich aus Schülern und Eltern der Waldbachschule II sowie Schülern und Eltern anderer Schulen, Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten aus Offenburg zusammensetzt. Alle unterstützen den Kampf der Waldbachschüler für die Forderungen: Keine Auflösung der Klasse 8c! Keine Entlassung der Lehrerin Rey! Auflösung der Sonderschulen. . . . Die Sonderschulen müssen abgeschafft werden, weil sie Zuchthäuser für die Arbeiterjugend sind. Durch dieses Mittel der Auslese wird ein Teil der Schüler auf die Sonderschule abgeschoben. Dort erhalten sie die schlechteste Ausbildung, um zu billigen Hilfsarbeitern abgerichtet zu werden. Sie werden gedemütigt und als dumm behandelt. Dies erzeugt notwendig Widerstand gegen diese Schule. Die Antwort der Schulbehörde darauf sind Polizeimaßnahmen: Schulausschlüsse, Strafanträge, verstärkte Aufsicht. Nicht einmal vor Polizeieinsatz gegen Schüler und Eltern schrecken sie zurück. So wurden am letzten Freitag Eltern und Schüler von neun Polizisten vom Schulgelände vertrieben. Mit Lügen und Hetzgerede über die streikenden Schüler und über Frau Rey versucht die Schulleitung, den berechtigten Widerstand der Waldbachschüler zu brechen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, denn die Unzufriedenheit über die Schule läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken. . . . Wir rufen alle auf, mit ihrer Unterschrift die gerechten Forderungen zu unterstützen und im Komitee mitzuarbeiten."

Frankfurt/Hofheim. Gegen Unterrichtsverkürzung und für 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen schließen sich die Berufsschüler an den beruflichen Schulen des Main-Taunus-Kreises zusammen. Zu Beginn des Schuljahres wurde der Unterricht für die Lehrlinge so gelegt, daß sie an einem Tag in der Woche nach der Schule nicht mehr in den Betrieb mußten. Die Handwerkskammer drohte dann damit, daß die Kfz-Lehrlinge ihre Lehrlinge rausschmeißen, wenn das nicht geändert wird. Prompt änderte die Schulleitung den Unterrichtsplan. Statt 4 Stunden in der Woche sollte eine Metallklasse nur noch jeden zweiten Monat acht Stunden haben: Die Klasse hat Forderungen aufgestellt, auf deren Grundlage dann auch der Schulsprecher und der Schülervertretungsvertreter gewählt wurden: 1. Weg mit der Zwei-Monats-Regelung! 2. 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen! 3. Einspruchsrechte der Schüler in allen Schulangelegenheiten! 4. Deutsch für Ausländer im Berufsschulunterricht! 5. Fachunterricht statt Religion! 6. Recht für arbeitslose Jugendliche auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl und Ausbildung an der Schule, so daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können! 7. Einheitliche Ausbildung für alle bis zum 18. Lebensjahr – theoretischer und praktischer Unterricht über die Grundlagen der Produktion.

Freiburg. Nachdem die Bäckerklasse III in Freiburg Streik beschlossen hat für den Fall, daß eine Unterrichtsverlängerung über die Mittagszeit von einer Stunde nicht zurückgenommen wird, wurde diese Regelung sofort zurückgenommen. Jetzt soll eine Bäckereiverkäuferinnen-Klasse dieser Regelung unterworfen werden, die diese Maßnahme aber auch ablehnt.

Offenbach. Gegen die Nichteinstellung des Lehrers B. Lewicki und die Lage der ausländischen Jugendlichen wurde in Offenbach eine Veranstaltung durchgeführt. 90 deutsche und ausländische Jugendliche (zum Teil mit ihren Eltern), ausländische Sozialarbeiter, Vertreter ausländischer Organisationen und Lehrerkollegen sind zur Veranstaltung gekommen. Von verschiedenen Rednern wurde die elende und rechtlose Lage der Jugendlichen angegriffen. Zum Beispiel können 80 % der ausländischen Jugendlichen in der BRD nicht den Hauptschulabschluß machen. An der Humboldtschule erhalten die griechischen Kinder gerade drei Stunden Deutschunterricht in der Woche. Dagegen wird gekämpft und es konnte durchgesetzt werden, daß die ausländischen Jugendlichen an der Berufsschule nicht mit einem 8-wöchigen Blockunterricht abgespeist werden. Weil der Lehrer auf der Seite der Schüler steht, soll er jetzt nach der Probezeit nicht eingestellt werden. Alle Anwesenden sprachen sich gegen die Nichteinstellung aus. Ein Vertreter der PLO sprach über den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und ein türkischer Kollege berichtete über die Verfolgungswelle gegen Gewerkschafter in der Türkei. Zu deren Unterstützung wurden auf der Veranstaltung 160 DM gesammelt.

Wolfsburg. Gegen die „sklavische Durchführung des Unterrichts" und die Mengenlehre haben 34 Eltern, zumeist VW-Arbeiter, bei einer außerordentlichen Elternversammlung in einem Dorf vor Wolfsburg mit Leserbriefen an Zeitungen und Schulamt protestiert. Kinder, die z.B. durch Krankheit usw. nicht am Unterricht teilnehmen können, fallen in dem Stoff hoffnungslos zurück. Die Lehrer sind gezwungen, nach festen Zeiteinheiten den Unterrichtsstoff durchzuziehen. So wird Auslese betrieben. Die bürgerlichen Phrasen von Berücksichtigung und individuellen Fähigkeiten und individuellem Lerntempo entpuppen sich als Lug und Trug. Die Eltern bezeichneten diese Methoden als Diktatur „im pädagogischen Bereich".



Bremerhaven. Gegen die neu eingeführte 4/8- bzw. 5/7- Regelung demonstrierten am 27. September 350 Bremerhavener Berufsschüler. Unter Beifall und Rufen „Jetzt gehts endlich los!" wurde als erstes durch das Schulgebäude gezogen. Laut wurde die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen gerufen. Ganze Schulklassen schlossen sich dem Zug an und führten am Bahnhof eine Abschlußkundgebung durch. Am Freitag, den 9.10. führten 180 Schüler eine weitere Demonstration unter denselben Forderungen und für die Abschaffung des Blockunterrichts durch.

Darmstadt

Bäckerei: 56 1/2 Stunden Arbeitszeit

Ich bin 17 Jahre alt und arbeite als Bäckerlehrling seit November 75 in einer Bäckerei in Kelsterbach. Nach zwei Tagen Einarbeitungszeit arbeite ich voll in der Produktion. Insgesamt arbeite ich 56 1/2 Stunden in der Woche – zum großen Teil Nachtarbeit – und dann habe ich noch sieben Stunden Berufsschule. Die Arbeitszeit verteilt sich so:

Mo. – Mi.: 2 Uhr bis 13.30 Uhr
Do.: 7 Stunden Berufsschule
Fr.: 2 Uhr bis 14 Uhr
Fr. 22 Uhr bis Sa. 8 Uhr.

Ich bin also die ganze Woche eingespannt. Samstag nachmittag muß ich schlafen, weil ich die Nacht vorher durchgearbeitet habe. Gerade am Samstag und Sonntag habe ich dann noch Zeit, um mich ein wenig zu erholen, damit ich die nächste Woche durchhalte. Und am Montag morgens um 2 Uhr fängt dann gleich wieder die Woche an.

Ich mache genau dieselbe Arbeit wie ein Geselle. Von 2 bis 7 Uhr Brötchen backen an der Brötchenstraße, von 7 bis 9 Uhr Brot backen, von 9 bis 12 Uhr Weißbrot, von 12 bis 13 Uhr Kuchen, von 13 bis 13.30 Uhr die Backstube säubern. Für die ganze Arbeit bekomme ich 380 DM: 320 DM Grundgehalt für das 2. Lehrjahr und 60 DM Zuschlag. Im 1. Lehrjahr bekam ich sogar noch weniger, damals waren es insgesamt nur 290 DM.

Für die 24 1/2 Überstunden und die Nachtarbeit bekomme ich also lediglich einen Zuschlag von 60 DM! Das macht etwas mehr als 50 Pfennig nur für die Überstunden, den Zuschlag für die Nachtarbeit nicht mitgerechnet.

Mit den Pausen sieht es auch ganz schlimm aus. Mittagspause ist sowieso nicht eingeplant, und auch für die Frühstückspause hatte ich vorher nur kurz Zeit, um einmal in ein Brötchen reinzubeißen. Jetzt, wo der neue Geselle da ist, machen wir einfach eine halbstündige Frühstückspause und lassen den Meister solange toben und schimpfen, bis er sich daran gewöhnt hat.

Trotzdem versucht er noch einen Haufen Schikanen. Oft ist es passiert, daß wir unsere Arbeit fertig hatten, alle Geräte saubergemacht und aufgeräumt hatten – dann ruft der Chef an und bestellt z.B. noch eine volle Fuhre Weißbrot. Für uns bedeutet das mal wieder: doppelte Aufräumarbeiten und drei Überstunden. Wenn die Kollegen sich einzeln weigern, Überstunden zu machen, droht er mit Rausschmiß wegen Arbeitsverweigerung. Während der kurzen Zeit, die ich in Kelsterbach arbeite, hat der Chef zwei Kollegen rausgeschmissen, einer ist freiwillig gegangen.

Ein weiteres Druckmittel ist der niedrige Lohn. Ein Bäckergeselle verdient mit Überstunden monatlich 1 150 DM netto. Von noch weniger Geld kann man mit zwei oder drei Personen wirklich nicht leben. Deshalb sind die Kollegen gezwungen, zusätzliches Geld durch Überstunden hereinzubekommen. Seit die beiden Kollegen rausgeschmissen worden sind, müssen wir zu dritt (zur Zeit wegen Urlaub nur zu zweit) die gleiche Arbeit leisten, die vorher fünf gemacht haben. Der Chef überwacht uns schärfer, stellt die Brotstraße viel schneller und treibt uns an. Dagegen kann man sich einzeln nur schwer zur Wehr setzen. In den ganzen letzten Monaten hatte ich vor, zur Gewerkschaft zu gehen, um mich dort zu informieren. Aber wegen der beschissenen Arbeitszeit und weil ich, wenn ich mal frei habe, keine Lust habe, in der Gegend rumzufahren, bin ich noch gar nicht dazu gekommen.

Mit dem neuen Gesellen habe ich aber schon vereinbart, daß wir zusammen in die Gewerkschaft eintreten wollen. Dafür habe ich mir in der nächsten Woche auch schon extra Urlaub genommen. – (g./c., Darmstadt)

Die Ausbildung im Handwerk bereitet aufs Fließband vor

Der weitaus größte Teil der Jugendlichen, die eine Lehrstelle bekommen, werden vom Handwerk aufgesaugt. Das ist vollkommen im Interesse der Monopolkapitalisten. 60 % aller Lehrlinge werden in den Handwerksbetrieben eingestellt. Diese Zahl steigt. Von 1974 bis 1975 um 3,9 % von 485749 auf 504662 Lehrlinge. Diese Tendenz ist heute nicht unterbrochen. Im Friseurhandwerk ist im gleichen Zeitraum die Zahl der Lehrlinge von 47990 auf 51097, also um 6,9 % gestiegen. Unter dem Vorwand der Ausbildung werden die jugendlichen Lehrlinge gleich von Beginn an als Hilfsarbeiter bzw. als vollwertige Kraft eingesetzt. Sie ersetzen in vielen Handwerksbetrieben eine weitere Beschäftigung von ausgelernten Arbeitskräften. Es ist so, daß sich das untergehende Handwerk vielfach nur durch die billige Arbeitskraft der Lehrlinge über Wasser halten kann. Die Ausbildung ist reine Unterdrückung.

Das ist der eigentliche Zweck. Ausbildung und Erziehung ist im Kapitalismus Ausbildung zum Lohnarbeiter und Erziehung zum Lohnsklaven. Entsprechend auch die Entlohnung. Im Friseurhandwerk, wo auf 1000 Beschäftigte 350 Lehrlinge kommen, bekommt eine Friseuse im Bereich der Handwerkskammer Freiburg im ersten Lehrjahr 160 DM, im zweiten Lehrjahr 200 DM und im dritten 240 DM. Die Berufsschulpflicht ist für die Handwerkskapitalisten ebenso wie für die großen Konzerne ein besonderer Dorn im Auge. Ein Tag mindestens in der Berufsschule, das ist für das Profitstreben äußerst störend, besonders dann, wenn der ganze Laden durch die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft, der Lehrlinge, aufrechterhalten werden kann. Da ist jede Minute wichtig.

Diese Herrichtung von Arbeitskräften ist ganz im Interesse der großen Industriekapitalisten und Monopole. Sie nutzt ihr ganz direkt. Denn während die Zahl der Lehrlinge steigt, sinkt die Zahl der Beschäftigten im Handwerk 1974 auf 75 von 3,801 auf 3,673 Millionen. Handwerk und Kleinproduktion sind im Zeitalter der großen Industrie dem Untergang geweiht. So ist es so, daß 71 % derjenigen, die Schmied lernen, nicht mehr in ihrem Beruf weiter arbeiten können, 50 % der Schlosser, 37 % der Bäcker und 41 % der Kraftfahrzeughandwerker.

Viele müssen ihre Arbeitskraft in der großen Industrie verkaufen. Durch die ständige Schikane und Unterdrückung im Handwerk sollen sie vorbereitet sein, an den Fließbändern der Industriekapitalisten die noch rigorosere Ausbeutung ihrer Arbeitskraft widerstandslos hinzunehmen. Notwendig entwickelt sich der Widerstand. Der Kampf gegen die Bestrebungen der Kapitalisten, die Jugendlichen nach der Berufsschule wieder in die Betriebe zu ziehen, ist ein Bestandteil, die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht wird erhoben. Gegen die Despotie des kapitalistischen Lehrherren und die Schulunterdrückung durch den bürgerlichen Staat verankert sich die Forderung nach Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr. Sie wird zur Losung auf dem Weg zur endgültigen Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Frankfurt. Die Installateurslehrlinge an der Philipp-Holzmann Berufsschule erhalten in der Woche nur 7 Zeitstunden Unterricht. 70 % der Lehrlinge erhalten Noten zwischen 5 und 6. So soll die Auslese betrieben und die Konkurrenz geschürt werden. Außerdem gibt es keine Bücher und kein Zeichenmaterial. Deshalb stellte die Klasse die Forderung auf: 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen und Zugangs- und Inspektionsrecht für Gewerkschaften, Betriebsräte und Jugendvertretungen. Für kostenlose Lernmittel. Der Schülerrat wurde aufgefordert, diese Forderungen zu unterstützen und die Schüler zusammenzuschließen.



Heidelberg/Walldorf. An den ehemaligen Treffpunkt der Jugendlichen von Walldorf, aus dem eine teure Kneipe gemacht wurde, wurden die Parolen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gemalt.

Heidelberg/Walldorf:

Gegen Ausplünderung und Bevormundung kämpfen die Jugendlichen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Vor zwei Wochen wurde das „Seestudio" in Walldorf unter dem Namen „Mosquito" neu eröffnet. 200 Jugendlichen verwehrte der Diskothekbesitzer den Eintritt. Man sollte über 18 sein, fein geschniegelt und 5 DM Eintrittsgeld bezahlen. Auf der Straße versammelten sich die Jugendlichen. (Einige, die eingelassen worden waren, berichten, daß drinnen ein kleines Bier 2 Mark kostet.) Sie lassen sich die ersatzlose Streichung ihres Treffpunkts nicht gefallen. Empörung und Zorn gegen den Kneipenbesitzer herrschen. Sprechchöre „Für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung!" werden laut. Das „Seestudio" war früher Treffpunkt von jugendlichen Arbeitern, Lehrlingen und Schülern aus der ganzen Gegend. Der Walldorfer Gemeinderat hat die Schließung des Seestudios betrieben. In diesem Lokal fehlte ihnen die „Aufsicht". Die Jugend der Arbeiterklasse, die sich ab 15 Jahren für die Kapitalisten von Schnellpresse oder Betty Barclay schinden kann, wollen sie politisch unterdrücken und bevormunden. Ins „Mosquito" sollen nur reiche Leute kommen. Ein Jugendzentrum oder einen Ort, wo sich die Masse der Jugendlichen, die Kinder der Arbeiter und Angestellten, versammeln können, gibt's nicht.

Der Diskothekbesitzer bestellte Polizei. 50 behelmte Polizisten rücken an. Sie können die Straße nicht freiprügeln. Die Jugendlichen stimmen eine Resolution ab, daß man in diese Kneipe nicht geht und für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung kämpft. Am nächsten Tag sind 300 Jugendliche vor dem Lokal. Der Diskothekbesitzer fordert mehr Polizei an. Heftige Debatten gegen den Kneipier, Gemeinderat und Polizeieinsatz bis spät nachts auf der Straße. Jugendliche aus Jugendzentrumsinitiativen in Sandhausen, Hockenheim, Pfaffengrund u.a. sind dabei und unterstützen die Forderung nach einem Jugendzentrum, für das sie in ihren Orten ebenfalls kämpfen. Am Montag bringt die „Rhein-Neckar-Zeitung" eine ganze Seite darüber. Eine Reihe von bürgerlichen Gemeinderäten erklärt sich jetzt für ein Jugendzentrum. (Stadtrat Weisbrod: Das Jugendzentrum ist eine dringliche Forderung, die man unterstützen muß . . .) Montag Abend soll eine Jugendvollversammlung sein. Der Gemeinderat hat die Schule als Ort verboten. Die Versammlung findet im Freien statt. Von etwa 60 Jugendlichen wird zum Schluß eine Demonstration für Samstag beschlossen. Am Dienstag soll dem Gemeinderat die Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung überbracht werden. Der Gemeinderat läßt seine Sitzung ausfallen. Er steht mit dem Rücken an der Wand. Für Dezember verspricht er den Jugendlichen drei Räume in einem städtischen Haus. Die Reformisten im Walldorfer Jugendrat versuchen die Bewegung zu spalten. Sie sagen, man solle nicht demonstrieren und sich ruhig verhalten, dann würden vielleicht die drei Räume wahr. Davon lassen sich aber die Jugendlichen nicht beeindrucken.

Der Kneipenbesitzer hat unterdessen unter seiner Nachbarschaft eine Unterschriftensammlung anfangen wollen, daß sein Polizeieinsatz rechtens war. Er erhielt eine glatte Abfuhr. Es unterschrieb ihm dies niemand. Am letzten Samstag beteiligten sich 100 Jugendliche an einer Kundgebung in Walldorf, und über 100 sind außenrum versammelt. 16 Jugendzentrumsinitiativen aus anderen Ortschaften unterstützen diese Kundgebung. In einem offenen Brief wird der Gemeinderat aufgefordert, die Räume sofort rauszurücken. Anschließend bekräftigt eine Jugendvollversammlung erneut die Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung in Walldorf und beschließt erneut für den kommenden Samstag eine Demonstration. Der Jugendrat wird darauf festgelegt.

An die Diskothek wurde von den Jugendlichen inzwischen geschrieben, was von ihr zu halten ist: „Pfui Nepp", „Neppkönig von Grigees Gnaden" (Grigee ist der Bürgermeister von Walldorf), „Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum!".

Kampf um Kindergärten

Die Bourgeoisie betreibt die Stillegung von Kindergärten, erhöht Gebühren, rationalisiert. Dagegen gibt es Kampf.

Der Westberliner Senat will im Bereich der Kindertagesstätten Stellen kürzen und die Auspressung von Mehrarbeit erhöhen.

Für jede Hortgruppe von 20 Schulkindern sollen nur noch 0,87 Erzieher zur Verfügung stehen. Die Hortgruppenarbeit wird nur noch zwischen 11 und 16 Uhr mit Personal berechnet. Anwesende Hortkinder müssen morgens und vormittags auf die übrigen Kindergartengruppen aufgeteilt werden. Alle Vertretungsmittel für Krippe und Kindergarten fallen weg bei Krankheit, Kur, Urlaub, Schwangerschaft, Fortbildung usw. Bei Engpässen, z.B. Ferien, werden dem Hort 1,5 % Vertretungsmittel zugestanden. Das bedeutet für Reinickendorf mit 42 Kindertagesstätten ungefähr 6 bis 7 Springkräfte. Folgt natürlich ebenfalls Aufteilung der Kinder auf andere Gruppen, Erhöhung der Gruppenstärke.

Schnell beginnt sich die Belegschaft gegen diese Maßnahmen zusammenzuschließen. Unterschriftensammlungen wurden in mehreren Bezirken durchgeführt: Rücknahme der Pläne! Auf einer Vertrauensleutekonferenz der Abteilung Sozialarbeit der ÖTV wurde der Bezirksvorstand einstimmig aufgefordert, alle Aktivitäten der Sozialarbeiter zu unterstützen. In Kreuzberg haben sie, trotz Ablehnung durch die Sozialdemokraten im Vorstand, Flugblätter an die Eltern verteilt. In den Kindertagesstätten hängen Plakate gegen die Rationalisierungsmaßnahmen.

an die Eltern verteilt. In den Kindertagesstätten hängen Plakate gegen die Rationalisierungsmaßnahmen.

Die Eltern wenden sich ebenfalls gegen die Rationalisierungen. In einigen Bezirken haben sie bis zu 100 % unterschrieben. Der Ausschußvorsitzende der Kindertagesstätte Curvystraße, ein Arbeiter in der Bundesdruckerei, hat seine Gewerkschaft von dem Kampf unterrichtet, weil dies, wie er sagte, alle seine Kollegen was angeht, die zum großen Teil ihre Kinder auch in Kindertagesstätten unterbringen müssen. Er verlangt, daß die IG Druck die Forderung unterstützt: Die Rationalisierungspläne müssen zurückgenommen werden.

Erzieherinnen, die ihre Abschlußprüfung gemacht haben, müssen ein Jahrespraktikum in einer „sozialpädagogischen Einrichtung" (Kindergarten usw.) ablegen. In Wiesbaden hat heuer hat ein Teil der Praktikantinnen gleich gar keine Stelle erhalten. Damit werden sie gezwungen, unentgeltlich in einer solchen Einrichtung zu arbeiten. BAFöG wird in diesem Ausbildungsjahr nicht gezahlt. Also müssen sich viele eine Nebentätigkeit suchen, z.B. als Bedienung in einer Gaststätte.

In Ludwigshafen soll der Betriebskindergarten im Städtischen Krankenhaus geschlossen werden. Wie würde sich das auswirken? Der Mann einer der Schwestern ist Frührentner. Er bekommt nur 360 DM Rente im Monat. Da davon eine sechsköpfige Familie nicht leben kann, muß die Frau arbeiten gehen. Im Monat kommt sie mit Kindergeld auf 1 800 DM brutto. Zwei ihrer Kinder sind im Krankenhauskindergarten untergebracht, die anderen gehen zur Schule. Wenn der Kindergarten geschlossen würde, hätten sie keine Möglichkeit, die Kinder aufzuziehen. Sie kann nicht aufhören zu arbeiten, weil die Rente nicht langt. Sie kann die Kinder nicht in einen anderen Kindergarten bringen, weil die über Mittag nicht geöffnet sind. Die Arbeitszeit der Frau dauert aber von 7 bis 15 Uhr. Es ist unbedingt notwendig, daß die Kinder über Mittag untergebracht sind und ihr Essen haben, wie das im Betriebskindergarten der Fall ist.

Die Belegschaft lehnt die Schließung ab. Als die Krankenhausleitung das merkte, redete sie von einer Schließung erst 1977. Der sozialdemokratische Personalrat hat eine Erhöhung der Gebühren und Einsparung der Personalkosten vorgeschlagen. Er will, daß die Eltern zahlen und die Beschäftigten im Kindergarten noch größere Mehrarbeit leisten sollen.

Das Personal des Krankenhauses hat jetzt eine Unterschriftensammlung gegen die Schließung begonnen. – (jw, nach Korrespondenzen)

Waiblingen:

Das Recht, sich gegen die elenden Wohnverhältnisse zusammenzuschließen, wurde erkämpft

Mit Polizeieinsätzen versuchte der Waiblinger Gemeinderat den Widerstand der Bevölkerung gegen die elenden Wohnverhältnisse in den städtischen Wohnungen zu unterdrücken. In Waiblingen, einer Stadt mit 25 000 Einwohnern, wurden am Donnerstag und Freitag Kundgebungen durchgeführt und der Gemeinderat mit den Forderungen der Arbeiter und Angestellten, die in den städtischen Wohnungen wohnen, konfrontiert. Die Antwort des Gemeinderats war der Einsatz der Polizei und Verhaftungen. Über 300 Menschen versammelten sich am Freitag gegen den Einsatz der Polizei und setzten die Freilassung der Verhafteten durch. Am Samstag führte der KBW mit 150 Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten in der Innenstadt eine Kundgebung durch, und die Polizei wagte nicht mehr einzugreifen.

In einem offenen Brief prangerten die Bewohner der städtischen Wohnungen ihre Lage an: „Die Häuser, in denen wir leben, werden nicht verputzt. Unsere Wohnungen schimmeln teilweise, weil die Wände nicht isoliert sind. Oft sind die elektrischen Leitungen nicht unter Putz verlegt und manchmal nicht einmal geerdet. Für unsere Kinder ist sogar der Sand für den Sandkasten zu teuer. Bäder gibt es in unseren Wohnungen nicht. Diese Liste können wir endlos fortsetzen." Auf einer ersten Versammlung, die der KBW einberufen hatte, wurde dieser Brief und folgende Forderungen von 24 Teilnehmern verabschiedet: „Warmes Wasser für jede Wohnung. Für jede Familie eine Dusche. Alle elektrischen Leitungen müssen unter Putz und geerdet sein. Die Wohnungen sind so zu isolieren, daß es in Zukunft nicht mehr schimmelt. Für unsere Kinder brauchen wir einen ordentlichen Spielplatz. In den Wohnungen, wo es reinregnet, müssen die Dächer und Dachrinnen repariert werden."

Für eine Drei- bis Vierzimmerwohnung müssen die Arbeiter 160 bis 200 DM Miete zahlen. Durch geringen Lohn, Arbeitslosigkeit und die finanzielle Belastung durch viele Kinder sind die Arbeiter gezwungen, in diesen Löchern zu leben. Dem Oberbürgermeister wurde ein Ultimatum gestellt, bis zum 1. Oktober zu den Forderungen Stellung zu nehmen. Ansonsten würden andere Saiten aufgezogen. Der Oberbürgermeister hielt sich nicht an dieses Ultimatum. Es wurde bei einer zweiten Versammlung beschlossen, am Donnerstag vor der Sitzung des Gemeinderats eine Kundgebung durchzuführen, wobei die 80 Teilnehmer dann von 20 Polizisten überfallen wurden.

Für Freitag wurde eine weitere Kundgebung beschlossen, und am Freitag Morgen standen in ganz Waiblingen die Parolen „Kampf der Reaktion und dem Polizeiknüppel!" „Kampf der staatlichen Ausplünderung!" „Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!".

Über 100 Leute waren zur Kundgebung gekommen. Kaum war die Rede fertig, preschte erneut die Polizei auf den Platz. Wieder wurden Verhaftungen durchgeführt. Über 300 Leute sammelten sich an, und die Polizei wurde angegriffen. Ein großer Teil zog vor die Polizei und forderte die Freilassung der Verhafteten. Auch ein Notarztwagen wurde aufgefahren. Auf die Frage nach dem Grund wurde geantwortet: „Uns wurde gesagt, das Polizeirevier wird gestürmt." Die Polizei kam in Bedrängnis und mußte Verstärkung anfordern. Vor dem Polizeirevier wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Freilassung der Verhafteten gefordert wurde, und für Samstag wurde eine Kundgebung zur Verurteilung des Polizeiüberfalls und gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat beschlossen. Aufgrund des Drucks waren die Verhafteten schnell frei. Am Samstag versammelten sich 150 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten in der Innenstadt. Unter großem Beifall wurden Solidaritätserklärungen von Jugendzentren vorgelesen. Diesmal wagte die Polizei nicht mehr einzugreifen. Das Recht, sich gegen die elenden Wohnverhältnisse zusammenzuschließen, wurde erkämpft.

Als nächster Schritt zur Durchsetzung der Forderungen wird für den jetzigen Mittwoch eine Demonstration vorbereitet. – (l./Red.)

Hannover:

§ 218-Registrierbuch öffentlich verbrannt

Hannover:

§ 218-Registrierbuch öffentlich verbrannt

Am 7. Oktober wurde aus der Modellberatungsstelle „pro familia" in Hannover das Registrierbuch entwendet. In diesem Buch werden alle registriert, die in diese Beratungsstelle kommen, ob sie nun eine Abtreibung haben wollen oder Verhütungsmittel oder ob sie z.B. nur ihre Frau in die Beratungsstelle begleiten. Das Buch wurde in einer Blitzaktion der verdutzten Beraterin entrissen und öffentlich auf der Straße verbrannt. In einer kurzen Kundgebung wurde gesagt, daß die Reform des § 218 in Wahrheit eine Verschärfung dieses Strafparagraphen ist und daß mit Hilfe der Beratungsstellen das Abtreibungsverbot wieder durchgesetzt werden soll. Daß die polizeimäßige Bespitzelung und Kontrolle bei den Volksmassen in Hannover verhaßt ist, wurde bei dieser Aktion deutlich. Die umstehenden Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten – es waren etwa 50 – sahen der Verbrennung mit Genugtuung zu. Das Grinsen konnten sich die meisten nicht verkneifen. Als die Polizeispitzel von „pro familia" herausgerannt kamen, war das Buch schon halb verbrannt. Dennoch versuchten sie das Buch wieder an sich zu reißen. Nur mit sanfter Gewalt konnte man sie vor Verbrennungen schützen. Nur „pro familia"-Geschäftsführer Frommhage war nicht zurückzuhalten, er riß das brennende Buch an sich, klemmte es sich zum Zwecke des Löschens zwischen die Beine und wollte die ihm so wertvollen „statistischen Erhebungen" gar nicht wieder aus der Hand geben. Lange hatte er das Vergnügen nicht, und er mußte schließlich der endgültigen Vernichtung des Buches tatenlos zusehen unter dem Gelächter der umstehenden Menschen. „Lediglich um statistische Erhebungen handele es sich bei dem Buch", schreibt Frommhage am nächsten Tag in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung". Die müssen ihm allerdings viel wert gewesen sein.

Im folgenden der Artikel aus der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung":

Tumulte bei der Pro-Familia-Beratung

Bei einem „überfallartigen Unternehmen" (so Landesgeschäftsführer Dieter Frommhage) ist eine Gruppe junger Leute gestern nachmittag in die Beratungsstelle von Pro Familia in der Geibelstraße (Südstadt) eingedrungen, hat sich des Beratungsbuches bemächtigt und es auf der Straße verbrannt.

Frommhage vermutet, daß es sich um Mitglieder und Sympathisanten des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) handelt, der offensichtlich eine bundesweite Kampagne gegen Pro Familia unternimmt, denn ähnliche Aktionen hat es bereits in Köln und Frankfurt gegeben.

Hier der Hintergrund des Vorfalls: Der KBW fordert seit langem die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 und behauptet immer wieder, bei den Beratungsstellen würden Listen von ratsuchenden Frauen geführt und dann an staatliche Stellen weitergegeben. Dazu erklärte Pro-Familia-Geschäftsführer Frommhage, der bei einem Handgemenge mit den Eindringlingen leicht verletzt wurde, die Aufnahme der Personalien von Ratsuchenden erfolge lediglich für statistische Erhebungen, sie unterlägen der ärztlichen Schweigepflicht. Frommhage befürchtet, daß auch andere Beratungsstellen Schauplatz solcher Vorfälle werden könnten.

Bereits am Donnerstag vergangener Woche hatte der KBW vor der Beratungsstelle in der Geibelstraße einen sogenannten Informationsstand aufgestellt und gegen den Paragraphen 218 polemisiert. -ll-

ÜBERFALL AUF PRO FAMILIA

Am 7. 10. überfiel ein Trupp von etwa 10 Leuten unsere Beratungsstelle in der Geibelstraße 54. Das Registrierbuch wurde entwendet und auf der Hildesheimer Straße vor aller Augen verbrannt. Keiner der Umstehenden kam uns zu Hilfe, als wir vergeblich versuchten, das Register zu retten.
Worum ging es dabei?
Das ungeborene Leben muß geschützt werden. Dazu wurde vor einem halben Jahr der §218 reformiert.

> Neufassung des §218:
> „Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
> In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu sechs Jahren...."

Diese Reform ist als gemeinsames Werk von SPD, F.D.P. und CDU aus Liebe zum Modell Deutschland im Interesse der Bürger entstanden. Wir von der "pro familia" müssen den Staat nach Kräften dabei unterstützen. Es ist Aufgabe des Staates, zu verhindern, daß das einfache Volk jährlich 500 000-fach zukünftige Arbeiter und Soldaten vernichtet. Deshalb wird jede Frau bei uns registriert. Der Staat muß genaue Kenntnisse über das Privatleben jedes Bürgers haben. Der dreiste Überfall vom 7. 10. hat unsere staatserhaltende Tätigkeit zunichte gemacht. Der Auflösung des Rechtsstaats müssen Schranken gesetzt werden. Hierbei muß jeder Bürger helfen!
Deshalb:

LASSEN SIE SICH ERNEUT REGISTRIEREN, DAMIT SIE IN DEN SICHEREN GENUSS DER STRAFVERFOLGUNG IHRER ABTREIBUNG KOMMEN !

Ihre **pro familia**

Geibelstraße 54
3000 HANNOVER 1

Am selben Tag konnte man in Hannover überall Plakate lesen, auf denen „pro familia" aufforderte, sich doch bitte erneut registrieren zu lassen, damit die Strafverfolgung der Abtreibung auch gesichert sei.

Überall bildeten sich Menschentrauben um die Plakate, und das Gelächter war groß. Die Polizei hatte einige Schwierigkeiten. „Der KBW plakatiert für pro familia", hieß es über Polizeifunk, und dann: „Was, für pro familia?!" „Nein, so nun auch wieder nicht!" – jedenfalls, bis sie die Sache kapiert hatten, war sie schon vorbei.

Obwohl alles am hellichten Tage stattfand, konnten sie niemanden erwischen.

Wolfsburg. Nach der Ausbeutung im Betrieb betreibt der VW-Konzern zusätzlich die Ausplünderung von Kollegen, die durch den Wohnungsmangel an Kleinwohnungen in Wolfsburg gezwungen sind, in das Ledigenheim des VW-Werkes zu ziehen. Das nutzt der VW-Konzern aus, um die Arbeiter allerhand Schikanen auszusetzen. So darf zum Beispiel kein weiblicher Besuch mit auf die Zimmer genommen werden. Es ist nur „gestattet", Besucher in den dafür vorgesehenen Räumen, sprich Aufenthaltsräumen, zu empfangen. Jedoch ist das auch nur bis 22 Uhr möglich. Neben diesen allgemeinen Schikanen und Unterdrückungsmaßnahmen werden diesen Kollegen für die Benutzung der „Wohnlöcher", die sie bewohnen, ungeheuer hohe Mieten abgepreßt. So muß man für die Zimmer, die je nach Bettenzahl 10 bis 25 Quadratmeter betragen, folgende Miete pro Mann zahlen:
Miete für ein Zweibettzimmer: 145 DM
Miete für ein Dreibettzimmer: 104 DM
Miete für ein Vierbettzimmer: 87 DM
Der Grund für diese Vermietungen ist: die Arbeiter möglichst dicht zusammenzufassen, um sie kontrollieren zu können, und weiterhin sich noch zusätzlich an ihrem Lohn zu bereichern. – (p., Betriebszelle VW)

Wiesbaden/Rüsselsheim. Die Arbeiter und Angestellten im Rüsselsheimer Stadtteil Dicker Busch verweigern die Zahlung von Mietnachforderungen. Vorwiegend wohnen in dem Stadtteil die Opelarbeiter und ihre Familien. Der Stadtteil wurde in kürzester Zeit gebaut, um die von Opel ausgebeuteten Arbeiter einquartieren zu können. Die Mieten in diesen „Sozialwohnungen" betragen für eine Dreizimmerwohnung (77 qm) 360 DM. Das sind knapp 30 % des Lohns, den ein Arbeiter bei Opel verdient. Durch die Schichtarbeit, enge Wohnungen und dünne Wände wird die Gesundheit der Arbeiter zugrundegerichtet. Im August wurden von der „Gewobau" dicke Nachforderungen für „Betriebskosten" (Wassergeld, Aufzugkosten usw.) ins Haus geschickt. Sie gehen bis zu 700 DM. Auf einer Mieterversammlung wurde von den 250 Arbeitern und Angestellten der Beschluß gefaßt, die Nachforderungen nicht zu bezahlen. Bisher hat die Gewobau nicht gewagt, die Zahlungen der Nachforderungen zu erzwingen.

her hat die Gewobau nicht gewagt, die Zahlungen der Nachforderungen zu erzwingen.

Köln. Für Arbeiter, die durch die kapitalistische Profitproduktion ruiniert worden sind, gibt es in Köln in der Venloer Straße 497 eine „Unterkunft". Sie wohnen dort mit bis zu drei Mann auf einem Zimmer. Die Einzelzimmer haben gerade 10 Quadratmeter. Bezahlt wird nach Bettenplatz. Einer kostet 30 DM in der Woche. Bei einem Dreibettzimmer also Einnahmen von 360 DM pro Monat. Für Heizung und Essen müssen die Bewohner selbst sorgen. Auf etwa zwölf Personen kommt eine Toilette und ein Waschbekken, das Toilettenpapier muß jeder selbst kaufen. Zur Zeit sind etwa 40 Betten belegt. Die Besitzerin, Frau Schlimbach, zieht also im Monat etwa 4 800 DM an Miete den Arbeitern aus der Tasche. Das Sozialamt der Stadtbürokratie Köln vermittelt diese Wohnungen an die Hausbesitzerin. Zur Ausplünderung äußert sich Walter Schwarz, Leiter der „Stelle für Hilfe in besonderen Lebenslagen", im „Stern" folgendermaßen: „Die Preise haben sich eben so eingependelt. Offizielle Auflagen, welche Mindestanforderungen eine Schlafstelle erfüllen muß, sind uns nach dem Gesetz nicht möglich. Hier herrscht freie Marktwirtschaft."

Bonn. Der Prozeß gegen sechs Gegner des Paragrafen 218 stößt auf breite Ablehnung im Volk. Im Namen des Volkes will Richter Hasse sechs Teilnehmer der zentralen Demonstration vom 21. September 1975 für ersatzlose Streichung des § 218 – Volksentscheid gegen den § 218 in Bonn aburteilen wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und Körperverletzung. Was das Volk aber tatsächlich von diesem Prozeß hält, kommt in zahlreichen Resolutionen zum Ausdruck. Sofortige Einstellung des Bonner Prozesses! Volksentscheid gegen den § 218! fordern 26 Schwesternschülerinnen an den Bonner Unikliniken. Daß dieser Prozeß eingestellt werden muß, fordern unter anderem auch die Mehrheit der Arbeiter in einem Bonner Kleinbetrieb, der Politik-Ausschuß des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums in Bonn, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder einer Abteilung eines Kölner Chemie-Großbetriebs sowie Bauarbeiter auf einer Kölner Großbaustelle. Auf einer Veranstaltung des Bonner Komitees gegen den § 218, an der Angeklagte und Anwälte teilnahmen, verabschiedeten zirka 250 Teilnehmer eine Resolution, in der es unter anderem heißt: „Dieser Prozeß ist die Forsetzung der Gewalt, mit der der § 218 gegen das Volk durchgesetzt werden soll. Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218!"

Mit Polizeigewalt mußte Richter Hasse verhindern, daß der ausdrückliche Wille des Volkes dem Gericht entgegengehalten wird. Die Angeklagte Ulrike Küstler aus Freiburg wurde zu zweimal sieben Tagen Ordnungshaft verurteilt, zwei Zuhörer zu fünf bzw. drei Tagen Haft, weil sie eine dieser Resolutionen vorlasen und sich nicht das Wort verbieten ließen. Durch die geplante Ausdehnung des Prozesses bis Weihnachten sollen die Angeklagten finanziell ruiniert und an ihrer Berufsausübung bzw. -ausbildung gehindert werden. Zur materiellen Unterstützung der Angeklagten wurden in Bonn bisher über 1 000 DM von Zuhörern im Prozeß, von der Belegschaft eines Bonner Betriebs und auf der Veranstaltung gesammmelt.

An zahlreichen Universitäten entwickelt sich der Kampf gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen

Hamburg. Die Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes für die Hamburger Studenten sind, daß 60 bis 70 Prozent der BAFöG-Empfänger 50 bis 200 DM weniger bekommen, 10 bis 15 Prozent ganz aus der Förderung herausfallen und nur 20 bis 25 Prozent den zu niedrigen Satz wie bisher weiterbekommen.

Schon 1974 sah die Lage für die Hamburger Studenten sogar nach den Zahlen des Studentenwerks und der Bundesregierung so aus: Die Studienkosten betrugen pro Monat 660 DM, der durchschnittliche Förderungssatz war 311 DM. 48 Prozent der Studenten mußten während der Vorlesungszeit jobben, um Lebensunterhalt und Studium finanzieren zu können. Was die jetzigen Kürzungen bedeuten, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Dazu kommt noch die Schikane durch das BAFöG-Amt, wo die Studenten das Innerste nach außen kehren müssen, damit ihre „Förderungswürdigkeit" überhaupt überprüft wird, wo die Auszahlungen verzögert werden, so daß etliche Erstsemester erst im Januar mit den ersten Zahlungen rechnen können. Angesichts dieser Situation hatte die Sozialistische Studentengruppe (SSG) aufgerufen zu einer Protestkundgebung vor dem BAFöG-Amt.

Der Angriff auf das BAFöG-Amt trifft den bürgerlichen Staat. Innerhalb von kurzer Zeit ließ er vier Mannschaftswagen mit Polizei anrollen. Die Kundgebung wurde trotzdem durchgeführt. Ein Kommilitone berichtete zum Beispiel, er solle innerhalb eines Monats 6100 DM zurückzahlen, er sei schon seit vier Semestern nicht mehr förderungswürdig. Die Polizei besetzte den Eingang des BAFöG-Amtes, um zu verhindern, daß wir mit den Studenten über die Forderungen: 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger! 1200 DM Elternfreibetrag! und über den Vorschlag, zur Durchsetzung dieser Forderungen nach Weihnachten einen bundeseinheitlichen Streik zu organisieren, diskutieren. Wir waren allerdings schon lange im BAFöG-Amt mit einigen Genossen, und viele Kommilitonen unterstützen unseren Vorschlag und wollen den Kampf aufnehmen. Trotz mehrmaliger Aufforderung und des großen Polizeiaufgebotes traute sich der Amtsleiter nicht, den Studenten Rede und Antwort zu stehen. Zum Schluß der Kundgebung wurde ein großes Plakat (Bild) mit den Forderungen ans BAFöG-Amt geleimt. Die Polizei wagte nicht einzugreifen und mußte unverrichteter Dinge abziehen.

Auf der Studentenparlaments-Sitzung am Abend beschlossen SPD/FDP/DKP- und KB-Nord-Studenten eine laue Erklärung gegen den Polizeieinsatz, weigerten sich aber, Vorschläge der SSG für den weiteren Kampf zu beschließen. Sie beschlossen gar nichts. Im Kampf für höheres BAFöG müssen sich die Studenten gegen diese bürgerlichen Politiker durchsetzen. – (wl, SSG Hamburg)

Darmstadt. Seit dem 4.10. serviert das Studentenwerk den Studenten der Technischen Hochschule und der Fachhochschule ein zweites „Mensaessen zum Sozialpreis" von 2,50 DM. Am 6.10. verteilte die Kommunistische Hochschulgruppe in den beiden Mensen ein Flugblatt, in dem sie die Kommilitonen aufforderte, vom nächsten Tag an die Ausgabe dieses „Auswahlessens" solange zu boykottieren, wie es nicht zum alten Preis von 1,70 DM rausgerückt wird.

Die Studenten haben diesen Boykott gegen die Absicht des Studentenwerks, ihnen mit einem absehbar nur kurzfristig besseren Essen die seit dem Sommersemester geplante Preiserhöhung schmackhaft zu machen, durchgesetzt. Vor dem Schalter für das teure Essen wurden Posten aufgestellt. Bis zu 60 Studenten beteiligten sich daran. Vereinzelt versuchten Reaktionäre den Boykott zu brechen. Meist konnte das verhindert werden. Dabei flog schon mal ein volles Tablett durch die Luft. Am Dienstag tauchte Politische Polizei auf und wollte die Personalien von zwei kommunistischen Studenten feststellen. Die Studenten haben das verhindert.

Die Reaktionäre bejubeln ebenso wie der AStA, der von Jusos und Spontaneisten gestellt wird, die „bessere Qualität des Essens" und die „größeren Auswahlmöglichkeiten", die sich den Studenten durch die Plünderungspolitik des Studentenwerks auftun würden. Die Masse der Studenten, die keine reichen Eltern haben, können sich nicht leisten, 20 DM mehr im Monat fürs Mittagessen auszugeben, und pfeifen auf solche „Auswahl".

Auf Initiative der Kommunistischen Hochschulgruppe wurde an der Technischen Hochschule seit Montag eine Unterschriftensammlung durchgeführt für die Durchführung einer Vollversammlung durch den AStA am Mittwoch, wo weitere Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen für die Forderungen:

– Sofortige Rücknahme der Mensapreiserhöhungen durch das Studentenwerk!
– Jedes Essen für 1,70 DM!
– Deckung der Defizite durch den Staat!

Bis Dienstag abend war mit 470 Unterschriften die erforderliche Zahl gesammelt.

Köln. Gegen Preiserhöhungen an der Kölner Zentralmensa und gegen die Streichung des Mensaessens am Samstag haben die Kölner Studenten am 1., 7. und 8. Oktober einen Mensaboykott durchgeführt. Vor der Mensa wurden große Kübel Erbsensuppe und Getränke aufgebaut, so daß sich die Studenten selbst versorgen konnten. An den Eingängen zur Mensa wurden Posten aufgestellt, die weitere Kommilitonen für die Beteiligung am Mensaboykott gewinnen konnten. Am ersten Boykott-Tag wurden statt wie gewöhnlich 3000 nur knapp 600 Essen ausgegeben. Seit letzten Freitag wurden Unterschriften für die Weiterführung des Boykotts ab Mittwoch, dem 13.10, gesammelt. In den ersten zwei Stunden unterschrieben allein fast 600 Studenten.

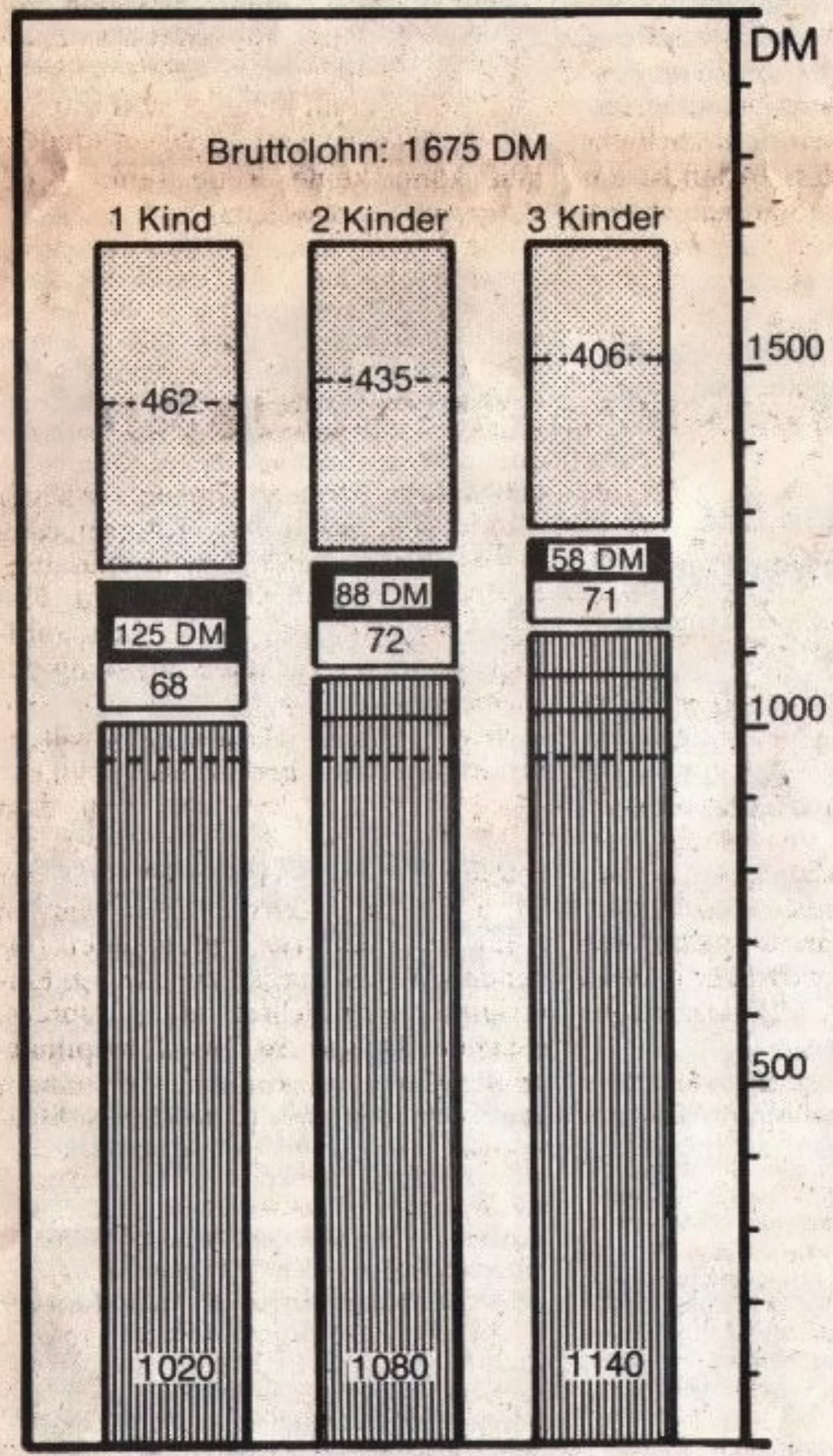
Auch an den anderen Kölner Mensen sind Preiserhöhungen geplant bzw. schon durchgeführt. Überall wird der Kampf dagegen vorbereitet. An der Pädagogischen Hochschule haben 250 Studenten zum Boykott des Erfrischungsraumes ab letzten Montag aufgerufen. An der Sporthochschule forderten 170 Studenten die Rücknahme der schon länger in Kraft getretenen Preiserhöhung. Sonst wollen sie ab Mittwoch die Mensa ebenfalls boykottieren.

Tübingen

Am Mittwoch letzter Woche sind über 3000 Studenten in einem Demonstrationszug durch die Stadt gezogen und haben Forderungen gegen den verschärften finanziellen Druck auf die besitzlosen Studenten und gegen den Polizeieinsatz erhoben. Arbeiter des „Reutlinger Generalanzeiger" haben berichtet über den Einsatz der Polizei beim Druckerstreik. Am Abend sind fast 2000 zu einer Podiumsdiskussion u.a. mit Vertretern des Ersatzgeldkomitees, des AStA, der VDS und Universitätspräsident Theis in die Mensa gekommen. Der Universitätspräsident wurde ausgepfiffen. Am 4.10. ist in der Mensa zum ersten Mal versucht worden, die Essensmarken nur gegen Vorlage des Studentenausweises auszugeben (mit dem neuesten Stempel). Als sich sofort ein empörter Menschenauflauf gebildet hat an der Kartenverkaufsstelle, mußte das zurückgezogen werden. Am 5.10. unternahm die Reaktion einen neuen Anlauf. Das BAFöG-Amt hat telefonisch Auskunft gegeben, daß alle BAFöG-Empfänger, die sich am Rückmeldeboykott beteiligen, ab Oktober kein Geld mehr ausbezahlt bekommen. Die Reaktion setzt also das BAFöG als weiteres Druckmittel ein. So drängt sie die Studentenbewegung dahin, zusammen mit dem Kampf gegen die Ersatzgeldregelung den Kampf gegen die Unterdrückung der Studenten mit Hilfe des BAFöG aufzunehmen. Darüber gibt es unter den Studenten Auseinandersetzung. Der AStA ist dagegen. Das ist falsch.

Die Studentenbewegung kann der Reaktion nicht ausweichen und von sich aus den Kampf einschränken, wenn durch die Lage der Studenten und die Entwicklung des Kampfes die BAFöG-Regelung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Ausbildungsförderungspolitik der herrschenden Kapitalistenklasse



Die beiden nebenstehenden Schaubilder zeigen, wie die herrschende Kapitalistenklasse die besitzlosen Klassen zur Finanzierung der Ausbildung ihres Funktionärsnachwuchses heranziehen will. Diesen Teil des Lohnes nennt sie *Anrechnungsbetrag*. Er wird vom BAFöG-Förderungssatz abgezogen und muß von den Eltern aufgebracht werden. In den Säulen ist dies der schwarze Teil des mittleren Säulenabschnitts.

Den Eltern wird ein einheitlicher *Elternfreibetrag* von 960 DM für ihren eigenen Lebensunterhalt zugestanden. Das ist der untere Teil der Säulen. Dazu kommt für jedes Kind, das nach dem Ausbildungsförderungsgesetz „förderungsfähig ist", also in der Regel Schüler über 15 an den weiterführenden, allgemeinbildenden Schulen, an den Einrichtungen des zweiten Bildungsweges und Studenten an den Hochschulen je 60 DM. Sind dagegen Geschwister in einer Ausbildung, die nach diesem Gesetz nicht „förderungsfähig" sind, z.B. in der Lehre, so gilt zwar für sie ein Freibetrag von 320 DM; er wird aber nur zu dem Teil berechnet, zu dem es dem Kapitalisten gelungen ist, das Entgelt für die Lehrer unter 320 DM zu drücken. Arbeiten beide Elternteile, so wird anstatt von 960 DM ein Freibetrag von 1120 DM zugestanden. Es verbleibt nun die Differenz zwischen dem Nettolohn und Elternfreibetrag (mittlerer Teil der Säule). Davon gestehen die Kapitalisten noch 25 % „pauschal" und 10 % für jedes Kind den Eltern zu; also 35 %, wenn der beantragende Student das einzige Kind ist, 55 %, wenn er noch zwei Geschwister hat (weißes Feld). Mit dem Ausbildungsförderungsgesetz sollen die Eltern gezwungen werden, den Rest (schwarzes Feld) für die Finanzierung des Lebensunterhaltes und die Studienkosten ihres Kindes von ihrem Lohn abzuzweigen.

DM
Bruttolohn beider Eltern: 2869 DM
1 Kind 2 Kinder 3 Kinder
834 807 778
555 DM 452 DM 355 DM
299 369 435
2500 2000 1500 1000 500
1180 1240 1300

Ein Elternteil in Lohnarbeit				Beide Elternteile in Lohnarbeit		
1 Kind	2 Kinder	3 Kinder		1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
500,00	500,00	500,00	festgesetzter Bedarf	500,00	500,00	500,00
– 125,00	– 88,00	– 58,00	– angerechneter Lohnteil	– 555,00	– 452,00	– 355,00
375,00	412,00	442,00	Förderungsbetrag	–	48,00	145,00
+ 37,50	+ 41,20	+ 44,20	+ 10 % Härtezuschlag	–	+ 4,80	+ 14,50
412,50	453,20	486,20	Förderungsbetrag ab 1.10.76	–,00	52,80	159,50
443,00	*471,00*	*490,00*	*Förderungsbetrag vor 1.10.76*	*68,00*	*154,00*	*230,00*

„Macht der Auszubildende glaubhaft, daß seine Eltern den nach den Vorschriften dieses Gesetzes angerechneten Unterhaltsbetrag nicht leisten, und ist dadurch die Ausbildung gefährdet, so wird nach Anhörung der Eltern Ausbildungsförderung ohne Anrechnung dieses Betrages geleistet." Das Ausbildungsförderungsgesetz ermächtigt damit den Staatsapparat, diese „Vorausleistung" auf dem Gerichtswege und durch Zwangsvollstreckung einzutreiben von den Eltern. Diese Bestimmung enthüllt die Grundlage der Ausbildungsförderung durch die herrschende Klasse: Es ist der offene Anspruch auf Pfändung des Lohns, aus dem die herrschende Klasse die Finanzierung der Ausbildung ihres Funktionärsnachwuchses verlangt, den sie in der großen Masse aus dem Nachwuchs der besitzlosen Klassen zu ziehen gezwungen ist. Alle übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes, wie z.B. „960 DM Elternfreibetrag", „1120 DM Elternfreibetrag", wo beide Elternteile der Lohnarbeit nachgehen usw. versteht man richtig als Freiheit vor Zwangsvollstreckung und Pfändung durch die bürgerlichen Gerichte – als Mittel für die Gewährleistung der Existenz der Arbeiterfamilie, als die die bürgerlichen Politiker diese Beträge behaupten, sind sie ein Spott.

Die Methode, wie die herrschende Klasse die Inanspruchnahme von Lohngeldern für die Finanzierung der Ausbildung ihres Funktionärsnachwuchses an den Hochschulen im großen Stile betreibt, haben wir in den Schaubildern dargestellt. Das linke Schaubild ist berechnet auf den durchschnittlichen Industriearbeiterlohn, wenn in der Familie nur der eine Elternteil arbeiten gehen kann. Das rechte Schaubild zeigt die Inanspruchnahme von Lohn, wo beide Elternteile zur Arbeit gehen müssen. Wir haben die Durchschnittslöhne und -abzüge für 1974 zugrundegelegt, nach denen die Berechnung der Beträge jetzt ab 1. Oktober 1976 für die meisten Studenten erfolgt, verglichen mit den entsprechenden Förderungssätzen für 1973, die bis zum 31. September dieses Jahres gezahlt wurden. Das Ergebnis zeigt: die herrschende Klasse ist dabei, einen weiteren Schritt in ihrer Politik zu tun, der das Hungerdasein der Studentenmassen und damit ihre Abhängigkeit verschärft. Eine große Anstrengung der Studentenmassen ist erforderlich, um dieser Politik der herrschenden Klasse einen Schlag zu versetzen. Sie ist auch möglich, das beweisen die Aktionen, die jetzt schon, unmittelbar vor Beginn des Semesters, stattfinden. Die Studentenmassen können sich beherrschen, ihre Eltern dem Zugriff des bürgerlichen Staatsapparates auszuliefern. Sie unterstützen deren Kampf um den Lohn.

Kongreß der Kommunistischen Studentenverbände

Vom 9. Oktober bis zum 10. Oktober fand in Frankfurt ein Kongreß der Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde statt, die auf Grundlage des Programms des KBW zusammengeschlossen sind. Die rund 1600 Mitglieder dieser Organisationen waren durch 250 Delegierte vertreten.

Der Kongreß brachte die Erörterung und Untersuchung der Politik der kommunistischen Studentenorganisationen, die nach der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW im März 1975 eingeleitet worden ist, zu einem Abschluß und legte die Taktik der Organisation in der Beschlußfassung über eine Resolution fest.

Es wurde festgehalten, daß die Delegierten der Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde nach dem Wintersemester neuerlich zusammentreten, um die Ergebnisse der Festlegungen zu überprüfen.

Für das kommende Semester wurde festgehalten, daß die Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde einheitlich auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDS zwecks Beschlußfassung über eine Urabstimmung für Streik um 100 DM mehr BAFöG für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, das Ganze rückwirkend ab 1. Oktober, eintreten.

In der Vorbereitung des Kongresses war untersucht worden, ob die Forderung nach einem Elternfreibetrag von 1200 DM, wie sie bisher vertreten wurde, ausreichend ist. Es wurde festgestellt, daß diese Forderung spaltend wirkt. Daher hat der Kongreß beschlossen, für die Änderung dieser Forderung einzutreten.

Die Resolution wird im nächsten Heft der Zeitschrift Kommunismus und Klassenkampf veröffentlicht werden. Wer sich mit der ganzen Auseinandersetzung näher befassen will, soll sich die Hefte 4/75, 2/76, 6/76 beschaffen oder ausleihen, in denen die Dokumente, auf deren Grundlage der Kongreß vorbereitet war, veröffentlicht sind.

Die nächste Sitzung des Zentralrats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) findet am Dienstag, dem 19.2., statt. Unter dem Tagesordnungspunkt 5 wird die „Vorbereitung auf das Wintersemester" besprochen.

Kommunismus und Klassenkampf Nr. 6, Sept. 76

Objektive Aufgaben der Studentenbewegung

Bürgerkriegsübung im Kreis Groß-Gerau

Bundeswehr, Bereitschaftspolizei und Mobiles Einsatzkommando üben „Objektschutz"

In diesem Jahr wurde im Rahmen von „Autumn Forge" („Herbstschmiede") zum ersten Mal der Krieg um Europa zusammenhängend und umfassend von Spitzbergen bis zum Mittelmeer geprobt. Im Kriegsfall rechnen Bourgeoisie und Generalität mit tiefgreifenden „inneren Unruhen", sprich: mit Streiks, Demonstration, kurzum mit dem Aufstand der Volksmassen im ganzen Bundesgebiet. Der Einsatz hiergegen ist im Manöver „Deutsches Eck", das auch im Kreis Groß-Gerau (Südhessen) ablief, geprobt worden.

Am Manöver „Deutsches Eck" nahmen 5 000 Soldaten, darunter 3 800 extra dazu einberufene Reservisten und 260 US-Soldaten, in Hessen und Rheinland-Pfalz teil. Darunter waren auch 1 200 Mann vom Jägerbataillon 742, die in Dornheim, Trebur und Nauheim in Bereitschaft lagen.

„Nach einem genauen Durchbruch läuft das Manöver ab, bei dem zum ersten Mal die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Stellen im Ernstfall geprobt werden soll. Dargestellt wird dabei der Objekt- und Raumschutz durch das Territorialheer, der Einsatz unter Beteiligung von Rotem Kreuz und THW im Katastrophenfall sowie die Sicherung bestimmter Bereiche durch die Bereitschaftspolizei. An diesen Aufgaben sind ebenso die Behörden in den beiden Regierungsbezirken bis auf Kreisebene beteiligt. – Die Geschichte, die dem Manöver „Deutsches Eck" zugrunde liegt, geht von einer Krisensituation aus, die sich immer mehr bis zur Feststellung des Spannungs- und Verteidigungsfalles zuspitzt." (Heimatzeitung des Kreises Groß-Gerau vom 18.9.76)

„Sie (die Zivilisten, Red.) kamen aus vier Stadt- und Landkreisen und hier wiederum aus dem Bereich Katastrophenschutz (Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Rotes Kreuz) sowie aus der Bereitschaftspolizei, Kriminalpolizei und den Mobilen Einsatzkommandos", schreibt „Bundeswehr aktuell" am 28.9.

Nachdem die Soldaten vom Btl 742 auf der Hessenaue im Bundeswehr-Lager das Material empfangen hatten und in ihre Bereitsstellungsquartiere eingewiesen worden waren, „wurden sie in die Lage eingewiesen und in ihre Stellung gebracht. Verstärkte Ausbildung an neuem Gerät, unterbrochen von Einsätzen gegen ‚Störer', kennzeichnen die Manöversituation noch bis zum Montag." (Heimatzeitung, 18.9.) „Ein ganz besonderer Aspekt dieser Gefechtsübung war die Zusammenarbeit militärischer Einheiten mit Einheiten der Bereitschaftspolizei in den beiden Bundesländern bei der Sicherung von Objekten. Hier stellte die Bundeswehr auf Ersuchen Hubschrauber für den schnellen Transport von Polizei an ein von ‚Störern' bedrohtes Objekt zur Verfügung und löste nach entsprechender Lageentwicklung mit eigenen Kräften die eingesetzten Polizeibeamten ab, nachdem ORANGE Kombattanten eingesetzt hatte." („Bundeswehr aktuell", 28.9.)

Objekt- und Raumschutz sind ganz eindeutig Bürgerkriegsaufträge, die nach dem Notstandsgesetz geregelt werden (§ 87a, Abs.3 und 4). „Objekte", das sind zum Beispiel Fabriken und Behörden. Das Eigentum der Kapitalisten soll geschützt, das Funktionieren des staatlichen Unterdrükkungsapparats soll gewährleistet werden. Gerd Stolz, ein bürgerlicher Militärtheoretiker, schreibt dazu in der Zeitschrift „Zivilverteidigung" Nr. 3/74: „Objektschutz dient nicht nur der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt, somit im weiteren Sinne auch der Rechtspflege, der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, dem Bestand der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sondern auch in erheblichem Umfange der Sicherstellung der Versorgung in ihrer ganzen Vielfalt von u.a. Ernährung, Energie, Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung, Verkehr, Post und Fernmeldewesen sowie der gewerblichen Wirtschaft in ihrer ganzen Erscheinungsbreite." (Seite 35)

Der Feind sind in dem Fall beispielsweise streikende Arbeiter, das sind zum Beispiel Demonstranten. Es sind die Volksmassen, die sich gegen die Kapitalisten und ihren Staat erheben. Die Geschichte kennt vielfältige Beispiele.

Die Bourgeoisie probt in allen Einzelheiten die Zusammenarbeit von Militär mit Polizei, zivilen Behörden, Technischem Hilfswerk und Deutschem Roten Kreuz im Einsatz gegen die Volksmassen. Diese Zusammenarbeit dient ihr zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges, um im Innern jeden Widerstand zu unterdrücken, um ein Militärzuchthaus für die Arbeiterklasse und das Volk zu errichten.

Wir Kommunisten sagen: Entweder die Revolution verhindert den Krieg, oder der Krieg wird sie hervorbringen. Die Bourgeoisie ahnt das. Sie bereitet sich darauf vor. Das wird sie nicht vor dem Untergang bewahren können. – (g.o., Wiesbaden/Red.)



Bereitschaftspolizisten werden mit einem Bw-Hubschrauber abgesetzt
(Aus: „Bundeswehr aktuell", 28.9.)

Übung „Nassauer Löwe"

Die Bauern keilten die Panzer ein

Die Übung „Nassauer Löwe" Ende September im Raum Kassel hat uns die Augen geöffnet, wie es in Wirklichkeit mit der Volksverbundenheit der Bundeswehr aussieht.

Die Panzer sind durch Rübenäcker, Getreidefelder und Wiesen gefahren. Ein Soldat erzählte mir, daß Manöverschäden von 2,5 Millionen DM entstanden sind noch vor Ende der Übung. Auf einem Feld im Manövergebiet hatten die Bauern ein großes Schild aufgestellt. „Hier ist kein Truppenübungsplatz" stand darauf und spricht eine deutliche Sprache, was die Bauern von diesem Manöver halten. Es ging sogar soweit, daß Bauern mit ihren Traktoren einen Panzer einkeilten. Die Feldjäger wurden daraufhin gerufen, um den Panzer frei zu bekommen. Man sah oft die Bauern den Panzern nachschimpfen und sie waren empört, weil zum Teil neben dem Feld ein Weg war und die Panzer quer durch das Feld fuhren. Die Offiziere fürchteten sich so sehr vor dem Haß der Bauern, daß sie Soldaten abstellen mußten, um die Straßen zum Manövergebiet zu bewachen. Die Soldaten sollten notfalls Gewalt anwenden, wenn Bauern versuchen sollten, aufs Manövergebiet zu kommen.

„Reinste Geldverschwendung" war die Meinung der Mannschaften zu dem Manöver. Ein Kamerad sagte zu mir: „Wir haben zu Hause auch Landwirtschaft, es tat mir richtig leid, als ich sah, wie die Panzer über die Felder fuhren." Es entstanden kurze Diskussionen über die Manöverschäden und die Lage der Bauern. Der Meinung „Die Bauern bekommen alles ersetzt" konnten wir gut entgegentretreten. Sagte doch ein Bauer, er könne seinen Schweinen keine Zehnmarkscheine in den Futtertrog werfen. Die meisten der Kameraden waren auf der Seite der Bauern.

Was das Leben eines Soldaten beim Bund wert ist, bekamen wir am Schluß der Übung dokumentiert. Auf dem Landmarsch zurück nach Koblenz sind einige Kraftfahrer in den Graben gefahren und es gab kleinere Unfälle. Es war auch kein Wunder. Die Fahrer waren von morgens um 5 Uhr auf und mußten den ganzen Tag fahren. Ab und zu konnten sie sich zum Teil ein oder zwei Stunden ausruhen, doch das war dann schon alles. Abends um 21 Uhr begann der Landmarsch bis morgens um 6 Uhr. Das sind 24 Stunden hinter dem Steuer. Kein Wunder also, daß durch Übermüdung Unfälle passieren, bei Manövern sind bekanntlich bei solchen Unfällen schon viele Soldaten umgekommen. Da helfen auch keine offenen Fenster und keine warmen Worte, man solle vorsichtig fahren und 18 Stunden schlafen, wenn man die Augen nicht mehr offen halten kann.

Die Bundeswehr rüstet sich für den imperialistischen Krieg. Dafür führt sie Übungen und Manöver durch. Was für eine Aussicht sich für die Zivilbevölkerung und die einfachen Soldaten bietet, sieht man recht gut an diesen Manövern. Gegen die Zivilbevölkerung wird rücksichtslos vorgegangen, den Bauern werden die Felder verwüstet. Die Soldaten sind Kanonenfutter für die herrschende Klasse, sie sollen sich auch in „Friedenszeiten" daran gewöhnen. Doch die Mannschaften lassen sich nicht vom Volk trennen, das sieht man an der Sympathie der Bauern. Auch setzt sich bei den Mannschaften immer mehr die Meinung durch: Das ist nicht unsere Armee, von Volksverbundenheit kann keine Rede sein. – (tf, PzGren d.R., Koblenz)

4 Argumente der Bourgeoisie für den Hungersold und was davon zu halten ist

Kasernierung und Sold – Entscheidende Mittel der Unterdrückung der Soldaten

Das stehende Heer ist da, um das private Eigentum an den Produktionsmitteln zu schützen. Wehrpflicht ist Dienstverpflichtung der Arbeiterklasse für die Zwecke der Bourgeosie, für Absicherung der imperialistischen Expansion nach Innen und Außen.

„Wehrdienst ist für den jungen Bürger ein Opfer. Er muß seine privaten Lebensinteressen zurückstellen." So heißt es im Weißbuch des Verteidigungsministeriums 1973/1974. Auch in den Fabriken wollen die Kapitalisten den Arbeitern die „Lebensinteressen zurückstellen". Ihr Programm der Lohnsenkung, Steigerung der Mehrarbeit und Rationalisierung zur Profitsteigerung für den Kapitalexport soll allen etwas nützen, sagen die Kapitalisten, denn Investitionen schaffen Arbeitsplätze. Die mehr als 20 VW-Werke in aller Welt legen ein deutliches Zeugnis über den aus den VW-Arbeitern herausgepreßten Profit ab. Die mehr als 25 000 Entlassungen im letzten Jahr bei VW machen den Nutzen für die Arbeiter deutlich. Lohnsenkung, Steigerung der Wochenarbeitszeit und das Sinken der Lebenserwartung unter den Industriearbeitern auf der einen und der Ausspruch eines Helmut Rohde auf einer Wahlveranstaltung in Wolfsburg: „Wir sind die zweitgrößte Handelsmacht, wir sind wieder wer!" auf der anderen Seite zeigen: Ausbeutung ist Kapitalistenwohl und Arbeiterelend. Von Allgemeinwohl ist im Kapitalismus immer dann die Rede, wenn die Arbeiter ein Opfer bringen sollen. Wehrpflicht zum Hungersold soll ein solches Opfer sein. Zwangsrekrutierung zu einem Preis unter dem Wert der Arbeitskraft, die den jungen Arbeiter zur Verpflichtung als Söldner treiben soll, das ist die Wehrpflicht à la Bourgeoisie. Dies, weil sie mit ihrem eigenen Nachwuchs wohl kaum zwei Regimenter füllen könnte und darum Söldner braucht.

Von 1957 bis zum heutigen Tag, also in 19 Jahren, ist der Wehrsold um insgesamt 105 DM im Monat gestiegen. 1974, also knapp zwei Jahre, ist die letzte Erhöhung her. Allein von 1975 auf 1976 stieg das Grundgehalt eines Majors um ca. 130 DM. Das, was an einem Hauptmann im Monat geschmiert wird, setzt die herrschende Klasse im Laufe von 15 Monaten ein, um einen Wehrpflichtigen seine ganze Wehrzeit am Gängelband zu halten. (Siehe Tabelle)

Die Tabelle veranschaulicht den Spott der bürgerlichen Klasse gegenüber der Arbeiterklasse. Zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft dienstverpflichtet die Bourgeoisie jährlich 250 000 junge Arbeiter, was ungefähr die Hälfte ihrer Armee ausmacht, wofür sie 5 % der gesamten Personalausgaben hergeben braucht. Einen Großteil der verbleibenden 95 % verwandte die Bourgeoisie darauf, ihre Büttel im Offiziersfrack zu schmieren.

Im Weißbuch 1973/74 heißt es: *„Der Wehrpflichtige hat in der Regel während seiner Dienstzeit weniger Geld als sonst. Er ist seiner gewohnten Umgebung, seinem Arbeitsplatz oder der Berufsausbildung für 15 Monate entzogen. Der Wehrdienst verlangt vom Wehrpflichtigen, daß er solche Nachteile hinnimmt."* Ganz und gar nicht werden die Absonderung vom Volk, Unterdrückung und „solche Nachteile" hingenommen. Das kann man an folgenden Zahlen ablesen.

Die Disziplinarstrafen stiegen von 1958 5 000 DM auf jetzt 5 Millionen, was eine Vertausendfachung ist. 1972 lag die Zahl der Disziplinarmaßnahmen bei 107 532. Seit dieser Zeit liegen keine absoluten Zahlen mehr vor, da die Bourgeoisie diese verschweigt, zumindest im Weißbuch. Die Zahl der Fahnenflüchtigen erreicht aber in etwa Divisionszahl im Jahre (1 Division sind etwa 17 000 Mann).

Die Bourgeoisie verlangt: Der Waffendienst ist eine Schinderei, weil wir mit der Armee die Ausbeuterherrschaft aufrechterhalten wollen, Unterdrückung ist notwendig und Nachteile müssen in Kauf genommen werden, es geht halt nicht anders. Die Arbeiterklasse wird ihr was husten, weil sie die Ausbeuterherrschaft stürzen muß, wird jegliche Unterdrückung und Nachteile bekämpfen, weil es tatsächlich nicht anders geht. Der bürgerliche Staat soll den Dienstverpflichteten zahlen, was die Arbeitskraft wert ist, weil die Arbeiterklasse kein Interesse an einer Armee aus Söldnern hat, wo die Jugend sich aus materieller Not heraus in die Dienste des Klassenfeindes begeben soll.

„Wehrsold, freie Unterkunft, freie Verpflegung, freie Bekleidung, freie Heilfürsorge – diese Geld- und Sachbezüge reichen für den alltäglichen Lebensbedarf des Wehrpflichtigen hin." (Weißbuch 1975/76) Das ist offene Verhöhnung und die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Zur „freien Unterkunft", gegen die sich ein Zimmer im Obdachlosenasyl oftmals positiv abheben soll, zur „freien Verpflegung", bei der man in Zweifel kommt, ob dafür tatsächlich 4 DM täglich ausgegeben werden, zur „freien Bekleidung", mit der man sogar kaum einen Offizier außerhalb der Kasernenmauern antrifft, zur „freien Heilfürsorge", von der man weiß, daß Diagnosen der Ärzte zu einem ordentlichen Teil in den Kompanieführungen getroffen werden, zu allen diesen „freien Dingen" ist der Wehrpflichtige durch Kasernierung gezwungen und bei Zuwiderhandlungen wird er unter Strafe gestellt. Kasernierung und Sold sind eine wesentliche Grundlage für die Knechtung des Soldaten.

Wer sich in der Armee nicht willenlos den Befehlen und der Disziplin der Ausbeuterklasse fügt und sich dem Kadavergehorsam widersetzt, was erfreulicherweise recht viele sind, der wird, wenn es nicht verhindert werden kann, an mehreren aufeinander folgenden Wochenenden zur „freien Unterkunft" verpflichtet oder erlebt es, welchen Druck 50 DM Disziplinarstrafe ausüben können bei einem Wehrsold von 165 DM. Das Soldsystem ist hinderlich beim kämpfen.

„Kein Staat zahlt seinen Wehrpflichtigen einen vollwertigen Lohn." (...) „Der Wehrpflichtige der Bundeswehr kann sich im internationalen Vergleich der Wehrpflicht durchaus sehen lassen." (Weißbuch 1975/76) Wenn der Soldat in Italien 75 DM oder der französische Rekrut 115 DM monatlich bekommen, kann es doch nur heißen. Nicht nur in Westdeutschland versucht die Bourgeoisie die Arbeiterklasse in die Dienstpflicht zum Söldner in ihre Armeen zu pressen, das macht sie überall, weswegen auch überall dagegen gekämpft wird. Erinnern wir uns der 300 französischen Soldaten, die uniformiert im Frühjahr 1975 in Karlsruhe für mehr Urlaub und Wehrsolderhöhung demonstrierten und dabei viel Unterstützung bei der Bevölkerung und bei den Wehrpflichtigen der Bundeswehr fanden. Das liegt daran, daß das gemeinsame Interesse aller Arbeiter darin besteht, die jeweilige herrschende Ausbeuterklasse zu stürzen, und jeder Schritt in diese Richtung Unterstützung findet. Die Bourgeoisie braucht Militär, weil sie Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhalten will. Die Arbeiterklasse braucht Militär, um Ausbeutung und Unterdrükkung zu beseitigen. Der Kampf gegen das Soldsystem dient diesem Ziel. – (kg/ma, Gefreite der Reserve, Braunschweig/Red.)

Wehrsold eines Grenadiers, Fliegers, Panzerschützen von 1957 bis 1976
(monatlich bei 30 Tagen)

1957	60 DM	ab 1.7.1969	112,50 DM
ab 1.7.1961	69 DM	ab 1.1.1971	135,00 DM
ab 1.7.1965	90 DM	ab 1.1.1974	165,00 DM

Offiziersverdienste 1975/1976 brutto
(Grundgehalt und Ortszuschlag Stufe 4)

		1975	1976	Steigerung
Leutnant	25 Jahre	1886,74 DM	1980,53 DM	93,79 DM
Oberleutnant	27 Jahre	2092,32 DM	2196,37 DM	104,05 DM
Hauptmann	31 Jahre	2427,32 DM	2548,58 DM	120,69 DM
Major	35 Jahre	3086,96 DM	3225,28 DM	138,32 DM
Oberstleutnant	39 Jahre	3517,05 DM	3676,86 DM	159,81 DM
Oberst	43 Jahre	4506,31 DM	4715,59 DM	209,28 DM

Anteil des Wehrsoldes an den Personalausgaben der Bundeswehr
(in Millionen DM)

	Personalausgaben (ges.)	Anteil Wehrsold	in Prozent
1971	9229 Mio	570 Mio	6,18 %
1972	10540 Mio	570 Mio	5,40 %
1973	10913 Mio	570 Mio	5,22 %
1974	11296 Mio	660 Mio	5,84 %
1975	13700 Mio	660 Mio	4,81 %
1976	13500 Mio (gepl.)	660 Mio	4,89 %

Angaben laut Weißbüchern 1973/74 und 1975/76. Der Anteil des Wehrsoldes wurde von uns errechnet auf Grundlage von 250 000 Wehrpflichtigen.

Für wöchentliche Goldauktionen des Internationalen Währungsfonds ist der amerikanische Finanzminister W. Simon auf der Konferenz des Internationalen Währungsfonds in Manila eingetreten. Mit diesem Vorschlag soll dem „Wunsch" der Imperialisten „nach größerer Flexibilität bei der Goldverkaufspolitik" entsprochen werden. (Nachrichten für Außenhandel, 6.10.76) Der schnellere Rhythmus der Goldauktionen wird zu einem weiteren Fall des Goldpreises führen, was die Abhängigkeit der Schuldnerländer gegenüber den Imperialisten erhöhen wird.

So muß z.B. Portugal wie viele andere Staaten auch sein Handelsbilanzdefizit durch wachsende Kreditaufnahme ausgleichen. Für diese Kredite mußte Portugal Gold verpfänden, 1975 besaß es 860 Tonnen. Die Goldverkäufe des Internationalen Währungsfonds brachten den Goldpreis von Anfang des Jahres 1976 145 Dollar auf 102 Dollar jetzt. Allein durch diese Senkung des Preises des Goldes hat Portugals Gold nur noch 70 % seines Wertes von 1975. Zur Deckung der Kredite mußte Portugal mehr Gold verpfänden und Gold verkaufen. Über die wöchentlichen Goldauktionen wollen die Imperialisten, die das Gold der Schuldnerländer dann kaufen, sich immer größere Reichtümer der unterdrückten Staaten aneignen. Der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds, Witteveen: „Wöchentliche Auktionen (hätten) den Vorteil, das Ganze auf eine routinemässigere Basis zu stellen." (Neue Zürcher Zeitung, 10.11.76)

Die rumänische Armee ist bereit, jeden imperialistischen Agressor zu vernichten, hat der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens und oberste Befehlshaber der Armee, Nicolae Ceausescu, auf einer Armee-Versammlung in Bukarest betont.

„Wir vergessen zu keiner Zeit, daß gerade in Europa die stärksten militärischen Verbände mit den ausgeklügeltsten Waffensystemen, darunter massiv Atomwaffen, konzentriert sind – eine ernsthafte Bedrohung nicht nur für den Frieden in Europa, sondern für den Frieden in der ganzen Welt. (...)

Europa, sondern für den Frieden in der ganzen Welt. (...)

Rumänien verfolgt nicht und wird niemals aggressive Ziele gegen irgendeinen Staat verfolgen. (...)

Aber wenn die imperialistischen, aggressiven Mächte es wagen, unser Land anzugreifen, werden die Armee, das Volk, eine Einheit bildend, sich erheben, um die Eindringlinge davonzujagen, das heilige Land und die Freiheit unseres Volkes zu verteidigen.

Wir haben keine andere Absicht als klarzumachen, daß Rumänien nicht die Beute eines imperialistischen Aggressors und der Politik der Stärke wird. (...)

Unsere Armee ist heute besser ausgebildet und stärker als je, jederzeit breit, ihre Pflichten gegenüber dem Volk und der Partei zu erfüllen – die Pflichten, das Vaterland zu verteidigen, die revolutionären Ziele und den Aufbau des Sozialismus." – (Hsinhua, 4.10.76, eigene Übersetzung)

Die Studenten in Australien haben für die Erhöhung ihrer Ausbildungsvergütungen einen zentralen Streik im ganzen Land am 1. Oktober durchgeführt. Mehr als 16 000 Studenten kämpften in Demonstrationen und Versammlungen in allen größeren Städten des Landes für höhere Ausbildungsvergütungen, gegen weitere Kürzungen des Studienangebots und gegen die Wiedereinführung eines Darlehenssystems bei der Ausbildungsvergütung, wo das Geld nach dem Studium zurückgezahlt werden muß. In Melbourne führten 5 000 Studenten eine Versammlung durch. Das Personal an einigen Universitäten unterstützte die Aktionen der Studenten.

Die Zeitung „The Australian" brachte eine Reihe von Artikeln über die Lage der Studenten: Viele leben am Rande des Existenzminimums. Wer auf die Ausbildungsförderung angewiesen ist, knapst am Essen und muß sich die Bücher zum Studium ausleihen. Viele Studenten sind unterernährt. Wenn sie der Möglichkeit beraubt sind, Ferienjobs zu bekommen, bewerben sich die Studenten massenhaft um Kredite mit niedrigen Zinsen bei ihren Studentenvereinigungen. – (Hsinhua, 2.10.76)

Die chemische Industrie in Albanien ist durch die albanische Arbeiterklasse im Vertrauen auf die eigene Kraft schwungvoll entwickelt worden. Die chemische Industrie ist eine der Branchen, die nach der Blockade durch die westlichen imperialistischen Mächte und die sozialimperialistische Sowjetunion unter Chruschtschow vorrangig entwickelt worden sind, um die Unabhängigkeit des sozialistischen Albanien zu verteidigen und zu entwickeln.

1975 haben die albanischen Arbeiter die Produktion von Düngemitteln um 41 % gegenüber 1975 gesteigert. Die Entwicklung der chemischen Industrie dient zuallererst der Intensivierung der Landwirtschaft, deshalb wurden als erste Anlagen die Nitrat-Düngemittelfabrik in Fier und die Phosphat-Düngemittelfabrik in Lac in den sechziger Jahren in Betrieb genommen. Im 6. Fünfjahresplan für die Jahre 1976 bis 1980 ist eine Steigerung der Produktion der chemischen Industrie um das Zweieinhalbfache festgelegt.

„Die Arbeiter der albanischen chemischen Industrie haben eine Reihe von Initiativen zur Steigerung der Produktion entwickelt, indem sie am revolutionären Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft festhielten". – (Albanische Nachrichtenagentur, 3.10.76)

Portugal:

Regierung Soares greift erkämpfte Rechte der Arbeiterklasse an

Mit dem Ziel, „das finanzielle und soziale Gleichgewicht" der Betriebe wiederherzustellen, hat die Regierung Mario Soares am 1. Oktober eine Reihe von Gesetzen erlassen.

Die Regierung Soares greift die Agrarreform der Landarbeiter im Süden und die vom Industrieproletariat erkämpften Rechte an. Dies tut sie im direkten Auftrag des Imperialismus. Die Revisionisten, deren Spaltung der Arbeiterbewegung es zu verdanken ist, daß die neudemokratische Revolution in Portugal die Fesseln des Imperialismus, des bürokratischen Kapitals und der Großgrundbesitzer nicht vollends durchbrechen konnte, halten auch weiterhin Frieden mit den Ausbeutern.

Nach den am 1. Oktober erlassenen Gesetzen ist es hinfort möglich, Arbeiter ohne größeres Verfahren zu entlassen. Wer sich „nicht an die Regeln der Ordnung hält, die Integrität des Betriebes nicht wahrt, wiederholt fehlt, Gewalt anwendet, Personen oder Güter in Beschlag nimmt"(Expresso) – kann entlassen werden. Man sieht sofort: das richtet sich in erster Linie gegen den Streik, gegen Betriebsbesetzungen, es soll Kampfmittel der Arbeiterklasse unterdrücken.

Die Arbeiter der Firma Luis Alves Pereira da Costa in Espinho in der Nähe von Lissabon haben kürzlich ihren Lohn nicht ausgezahlt bekommen. Sie beschließen die Bildung einer Kommission zur Kontrolle der Rechnungsführung. Dies soll in Zukunft mit Entlassung beantwortet werden können – es verletzt die „Integrität des Betriebes". Der Unternehmer Luis Alves versucht, die Bevölkerung gegen die Arbeiter aufzuhetzen. Die Arbeiter beschließen auf der Betriebsversammlung bei 119 Stimmen und zwei Enthaltungen die Entlassung des Herrn Luis Alves bis zum Abschluß der Rechnungskontrolle. Dies ist laut Gesetz „Gewalt", denn Eigentum und Eigentümer sind heilig gesprochen.

Die Regierung hat ein weiteres Gesetz erlassen: Die gesetzliche Veranke-

Die Regierung hat ein weiteres Gesetz erlassen: Die gesetzliche Verankerung der Einheitsgewerkschaft wird aufgehoben.

Die Absicht ist klar: die Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu vertiefen. Die Revisionisten tun gleiches. Jaime Serra vom ZK der PCP hat eine Audienz bei Ministerpräsident Soares; dann kehrt er zurück und verkündet, die Einheitsgewerkschaft sei „eine verlorene Schlacht"; seine Partei werde den Kampf nicht führen.

„Der private Sektor ist notwendig für die wirtschaftliche Entwicklung", sagt Regierungsminister Campinos, Mitbegründer der PS.

„Die Bundesrepublik Deutschland war wahrscheinlich das europäische Land, das uns am meisten geholfen hat, diese Hilfe war manchmal außerordentlich nützlich." Die PS ist in Westdeutschland gegründet worden, die SPD und ihre Friedrich-Ebert-Stiftung waren die Paten. Mit wirtschaftlicher Erpressung, finanzieller Wahlkampfhilfe und dem Betrugsarsenal aus der Geschichte deutscher Sozialdemokratie kam Mario Soares zum Posten eines Ministerpräsidenten. Er hat sich für westdeutsche Imperialisten verdient gemacht und tut es im Amt des Ministerpräsidenten gerade am besten. Jorge Campinos: „Was wir dem europäischen Kapital sagen, ist, daß es nach Portugal kommen und ... in der portugiesischen Wirtschaft investieren kann, unter den von unserer Regierung schriftlich niedergelegten Garantien. Dem ausländischen Kapital garantieren wir unsere Loyalität und unseren Schutz. Die europäischen Regierungen wissen, daß wir zu unseren internationalen ... Verpflichtungen stehen, insbesondere gegenüber der NATO; daß wir die Menschenrechte verteidigen, so wie sie in der westlichen Welt verstanden werden." (Stuttgarter Zeitung, 7.10.76)

Die Imperialisten investierten 1975 268 Millionen DM, d.h. nur 4,3 Millionen DM weniger als im letzten Jahr der faschistischen Regierung Caetano 1973. Hauptinvestor war der US-Imperialismus, dann folgte der westdeutsche. Die Kredite und Investitionen stiegen in diesem Jahr sprunghaft an. Sie sollen weiter steigen. Die Bank von Portugal organisierte ein internationales Seminar für Bankiers, die portugiesische Wirtschaft wurde dem ausländischen Kapital ausgebreitet und die Geier hielten nach Höchstprofiten Ausschau. Am Ende des Seminars zeigten einige ausländische Vertreter des Finanzkapials Interesse zur Intensivierung der „Kooperation" mit Portugal, vorbehaltlich, die politische und soziale Lage könne weiter „stabilisiert" werden.

Dies war ein Auftrag. Das Bankierstreffen wurde am 24. September beendet. Am 1. Oktober wurden die oben genannten Gesetze erlassen.

Die Unabhängigkeit vom Imperialismus setzt die Entwicklung der Landwirtschaft voraus.

Die Agrarreform der Landarbeiter im Süden hat die Landwirtschaft entwickelt. Die bürgerlichen Parteien haben den revolutionären Ansturm der Agrarreform gebremst. Obwohl nach geltendem Recht noch 500 000 ha Ländereien enteignet werden müßten, geht die Regierung Soares jetzt zum Angriff auf das von den Landarbeitern Erkämpfte vor. Für die Räumung der „illegal" besetzten Güter sind Einheiten der Luftwaffe in den Alentejo verlegt worden. Einige Räumungen sind inzwischen durchgeführt worden. Es ging dabei ruhig zu, lobt der „Expresso" (bürgerlich-reaktionäre portugiesische Zeitung). Die Landarbeiter sind aber nicht ruhig. Aber: die revisionistische Gewerkschaftsführung fesselt sie. Sie behauptet, die Agrarreform werde „gesichert", wenn man die 101 besetzten Güter jetzt aufgebe. Der Gouverneur von Beja „hält es für wenig wahrscheinlich, daß die Gewerkschaft der Landarbeiter gewaltsame Aktionen zur Verhinderung der Regierungsmaßnahmen ergreift" (Expresso, 24.9.). Die revisionistische Gewerkschaftsführung kontrolliert die meisten der Kooperativen. Die Führung der Landarbeitergewerkschaft in Beja führt sich auf wie ein Großgrundbesitzer. Die Arbeiter des Kollektivs „A Chaminé" sind kürzlich aus der Kooperativenkette der Gewerkschaft ausgetreten, weil sie „gegen ihre Interessen verstößt". Die revisionistische Gewerkschaftsführung bedrohte die Arbeiter von „A Chaminé", sie würde ihnen das Recht auf Arbeit entziehen. Es kommt heraus, daß die „neuen Arbeitgeber" Landarbeiter von einer Kooperative in die andere verschicken und über die Arbeiter voll verfügen.

Vorwärts kommt die Bewegung zur Bildung unabhängiger Kooperativen. Den Anfang hat in Beja damals (siehe KVZ Nr. 6/76) die von Revolutionären der UDP und der PCP/R geführte Kooperative Albernoa gemacht. Dem Verband von Albernoa gehören inzwischen zwölf Kooperativen an. Die Landarbeiter erkennen mehr und mehr den Verrat der Revisionisten. Ein Landarbeiter aus Fronteira sagte dem Abgeordneten der UDP: „Die Großgrundbesitzer sind eine heilige Familie, sie ziehen alle an einem Strang; wir nicht; wenn wir Ärmsten alle an einem Strang ziehen würden, wo wären wir da nicht schon?! Aber die wollen nur eins: die Arbeiter spalten. Wenn wir uns alle erinnern würden, was wir durchgemacht haben, um uns alle zusammenzuschließen, und wenn wir nicht jetzt diese Güter zurückgeben, dann jene und die da noch - nein nein, nichts geben wir her! Wir geben nichts auf, denn wir wollen unseren Lohn, wir wollen produzieren, damit wir alle zu essen haben." (Voz do povo, 5.10.) – kkw



750 türkische und deutsche Arbeiter und Studenten demonstrierten am 9.10.76 in Köln gegen den Plan der türkischen Regierung, die reaktionären Sondergerichte beizubehalten. Die Forderungen waren u.a.: Weg mit den Sondergerichten! Freilassung der inhaftierten Arbeiter! Nieder mit der Demirel-Regierung! Es lebe die unabhängige und demokratische Türkei! Aufgerufen hatten 5 türkische Organisationen, darunter die „Arbeiterföderation der Türkei in Deutschland". Die KBW-Bezirksorganisation Köln hat die Demonstration unterstützt und auf der Schlußkundgebung eine Grußadresse verlesen. Mit den geheimen Sondergerichten (Staatssicherheitsgerichten) verfolgt die türkische Regierung den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der türkischen Arbeiterklasse und der Volksmassen. Tausende von Arbeitern, Bauern und Studenten sind durch diese Gerichte zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. In allen Landesteilen der Türkei haben die Mässen in Streiks und Demonstrationen gefordert: Weg mit den Sondergerichten! Weg mit der Demirel-Regierung! Es leben die unabhängige und demokratische Türkei!

Spanien: Imperialismus diktiert Regierungsprogramm

Streikkämpfe der spanischen Arbeiterklasse

Über 600 000 spanische Arbeiter hatten im Generalstreik am 27. September gegen die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer und für die Volksdemokratie in Spanien gekämpft. Der Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Völker Spaniens drückt sich auch darin aus, daß immer neue Teile des Volkes den Kampf aufnehmen, so streikten die spanischen Postarbeiter 2 Wochen, und die Fluglotsen führen schon mehrere Wochen einen Bummelstreik durch. Das internationale Finanzkapital hat der spanischen Regierung inzwischen seine Bedingungen diktiert für eine Aufnahme Spaniens in die EG, und die Regierung Suárez hat prompt reagiert.

„Nach Italien hat jetzt auch Spanien ein neues Sparprogramm verordnet bekommen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.76) Die Finanzbourgeoisie spricht eine klare Sprache. Die Verordnung besteht darin, die Arbeiterklasse jeglicher elementarer Rechte zu berauben, um so die Auspressung von Mehrarbeit zu erhöhen. „Den spanischen Unternehmern wird es jetzt zum ersten Mal seit Jahrzehnten möglich sein, Arbeiter und Angestellte auch ohne Genehmigung der Regierung und der Arbeitsgerichte zu entlassen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.76) 800 000 (6 %) spanische Arbeiter sind zur Zeit schon arbeitslos. Die Verhandlungen über neue Tarifverträge hat die Regierung Suárez auf eine Höchstfrist von 10 Tagen festgelegt, dann entscheidet der Staat über den Tarifvertrag. Weiter hat die Regierung in ihrem Programm die Preise für Benzin, Heizöl und Strom drastisch erhöht, das Fernsehen endet eine Stunde früher, „damit die Leute früher zu Bett gehen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung), damit sie längere Zeit zur Ausbeutung zur Verfügung stehen.

Über die große Verschuldung des spanischen Staates und über ihre eigenen Produktionsstätten in Spanien hat das internationale Finanzkapital, allen voran der US-Imperialismus, den spanischen Staat fest in seinen Händen. Über 9 Milliarden US-Dollar werden die Schulden Ende 1976 betragen.

„Hinsichtlich der Beziehungen zur EG geht die amtliche Auffassung dahin, daß Spanien voraussichtlich 1980 ökonomisch hinlänglich gerüstet sein wird, um der Gemeinschaft als Vollmitglied beitreten zu können. Die Landwirtschaft und Teile des industriellen Sektors (u.a. die Aluminiumproduktion und die Chemie) seien bereits entsprechend vorbereitet. Als Übergangszeit werden fünf Jahre als ausreichend empfunden." (IFO-Schnelldienst 26/76) Die „entsprechende Vorbereitung" wird durch die neuen Gesetze der Regierung Suárez beschleunigt. Dabei tritt die sozialimperialistische Sowjetunion in der Ausplünderung der spanischen Völker zunehmend in Konkurrenz zum US- und zum BRD-Imperialismus. Das Handelsdefizit Spaniens gegenüber der Sowjetunion stieg von 35 Millionen Rubel in der ersten Jahreshälfte 1975 sprunghaft auf 68 Millionen Rubel im ersten Halbjahr 1976.

Aufschwung der Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse

Der Streik der Belegschaft von Motor Iberica über mehrere Wochen war ein Signal für die spanische Arbeiterklasse. Die Hartnäckigkeit der Kämpfe der Postarbeiter, deren Streikführer ins Gefängnis geworfen worden waren, die zwei Wochen lang den Briefverkehr Spaniens lahmgelegt hatten, und der Kämpfe der Fluglotsen, die durch ihren Bummelstreik über mehrere Wochen der Regierung empfindliche Verluste beibrachten, drückt die gewachsene Kampfkraft der spanischen Werktätigen aus. In allen diesen Kämpfen werden gewerkschaftliche Freiheiten gefordert, was sogar die bürgerliche Presse zugeben muß. „Die Forderungen der Postbeamten ähneln denen der Fluglotsen. Es sind die gleichen Forderungen, die auch von den Bauarbeitern in Galizien oder den Metallarbeitern in Sabadell diskutiert werden. Die Arbeiter lehnen es ab, daß die Verhandlungen mit dem Betrieb oder mit dem Staat durch Vertreter der Franco-Syndikate geführt werden. Sie stellen in allen Fällen die Forderung, daß ihre frei gewählten Vertreter für sie sprächen." (Handelsblatt, 5.10.76)

Noch schwärmen die Imperialisten von ihren Investitions- und Ausbeutungsmöglichkeiten in Spanien, in ihrer Berichterstattung über die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse drückt sich aber schon begründete Besorgnis aus und sie entsenden ihre Vertreter, um die spanische Arbeiterbewegung zu zersetzen und zu spalten. Ende des Monats werden in Madrid die Sozialdemokraten ihren Parteitag abhalten, zu dem „führende Vertreter europäischer sozialdemokratischer Parteien" erwartet werden. Wie in Portugal versucht das Finanzkapital über die Reformisten und Revisionisten die Arbeiterklasse zu spalten und von der entschlossenen Durchführung der neudemokratischen Revolution abzuhalten.

Die Erfahrungen der portugiesischen Revolution aber lehren, wie nötig es ist, die Aufgaben der neudemokratischen Revolution entschieden durchzuführen: unter Führung der Arbeiterklasse die Diktatur aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen zu errichten, das imperialistische Kapital zu enteignen und den Großgrundbesitz zu zerschlagen. Die spanische Arbeiterklasse erhebt in ihren Kämpfen die Losung der Volksdemokratie. – (ds)

Heftige Kämpfe der Arbeiterklasse in den Ländern Westeuropas gegen die Raubzüge der Finanzbourgeoisien

Die kapitalistischen und imperialistischen Länder Westeuropas werden von schroffen Klassenkämpfen erschüttert. Die Finanzbourgeoisien in diesen Ländern verschärfen die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen durch „Krisenprogramme", „Anti-Inflations-Programme" oder „Sparprogramme". Solche Programme haben die Regierungen von Großbritannien und Dänemark verkündet. In Frankreich ist es der „Barre-Plan" und in Italien der „Andreotti-Plan". In Westdeutschland waren es die Brahmsee-Beschlüsse. Der Inhalt ist immer der gleiche: Raubzug des Finanzkapitals gegen die Arbeiterklasse und das Volk.
Die Arbeiterklasse und die Volksmassen in diesen Ländern antworten mit Massenstreiks und Demonstrationen. Als größte Fessel in ihren Kämpfen erweisen sich die Reformisten und Revisionisten.



In ganz Italien organisiert die Arbeiterklasse Streiks und Demonstrationen gegen den Raubzug des italienischen Finanzkapitals. Auf dem Foto Arbeiter der Betriebe von Agfa, Allemagna und SIT Siemens in Mailand, die am vergangenen Donnerstag gegen Lohnraub und kapitalistische Rationalisierung demonstrierten.

Italien: Raubzug auf den Lohn geplant

Am letzten Freitag hat die italienische Regierung die „stangata" beschlossen. „Stangata" heißt auf deutsch: „Hiebe (mit einer Stange)". Gehauen werden sollen die italienische Arbeiterklasse und die Volksmassen. Die Tarife der Eisenbahn und der Post, der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft und der Nahverkehrsbetriebe sollen um 10 bis 50% erhöht werden. Durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer ist der Preis für einen Liter Superbenzin um 25 % ab Sonnabend auf 500 Lire (1,45 DM) verteuert worden. Die staatlich festgelegten Preise für Arzneimittel, für Tabakwaren und Zeitungen werden ebenfalls erhöht. Die Verteuerung der Düngemittel trifft die kleinen und mittleren Bauern und wird die Vernichtung ihrer Existenz beschleunigen. Insgesamt will die italienische Regierung mit diesen Maßnahmen 12 Milliarden DM rauben; der private Konsum solle um 2 % gesenkt werden, heißt es.

Fünf christliche Feiertage werden zusammengelegt und auf das Jahresende verschoben, und verschiedene staatliche Feiertage sollen ganz gestrichen werden, damit die Kapitalisten die Arbeitskraft länger zur Ausbeutung zur Verfügung haben.

Die „gleitende Lohnskala", eine Maßnahme, mit der die Kapitalisten den Lohnkampf fesseln wollten durch die Lohnangleichung an die Inflationsrate entsprechend der Rechnung des bürgerlichen Staates und die ihnen zu Zeiten der Hochkonjunktur gute Dienste erwiesen hatte, wird jetzt scheibchenweise außer Kraft gesetzt: Zunächst soll bei Nettolöhnen über 1 700 DM 50 % des Inflationsausgleichs gestrichen werden und bei höheren noch mehr; diese Lohnbestandteile kassiert der Staat. Und schon fordert die Finanzbourgeoisie über ihr Sprachrohr, den Mailänder „Corriere": „Den Inflationsausgleich auch für die niedrigen Einkommen verlangsamen." Bei einer Inflationsrate von derzeit 17 % bedeutet das scharfen Lohnabbau.

Alle Maßnahmen zielen darauf, direkt die unbezahlte Mehrarbeit der italienischen Arbeiterklasse fürs Kapital zu steigern, die Volksmassen zu plündern und zu drücken und der Finanzbourgeoisie die Staatskassen weit zu öffnen. FIAT-Chef Agnelli, der Hunderttausende italienischer Arbeiter ausbeutet, hat dieses Programm warm begrüßt. (Die Welt vom 11.10.)

„Einklang mit Brüsseler Empfehlungen"

Die „Neue Zürcher" berichtete am 5. Oktober, daß das Plünderungsprogramm „im Einklang mit Brüsseler Empfehlungen" steht. Der italienische Staat ist tief verschuldet bei den anderen Imperialisten, vor allem bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Von insgesamt etwa 18 Milliarden Dollar Auslandsschulden entfallen etwa 6 Milliarden auf ein westeuropäisches Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank. Für den 1,5 Milliarden Dollar-Kredit der Bundesbank ist ein Viertel der italienischen Goldvorräte verpfändet. Der Internationale Währungsfonds drückt durch regelmäßige Goldverkäufe den Goldpreis. Auf diese Weise können die stärksten imperialistischen Staaten nicht nur ihre Goldvorräte billig durch Kauf erweitern, sondern zugleich die Pfändung der italienischen Goldreserven vorbereiten und den Druck auf den schwächeren Konkurrenten erhöhen. Für die Schulden werden mit 8 % im Halbjahr Wucherzinsen genommen. Allein 1976 werden 2 Milliarden Dollar Zinsen fällig. Gegenwärtig verhandelt die italienische Regierung mit der EG über ein neues Darlehen von 1 Milliarde Dollar. Bei diesen Verhandlungen werden die westdeutschen Imperialisten die Regierung Andreotti angewiesen haben, den Angriff auf die Lebensbedingungen der italienischen Arbeiterklasse und der Volksmassen zu forcieren. Der internationale Währungsfonds IWF, in dem der US-Imperialismus und der BRD-Imperialismus das Sagen haben, hatte vor weiteren Krediten an Italien gefordert: 1. Verminderung des privaten Verbrauchs, 2. Abbau des Defizits der Staatskasse. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.10.)

Die Revisionisten als Wegbereiter des Raubzugs

Die revisionistische PCI unterstützt voll und ganz diesen Raubzug der italienischen Finanzbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Ihr Parteivorstand hat am 7. Oktober erklärt: „In bezug auf die Tarife und die administrierten (d.h. staatlich festgesetzten/Red.) Preise halten die Kommunisten die Verpflichtung der Regierung für wesentlich, die öffentliche Meinung breit zu informieren und das Parlament zu konsultieren. Es handelt sich darum . . . , wie es notwendig ist, die breiteste Zustimmung der Werktätigen zu erlangen." Genau diese Aufgabe, die italienische Arbeiterklasse und Volksmassen zur Hinnahme dieses Angriffs zu zwingen, hat die italienische Finanzbourgeoisie den Revisionisten zugedacht.

Noch offener ist das PCI-Vorstandsmitglied Amendola gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und gegen die Gewerkschaften zu Felde gezogen; die „Welt" (9.10) hat seine Worte auch gleich groß herausgestellt: „Arbeiter und Gewerkschaften müssen nach Ansicht Amendolas einsehen, daß es die Probleme der Schwarzarbeit, des Bummelns, der Verschwendung kostenlos ausgegebener Arzneimittel und der ‚Struktur der gleitenden Lohnskala' gebe. Sie müßten auf diesen Gebieten selbst Vorschläge machen, um Praktiken zu eliminieren, durch die die Arbeitsproduktivität reduziert werde und die Produktionskosten künstlich erhöht würden. Sie müßten sich auch darüber klar werden, daß die soziale Betreuung des Bürgers nur dann möglich sei, wenn der Staat einen wachsenden Anteil des Nationaleinkommens für die Finanzierung dieser Betreuung einbehalte, das heiße, wenn auch der Arbeiter höhere Steuern zahle." Und zu den Kämpfen gegen Rationalisierung und Betriebsstillegungen erklärte er: „Seit langem hat man erkannt, daß man Arbeitsplätze nicht in sturer Weise, Fabrik für Fabrik verteidigen kann. Doch wenn die Schließung angekündigt wird, besetzen die Arbeiter diesen Betrieb, um eine Intervention des Staates zu erreichen. Man verheize auf diese Weise öffentliche Gelder bei dem nutzlosen Versuch, wirtschaftlich unhaltbar gewordene Positionen zu verteidigen." (Die Welt, 9.10.)

Streiks gegen den Raubzug der Finanzbourgeoisie

Einig ist sich der Vorstand der PCI, „die Bekämpfung der Inflation als vordringliche Aufgabe zu betrachten, deren Bewältigung auch den breiten Volksschichten Opfer abverlangt."

Zu solchen Opfern für das Finanzkapital sind die italienische Arbeiterklasse und die Volksmassen nicht bereit. Massive Spaltungsversuche und Unterdrückung durch die Revisionisten können den Kampf gegen den Raubzug nicht verhindern. Am letzten Donnerstag streikten in ganz Italien 8 Millionen Lohnabhängige für mindestens zwei Stunden. Die kleinen Tankstellenpächter haben gegen die Erhöhung der Benzinpreise gestreikt, die ihre Existenzgrundlage zerstört. Die Arbeiter bei Alfa Romeo und anderer Großbetriebe haben selbständige Streiks gegen das Regierungsprogramm organisiert. Am Montag haben in ganz Italien die Eisenbahner gestreikt. Die nicht von den Revisionisten beherrschten Gewerkschaftsverbände treffen Streikvorbereitungen. – (u.g.)

Frankreich: Massenstreik und Demonstrationen gegen staatliches Lohndiktat und wachsende Ausplünderung

Am vergangenen Donnerstag, dem 7. Oktober, hat die französische Arbeiterklasse mit einem Streik im ganzen Land auf den „Barre-Plan" geantwortet, einem Programm der französischen Finanzbourgeoisie und ihrer Regierung zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Ausplünderung der Volksmassen und der weiteren Verelendung der Massen. Es waren die größten Streikaktionen seit 1968, als die französische Arbeiterklasse mit politischen Massenstreiks die Herrschaft der französischen Finanzbourgeoisie angriff.

Aufgerufen hatten die Gewerkschaften CGT (Confédération Générale du Travail, 2 Millionen Mitglieder), die CFDT (Confédération Française Démocratique du Travail, 800 000 Mitglieder) und die Lehrergewerkschaft FEN (450 000 Mitglieder). Busse, Bahnen und Flughäfen waren weitgehend lahmgelegt. In den Großbetrieben des Bergbaus, der Autoindustrie, in den Stahlwerken, der Chemieindustrie und auf den Werften haben die Arbeiter fast geschlossen den Streik geführt. Bei der Post, der Energieversorgung, in den Verwaltungen, Krankenhäusern und Schulen streikte mehr als die Hälfte der Beschäftigten. Etwa 30 Prozent aller Arbeiter und Angestellten der Privatbetriebe und des Handels haben gestreikt. Der Wille zum einheitlichen Kampf gegen das Ausplünderungsprogramm der Finanzbourgeoisie siegte in vielen Betrieben und Gebieten über den Versuch der Führung der Gewerkschaft FO (Force Ouvrière), die Streikbeteiligung ihrer Mitglieder (etwa 600 000) zu verhindern, weil der Streik politische Ziele verfolge.

Mehrere Hunderttausend haben in Paris gegen den „Barre-Plan" demonstriert, darunter die Belegschaft einer von den Arbeitern seit drei Monaten besetzt gehaltenen Großbäckerei, die Druckarbeiter einer Pariser Zeitung, die seit Dezember 1975 im Streik stehen, und über 1 000 Polizisten. (Nach Berichten von Le Monde und Neue Zürcher Zeitung vom 9. Oktober)

Die französische Gesellschaft ist von heftigen Klassenkämpfen zerrissen, das ist in diesem Streik zum Ausdruck gekommen. Überall in Frankreich haben die Arbeiter in den vergangenen Monaten betriebliche Kämpfe gegen Lohnabbau, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit geführt und teilweise dabei die Betriebe besetzt. Die Bauern vor allem im Süden wehren sich in scharfen Kämpfen gegen die Staatsmacht gegen die Ruinierung ihrer Existenz durch die Finanzbourgeoisie und die EG-Agrarpolitik. Schüler und Studenten hatten gegen die Verschärfung der Auslese und der Reglementierung des Studiums gestreikt.

„Barre-Plan": Programm der französischen Finanzbourgeoisie

Mit dem jetzt durch den französischen Ministerpräsidenten Barre veröffentlichten Plan will die französische Finanzbourgeoisie ein Lohndiktat gegen die Arbeiterklasse durchsetzen. Sie verlangt, daß die Löhne im kommenden Jahr gerade um höchstens 6,5 Prozent brutto steigen sollen; bei einer Inflationsrate von 10 Prozent soll das die Verelendung der Arbeiterklasse vorantreiben. Von dem für die nächsten Monate angekündigten Preisstopp, unter kapitalistischen Bedingungen sowieso unwirksam, sind die Lebensmittelpreise ausgenommen, wofür der größte Teil vom Lohn draufgeht.

Die staatliche Ausplünderung der Volksmassen soll verschärft werden, damit sich die Finanzbourgeoisie mästen kann: Die KFZ-Steuer soll zwischen 50 und 120 Prozent steigen, das Benzin wird um 20 Prozent teurer. Für die Krankenversicherung und die Rentenversicherung will die Bourgeoisie 20 bzw. 10 Prozent mehr Beiträge den Arbeitern abpressen. Die Leistungen der Kassen werden dagegen um 500 Millionen DM gekürzt.

Die so vom Lohn der Arbeiter erbeuteten Milliarden sollen in Gestalt von Investitionshilfen, „Arbeitsbeschaffungsprogrammen", Krediten zur Exportförderung in die Taschen der französischen Finanzbourgeoisie fließen. Gleichzeitig erhält sie weiteren Steuererlaß, indem sie die Produktionsmittel noch leichter abschreiben, d.h. von den Steuern absetzen kann. Ein größerer Teil des Staatshaushaltes ist für Staatsinvestitionen für Fernmelde- und Energieanlagen vorgesehen und fließt so an die Finanzbourgeoisie.

Verbilligung der ausbeutbaren Arbeitskräfte und Senkung der Kosten fürs fixe Kapital (Maschinen, Fabrikgebäude) – das soll sie „ermuntern" und ihre Investitionslust anreizen. Denn in den letzten Jahren ist die Krise und Fäulnis des französischen Imperialismus offen zutage getreten: Gerade noch um 3 Prozent jährlich sind die Investitionen gewachsen statt vorgesehener 7 Prozent, weil die französische Finanzbourgeoisie das aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse gezogene Kapital profitabler im Ausland anlegen konnte.

Gleichzeitig ist sie aber bei der Jagd nach Profiten gegenüber ihren Konkurrenten und besonders dem BRD-Imperialismus ins Hintertreffen geraten. Es schmerzt sie, daß in den ersten acht Monaten dieses Jahres der BRD-Imperialismus für 22 Milliarden DM Waren nach Frankreich exportiert hat und sie umgekehrt gerade für 17,6 Milliarden. Eine Inflation von 10 bis 15 Prozent jährlich in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, daß der Franc im Austauschverhältnis zur DM immer weiter gesunken ist und dadurch es für die westdeutsche Finanzbourgeoisie immer billiger wurde, Fabriken in Frankreich aufzukaufen oder aufzubauen.

Grundlage dafür ist der relative Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse, den die westdeutsche Finanzbourgeoisie erreicht und in der Krise weiter ausgebaut hat. Mit dem „Barre-Plan" will die französische Finanzbourgeoisie jetzt das Ruder herumwerfen.

Reformisten und Revisionisten hindern den Kampf

Dabei ist sie auf den Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen gestoßen, die die Regierung und ihr Programm der Finanzbourgeoisie bekämpfen. Seit langem führt die französische Arbeiterklasse einen erbitterten Klassenkampf. Sie ist jedoch bislang gefesselt durch den Einfluß des Revisionismus und Reformismus über die Parteien PCF und PS und in den Gewerkschaften. Das „Gemeinsame Programm" von PCF und PS verspricht den Sozialismus durch allgemeine Wahlen und bei Aufrechterhaltung des bürgerlichen Staatsapparates und meint mit Sozialismus die Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln unter der verstärkten Kontrolle des imperialistischen Staates. Diese Fessel hat verhindert, daß die französische Arbeiterklasse in diesen Kämpfen Kräfte sammeln konnte für die Revolution.

Gegenwärtig versuchen Marchais und Mitterand, die Führer der Revisionisten und Reformisten, den Kampf gegen den „Barre-Plan" zu spalten und abzustumpfen, und wollen sich dafür mit den Parlamentswahlen 1978 die Regierungsbeteiligung erkaufen. Schon vor Verkündung des Plans haben sie mit der Regierung verhandelt. Zusammen mit der rechten Gaullistenpartei wollen sie den „Barre-Plan" kosmetisch aufpolieren durch Erhöhung der Vermögenssteuer für die Reichen, und bei den Demonstrationen haben sie als Alternative zum „Barre-Plan" ihr „Gemeinsames Programm" verkündet. Die Bourgeoisie zweifelt deshalb, „ob die Gewerkschaften es wirklich auf eine Kraftprobe ankommen lassen würden". (Die Welt, 9. Oktober)

Demgegenüber steht der Wille der französischen Arbeiterklasse und Volksmassen zum Kampf. Auf der Demonstration in Paris wurde gerufen: „Seien wir stärker als 68! Warten wir nicht auf 78!" (Zeitpunkt der Parlamentswahlen) – (mr)

Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Mehr als 300 Menschen nahmen an einer Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe am 8. Oktober in Heidelberg teil. Es sprachen Genossin Regine Wegner von der Bezirksleitung Heidelberg und Genossin Tekere. Genossin Tekere erklärte, die vier Lastwagen, die als Ergebnis der Spendensammlung in Westdeutschland der ZANU übergeben werden können, sind ein bedeutender Faktor für die Weiterführung des Befreiungskampfes. Sie rief dazu auf, in der jetzigen Lage, wo die Imperialisten ihre Angriffe und ihre Entspannungsmanöver zur Verwirrung und Spaltung verstärken, in den Anstrengungen nicht nachzulassen und weiterhin nützliche Gegenstände und auch Geld zu sammeln. Auf der Veranstaltung wurden über 2 100 DM gesammelt für eine Fotoausrüstung. Genossin Tekere wird damit, sobald sie zurückgekehrt ist, Bilder für die Agitation der ZANU machen.

Die Polizei in **Worms** hatte eine Sammlung und einen Basar zugunsten des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe verboten und von Zuwiderhandlungen „dringend abgeraten". Die Begründung für das Verbot: Es sei anzunehmen, die Sammlung diene keinen friedlichen und humanitären Zwecken. Die Aktion wurde durchgeführt. Stelltafeln und ein Basar wurden am Samstag, 2.10. aufgestellt, dazu ein großer Lastwagen aus Pappe. Lieder wurden gesungen und eine Pantomime vorgeführt, die den gemeinsamen Kampf der Proletarier aller Länder gegen die imperialistische Bourgeoisie zeigte. Redebeiträge wurden gehalten. Viele Menschen blieben stehen, lasen Stelltafeln, sahen sich das Stück an und führten Diskussionen. In drei Stunden wurden 63 DM gesammelt. Die Polizei ließ sich die ganze Zeit über nicht blicken.

Der Kommunistische Jugendbund **Hildesheim** führte am 2.10. im Haus der Jugend ein Tischtennisturnier zur Unterstützung der ZANU durch. 20 Jugendliche nahmen teil. Trotz Spendensammlungsverbot wurden 19,40 DM gesammelt.

Trier. An zwei Aktionstagen, durch ein Fußballspiel, bei einem Solidaritätsfest und durch die Überstundengelder, die die Genossen der Aufbauzelle Fernmeldeamt spendeten (400 DM), konnten über 1 200 DM für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt werden.

Der Bezirksverband **Weser-Ems** veranstaltete am 1. Oktober in Oldenburg ein Wahlfest unter dem Motto „Vorwärts im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei". Auf dem Fest mit über 200 Besuchern erbrachte eine Spendensammlung für die ZANU insgesamt 2 379,28 DM.

Im Ortsamt **Fuhlsbüttel** (Hamburg) diskutierten Sozialarbeiter über den Befreiungskampf in Zimbabwe. Eine Kollegin spendete 100 DM. Es wurde bereits Kleidung gesammelt, und die Belegschaftsmitglieder sammeln auch unter Freunden weiter. Bisher sind 232 DM zusammengekommen.

Auf der Solidaritätsveranstaltung der Zellen Mitte und Stadtverwaltung des Bezirksverbandes **Wiesbaden**, mit 16 Teilnehmern, wurden 390 DM für die vier Lastwagen für die ZANU gesammelt.

Hameln. In Hameln wurden bei einem Stand und einem Basar des KBW in der Innenstadt 112 DM gesammelt. Keine Chance hatte ein SS-Mann, ebensowenig die Politiker von SPD und CDU, als sie mit Hetztiraden über die Befreiungskämpfer herzogen und für die Imperialisten schwärmten. Nur durch Flucht konnten sie sich der Auseinandersetzung in einer großen Menschentraube entziehen. Zwei Siedlersöhne auf Europareise stießen in Hameln mit einer für sie wohl unerwarteten Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf zusammen und machten sich sofort aus dem Staube, als sie raushatten, worum es ging.

Die Stadtteilzelle **Köln-Ehrenfeld** hat für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe in einer Solidaritätswoche 212 DM gesammelt. Kolleginnen einer Kindertagesstätte in Köln-Ossendorf sammelten in ihrem Betrieb 37,00 DM. Bei Umzügen in vier Straßen kam ein ganzer VW-Bus voller Kleider zusammen.

Am Wahltag veranstaltete der Bezirksverband **Hannover** des KBW ein Solidaritätsfest zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe. Mehr als 200 Jugendliche, Arbeiter und Studenten beteiligten sich. Das Fest begann mit einem Fußballturnier, an dem sich vier Mannschaften beteiligten. Die Sekretärin des Bezirksverbandes Hannover, Eva Ennker, propagierte in ihrer Rede den bewaffneten Kampf des heldenhaften Volkes von Zimbabwe gegen Kolonialismus und Imperialismus. Das Komitee Südliches Afrika führte das Theaterstück „Pamberi ne Chimurenga!" – Vorwärts im Befreiungskampf! –, das es selbst geschrieben hat, an diesem Nachmittag zum ersten Mal auf. Das Stück fand stürmischen Beifall. Die Agitpropgruppe spielte revolutionäre Lieder. Es wurden 1 505 DM für vier Lastwagen für die ZANU gespendet.



Die thailändischen Studenten an der Seite der Arbeiter und Bauern. Protestversammlung in der Thammasat-Universität gegen die Verhaftung von 9 Bauern- und Studentenführern im August 1975.

Militärputsch in Thailand: Verzweifelter Versuch, den Volkskrieg aufzuhalten

In Thailand hat eine Militärjunta die zivile Regierung gestürzt und die Macht übernommen. Sie setzt sich aus den Spitzen der Militärhierarchie zusammen. Sie hat sich einen Beraterstab berufen. Zu ihm zählen der ehemalige Außenminister, der Oberbürgermeister von Bangkok, der Gouverneur der Zentralbank, der Präsident des thailändischen Bankenverbandes.

Dem Putsch vorausgegangen war die blutige Niederschlagung einer Studentendemonstration in der Hauptstadt Bangkok. Die Demonstration hatte sich gegen die Rückkehr des ehemaligen Militärdiktators Thanom Kittikachorn gerichtet. 42 Menschen wurden getötet, über 200 verletzt, über 4 000 Studenten wurden verhaftet. Auf der Seite der Truppen kämpften rechte Banden mit unvorstellbarer Grausamkeit – Studenten wurden zertrampelt, geköpft, aufgeschlitzt.

Die ersten Maßnahmen der Militärregierung waren: Marxistische Propagandaschriften wurden verbrannt. Gestützt auf ein Anti-Kommunismus-Gesetz aus dem Jahr 1952 wurden Sondergerichtshöfe angekündigt zur Verurteilung von „Agitatoren". Und ein Befehl wurde erlassen, alle Waffen abzuliefern, unter Androhung von 20 Jahren Gefängnis bei Zuwiderhandeln.

Dieser Putsch war von langer Hand vorbereitet. Die USA stehen dahinter. Er soll die Hauptstadt Bangkoks in eine Festung der Imperialisten und der Reaktion verwandeln, denn der bewaffnete Volkskrieg hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, und es gibt befreite Gebiete, die die Regierungstruppen nicht bezwingen können. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", Blatt der westdeutschen Finanzbourgeoisie, ist auch schon in Zweifel über die Wirksamkeit des Putsches und fragt mit Sorge, „wie viele der progressiv gesonnenen Intellektuellen nunmehr in den Dschungel fliehen und sich in den Dienst des Kommunismus stellen werden".

Die Interessen des US-Imperialismus sind bedroht

Die Fortschritte im revolutionären Volkskrieg bedrohen die Interessen des US-Imperialismus in Thailand. Nach den Niederlagen in Vietnam, Laos und Kambodscha droht ihm nun auch der Verlust Thailands. Der ehemalige Militärdiktator Kittikachorn hat einmal gesagt, die USA könnten Thailand als ihren 51. Staat betrachten. So ist es. Sie kontrollieren den Eisen- und Goldbergbau, die Gummiproduktion, Banken und Versicherungen, Luftfahrt und Teile des Leichtindustrie, das Fernmeldewesen. Sie haben sich die Bohrrechte auf die erwarteten großen Ölvorkommen gesichert. 1967 betrug das in Thailand investierte US-Kapital 100 Millionen Dollar oder zwei Drittel allen ausländischen Kapitals.

Die US-Imperialisten brauchen Thailand als Objekt der Ausbeutung. Es liefert ihnen Rohstoffe: Reis, Mais, Kautschuk, Zinn usw. Sie brauchen Thailand als Abnehmer für Konsumgüter, Waren der Leichtindustrie. Im Vietnam-Krieg war es der „größte Flugzeugträger" der USA. Von den thailändischen Militärbasen stiegen die B 52-Bomber auf. Thailändische Söldner waren in diesem Krieg eingesetzt. In den US-Militärbasen in Thailand liefen die Spionagefäden zusammen.

Die Studentenbewegung hatte 1973 den Abzug der US-Truppen gefordert, die Regierung ihn versprochen. Noch im Mai 1975, als die US-Regierung die Mayaguez-Provokation gegenüber dem befreiten Kambodscha vom Zaun brach, waren 1 100 Marineinfanteristen auf den thailändischen Stützpunkt Utapo verlegt worden. Unter dem Druck starker Massendemonstrationen forderte die thailändische Regierung die sofortige Rückverlegung der US-Soldaten. Nach einem Ultimatum, der Drohung mit Abbruch der Beziehungen und nachdem der Botschafter aus Washington zurückbeordert wurde, entschuldigten sich die USA.

Am 20. Juni 1976 wurde offiziell der letzte US-Soldat abgezogen, aber weiterhin bleiben 270 „Berater" im Land, nicht gerechnet das „zivile Personal" der Botschaft.

Thailand mit seiner Exportabhängigkeit und seiner passiven Handelbilanz ist von den Schwankungen des kapitalistischen Krisenzyklus abhängig. Von den 15 Millionen Arbeitskräften des Landes sind 800 000 ohne Arbeit, von den vier Millionen Einwohnern Bangkoks 250 000. Die Hochschulen entlassen jährlich 70 000 Studenten, die nur zu einem geringen Prozentsatz eine Stelle finden. In Thailand herrscht Inflation, die Preise für Konsumgüter stiegen in einem Jahr um 30 %, für Reis sogar ums Doppelte. Kriminalität blüht auf diesem Boden. Frauen und Mädchen müssen sich als Prostituierte verkaufen, 86 300 Prostituierte sind im Land erfaßt, 40 000 in der Hauptstadt, wo es 1 425 Bordelle, 490 Nachtklubs, 457 „Massagesalons" gibt, Folgen der US-Besatzung, der Bereicherung korrupter Generäle und Polizeichefs ebenso dienend wie dem Tourismusgeschäft von Neckermann.

Der Lohn ist niedrig, 1 US-Dollar pro Tag der Durchschnitt für ungelernte Arbeiter. Die junge Arbeiterklasse schließt sich im Kampf zusammen. In den ersten drei Monaten 1974 gab es 2 584 Streiks, die die Kapitalisten 520 000 Arbeitstage kosteten. Im Sommer und Herbst 1974 forderten Fabrikarbeiter, Hotelangestellte, Angestellte der öffentlichen Dienste und Arbeiter auf den Militärbasen höhere Löhne, eine Arbeitszeitverkürzung und demokratische Rechte.

Die Bauern, 80 % der Bevölkerung, werden von Wucher und Steuer in Elend getrieben. Bis zu 85 % betragen die Zinsen. Die Mittelsmänner nehmen die Besitzurkunde als Pfand. Kann der Bauer nicht zahlen, geht sie weiter an Beamte, Militärs und Kapitalisten in Bangkok. Vor dem Zweiten Weltkrieg bearbeiteten noch 80 % der Bauern ihr eigenes Stück Land, heute schätzungsweise nur noch 30 %.

Erheben sich die Bauern gegen ihre Blutsauger, schlägt die Regierung scharf zu. Im Januar 1974 zerstörten Regierungstruppen mehrere Dörfer, brannten von 250 Häusern 200 nieder, töteten 30 Menschen, schlachteten Vieh ab, raubten den Reis.

Die Arbeiter, Bauern und Studenten schließen sich gegen die reaktionäre Kompradorenbourgeoisie und ihre imperialistischen Hintermänner zusammen. Der Militärputsch war nur die verzweifelte Reaktion der Lakaien des Imperialismus auf den unaufhaltsamen Kampf der Volksmassen für Unabhängigkeit und Freiheit.

Große Erfolge im Volkskrieg

1973 fordern mehr als 500 000 demonstrierende Studenten und Schüler der Abzug der US-Truppen und die Gewährung demokratischer Rechte. Darüber stürzt die Militärdiktatur Kittikachorns.

Im Juni und Juli 1974 finden Bauerndemonstrationen in Bangkok statt. Im Januar 1975 erheben sich die Bauern von drei südlichen Provinzen gegen die Lokalregierungen, die Nahrungsmittel für die Opfer einer Flutkatastrophe unterschlagen haben.

In großen Teilen des Landes wird der bewaffnete Kampf unter der Leitung der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Thailands geführt. Schon 1964 hat sie das Ziel des Kampfes festgelegt: „Entschlossen den Volkskrieg durchführen, um den US-Imperialismus aus Thailand zu vertreiben und die faschistische, diktatorische und verräterische Thanom-Clique zu stürzen, die das Volk und das Land ruiniert. Eine Volksregierung einrichten, die sich aus Vertretern der Arbeiterklasse, der Bauern, des Kleinbürgertums, der Nationalen Bourgeoisie und der patriotischen und demokratischen Persönlichkeiten zusammensetzt und die ernsthaft eine Politik der Unabhängigkeit und Demokratie durchführt." (Zehnpunkteprogramm der Kommunistischen Partei Thailands)

Von dieser Linie geleitet, haben die Streitkräfte des Volkes großartige Erfolge erzielt. Im Nordosten und Süden des Landes bestehen befreite Gebiete, in die sich kein Regierungssoldat wagt. Die Regierung selber gibt zu, daß über mindestens 350 Dörfer die Volksbefreiungskräfte die Kontrolle haben. Die Einkreisungs- und Vernichtungsaktionen der Regierungstruppen schlagen fehl. So berichtet Radio Tirana am 2. September nach einem Kommunique des Senders „Stimme des thailändischen Volkes":

„Die Volksstreitkräfte setzen beharrlich den Volkskrieg fort und erringen einen Sieg nach dem anderen. In den 11 Monaten bis Ende Juli machten sie 2 097 Regierungssoldaten kampfunfähig, erbeuteten 436 Waffen verschiedener Waffengattungen und 21 Funkgeräte, schossen sie 39 Flugzeuge und Hubschrauber ab und zerstörten 56 Fahrzeuge. (...) Die Siege der Streitkräfte des thailändischen Volkes werden in Zukunft bestimmt noch größer sein. Seit zwölf Jahren führen sie beherzt und tapfer den Kampf und halten nicht nur den Truppen der einheimischen Reaktion stand, sondern auch den US-Aggressionstruppen. Sie haben ihre Reihen erweitert und ihre Aktionsgebiete vergrößert. Das sind Siege, die eine feste Grundlage für neue Erfolge und den endgültigen Sieg bilden." – (jw)

Die palästinensischen Bürgermeister im vom Kolonialstaat Israel besetzten Westjordanien haben in einem Telegramm an den Vorsitzenden der PLO, Yassir Arafat, ihre Entschlossenheit im Kampf gegen den Zionistenstaat und ihre feste Unterstützung der PLO erklärt: „In einer Situation, da wir entschlossen gegen die Praktiken und mörderischen expansionistischen Pläne der Besatzungsbehörden Widerstand leisten und unseren Aufstand in den besetzten Gebieten intensivieren, verurteilen wir aufs schärfste die Verschwörung, die gegen unsere Revolution im Libanon im Gange ist, wo sich die Regierung von Damaskus an die Imperialisten und Zionisten verkauft hat und bei unserem Volk auf libanesischem Gebiet ein abscheuliches Blutbad anrichtet – in Zusammenarbeit mit dem Regime des Agentenkönigs (König Hussein von Jordanien) und den verbliebenen isolationistischen Elementen (die reaktionären Christen). Wir stehen gerade in dieser Zeit entschlossen zu unseren revolutionären Führern und verpflichten uns gegenüber Gott, dem geheiligten Vaterland und der brüderlichen arabischen Nation, weiterhin allen Versuchen zu widersetzen, die sie zur Kapitulation zwingen könnten." (Nach: Stimme Palästinas) Unterzeichnet wurde dies Telegramm von den palästinensischen Bürgermeistern von Ramallah, Nablus, Hebron, Tarkumija, As-Samu, Al-Birah, Kalkilja, Salfit, As-Sahirijah sowie von palästinensischen Ärzten, Anwälten und Lehrern.

Am 28.9. wurde die von der Jemenitischen Arabischen Republik entworfene und ausgeführte Sanaa-Arhab-Autobahn eröffnet. Ibrahim Mohammed Al-Hamdi, Vorsitzender der Regierung und der Streitkräfte der Jemenitischen Arabischen Republik, sagte bei der Eröffnungszeremonie: „Wir müssen diese Autobahn schätzen, weil ihre Planung und ihr Bau nur drei Monate dauerte und vollständig auf unsere eigene Kraft und Anstrengung vertraute. Sie beweist, daß alle, die unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten bezweifeln, Schwindler sind. Solange die Völker ihre eigenen Möglichkeiten nutzen, können sie Wunder vollbringen."

Die Autobahn, die den internationalen Sanaa-Flughafen mit der Arhab-Region der Provinz Sanaa verbindet, ist 35 Kilometer lang. Ihre Eröffnung beweist einmal mehr die Fähigkeit des jemenitischen Volkes, sein Land durch Selbstvertrauen und durch eigene Kraft aufzubauen.

Somalia bildet Veterinäre aus. Kürzlich schlossen 88 Studenten der Schule für Tierheilkunde in Mogadishu ihr zweijähriges Studium ab, die Zahl der an dieser Schule ausgebildeten Veterinäre beträgt damit 478. Die meisten der Veterinäre werden auf die Weideländer gehen, um unter den Hirten im Kampf gegen Tierkrankheiten zu arbeiten, vor allem gegen die Rinderpest, eine in Somalia vorherrschende Krankheit.

Somalia ist vor allem ein viehzüchtendes Land. 80 % der Bevölkerung sind ganz oder teilweise in diesem Wirtschaftszweig tätig. Vor der Unabhängigkeit hatte Somalia praktisch keine Veterinäre. Nach der Unabhängigkeit wurde 1967 die Schule für Tierheilkunde gegründet, um den wachsenden Bedürfnissen der Viehzucht zu entsprechen. Seit der „Revolution des 21. Oktober" 1969 hat die Regierung auf die Ausbildung von Tierärzten besonderes Gewicht gelegt. Eine Veterinärfakultät wurde an der Nationaluniversität gegründet, um für Somalia qualifizierte Tierärzte heranzubilden. Eine weitere bedeutende Fakultät wurde dieses Jahr hinzugefügt, um Techniker für die weiten Weidegebiete des Landes auszubilden.

Fortschritte in der Erziehung in Algerien. Im Schuljahr 1976/77 erreichte die Aufnahme algerischer Schüler in Grundschulen und weiterführende Schulen die Zahl 3340000. Das ist ein Anstieg von 14,8 % gegenüber dem letzten Schuljahr. 4000 Klassenzimmer, 2900 Schlafsäle und 45 höhere Schulen wurden im laufenden Schuljahr gebaut. Nach einer Anordnung vom letzten April ist die Schulausbildung obligatorisch für alle Kinder von 6 bis 16. Algerien wird neunjährige Volksschulen einrichten. In diesen Schulen werden die Schüler die arabische Sprache und Kenntnisse in der Produktion erlernen. Fabriken und andere Produktionseinheiten werden als Klassenzimmer benützt werden, damit die Schüler Unterricht in produktiver Arbeit besuchen und an produktiver Arbeit teilnehmen können. Auf diese Weise werden sie Grundkenntnisse in der Produktion erwerben. – (Alle Berichte nach Hsinhua)

Der Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen Japan und der Volksrepublik China ist einen großen Schritt weitergekommen. Die Volksrepublik China besteht darauf, in diesen Vertrag aufzunehmen, daß die ihn abschließenden Staaten nicht nach Hegemonie streben und sich dem Hegemoniestreben widersetzen. Der japanische Ministerpräsident Miki sagte jetzt vor dem Unterhaus, Japan würde „keine Hegemonie suchen und sich der Hegemonie einer dritten Macht widersetzen". (Nach Süddeutsche Zeitung, 30.9.) Das ist ein Erfolg der revolutionären Außenpolitik der Volksrepublik China, die den Spielraum der Supermächte wie aller imperialistischen Mächte einschränkt. Die sozialimperialistische Sowjetunion setzt Japan unter Druck und will den Abschluß dieses Vertrages verhindern. Zu Recht fühlt sie sich getroffen und bellt.

Der deutsche Imperialismus: seit 90 Jahren Erzfeind des Volkes von Namibia

Bei seiner imperialistischen Expansion gibt sich der BRD-Imperialismus gern als vom „Kolonialerbe unbelastet“, als habe er mit Unterjochung der Völker des Welt durch Kolonialismus und Imperialismus nichts am Hut. Das Gegenteil ist der Fall.

Das Beispiel Namibias, der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika, zeigt die Kontinuität des deutschen Imperialismus.

Vor Eindringen des Kolonialismus lebten im Gebiet des späteren Namibia verschiedene Stammesgesellschaften, die sich im Übergang von der klassenlosen Urgesellschaft zu einer frühfeudalen Klassengesellschaft befanden. Ihr gemeinsames Kennzeichen war: die Produktivkräfte entwickelten sich, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln spielte noch eine erhebliche Rolle, die materielle Versorgung aller Stammensmitglieder war gewährleistet. Die Namibier hatten ihre eigene Geschichte und machten sie selbst. Sie besaßen eine vielgestaltige und reiche Kultur. 1884 eroberte das Deutsche Reich dieses Gebiet und nannte es „Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika“.

Triebfeder der Besitzergreifung war das Verlangen nach Absatzmärkten, Rohstoffen und Arbeitskräften. Dabei lagen die deutschen Imperialisten mit den anderen Imperialisten im Wettrennen um die noch nicht aufgeteilten Gebiete in der Welt.

Der deutsche Kolonialismus wollte die zentralen Produktionsmittel des Landes, er wollte das Vieh und den Boden. Doch diese waren in unveräußerlichem Stammeseigentum. „Im Kapitalismus ist das Eigentum heilig. Wenn aber die Kapitalisten dieses Eigentum nicht haben, so ist es nicht mehr heilig. Alle Mittel sind gestattet, um sich in Besitz dieses Eigentums zu bringen. Dann ist es sofort wieder heilig.“(nach: Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitsheft 2, S.20) Die koloniale Besitzergreifung Namibias ist dafür ein anschauliches Beispiel. Der Angriff auf das Gemeineigentum der namibischen Stammesgesellschaften erfolgte auf allen Ebenen: der ideologischen Zersetzung, des Betrugs, der ökonomischen Durchdringung, der militärischen Gewaltanwendung.

– Missionare predigten die Ideologie von Privateigentum und Klassenversöhnung: Zum Beispiel bekämpften sie das traditionelle Recht, zum Lebensunterhalt auch von fremdem Gruppeneigentum nehmen zu dürfen, mit dem Gebot „Du sollst nicht stehlen“. Ein Missionsdirektor nennt als Aufgabe der Mission, „ihren Zöglingen das alte christliche Untertanengebot“ einzuprägen. Denn „eine Kolonialregierung wird niemals ihre Autorität bei ihren Untergebenen fest begründen, wenn diese nicht Christen sind. (..) Wie bei uns die Furcht vor dem Gefängnis nicht genügt, um Ordnung und Sittlichkeit aufrechtzuerhalten, so wird draußen auch nicht die Furcht vor der Nilpferdpeitsche und dem Mausergewehr genügen, um gute Untertanen und Bürger zu erziehen.“ (zitiert in: Namibia – von der antikolonialen Revolte zum nationalen Befreiungskampf, S. 55)

– Händler und Missionare brachten Waffen und Schnaps ins Land und schürten innerafrikanische Widersprüche;

– mit europäischen Waren drückten sie das afrikanische Handwerk an die Wand;

– einen Stamm nach dem anderen zwangen die Kolonialisten zum Abschluß von Unterwerfungsverträgen – durch exemplarische Ermordung von Häuptlingen, durch Drohung mit überlegenen Waffen, durch Bestechung, Betrug und Intrige;

– die Stammesgebiete wurden begrenzt, bei Überschreitung der Grenzen beschlagnahmten die Kolonialtruppen massenweise afrikanisches Vieh.

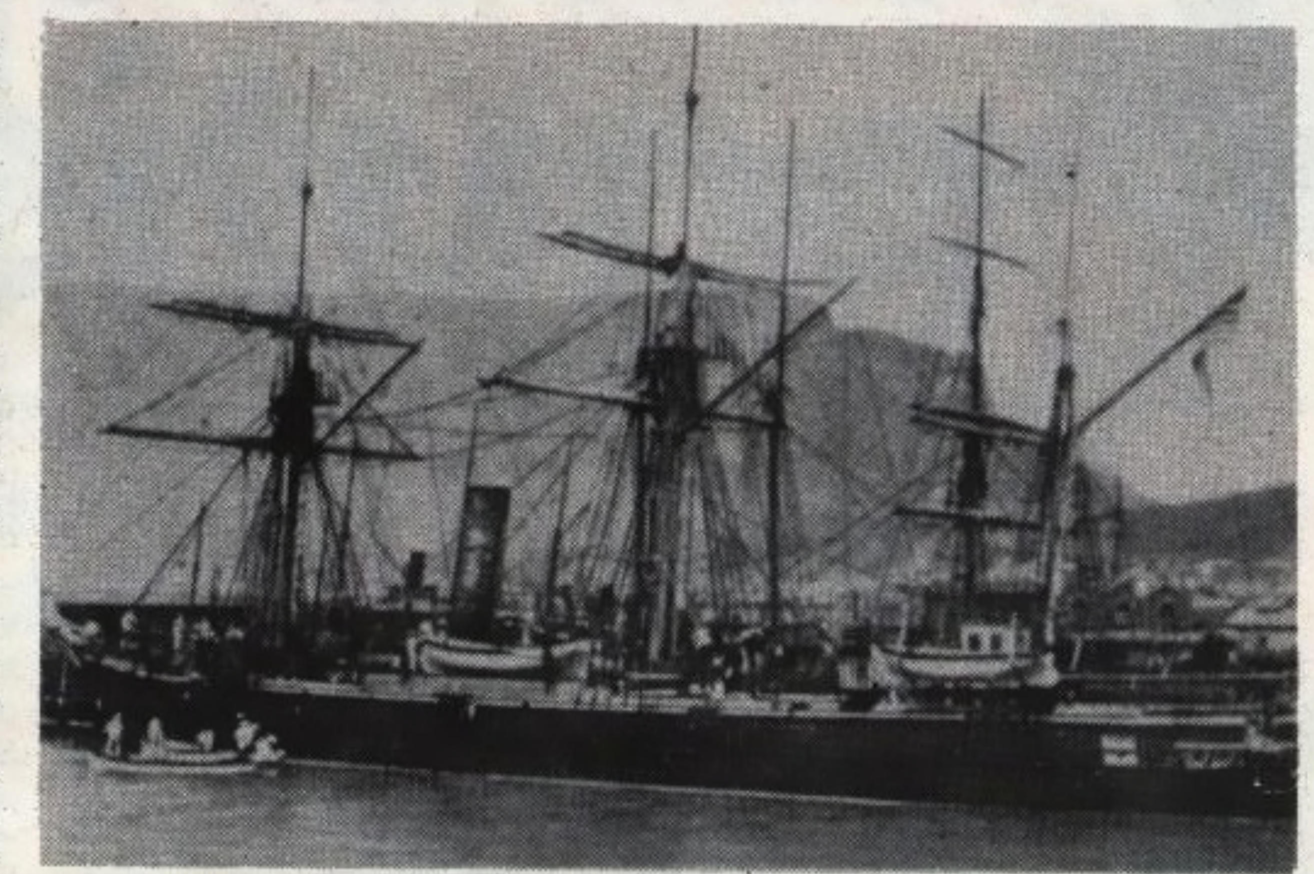
Von Anfang an wehrten sich die Stämme gegen ihre schrittweise Einschnürung und Enteignung, 1904 bis 1907 erhoben sie sich zu den großen Freiheitskriegen. Hinter den Linien feuerten Herero-Frauen die Kämpfer mit Sprechchören an: „Wem gehört Hereroland? Uns gehört Hereroland!“ Drei Jahre lang trotzten die Namibier – teilweise in gemischten Einheiten verschiedener Stämme kämpfend – einer Kolonialarmee, die zahlenmäßig fünf bis zehn mal so stark und waffen- wie ausrüstungsmäßig weit überlegen war.

Als die Kolonialtruppen gemäß der Devise des Befehlshabers von Trotha „Ich vernichte die aufständischen Stämme in Strömen von Blut und Strömen von Geld. Nur auf dieser Aussaat kann etwas Neues entstehen, was Bestand hat.“ (ebenda S.45) schließlich den Krieg für sich entschieden hatten, hatte der Imperialismus 75 000 von 220 000 Namibiern umgebracht, darunter 80% des Hererovolkes.

Die Namibier waren – ausgenommen die Stämme im Norden – enteignet, ihre Stammesverbände zerstört. Die Grundlagen für die kapitalistisch betriebene Ausbeutung der Namibier und ihres Landes waren damit geschaffen. Produktionsmittel und afrikanische Arbeitskräfte standen nun zur freien Verfügung des weißen Kapitals. Das Recht auf Eigentum war in den Stand der Heiligkeit und Unantastbarkeit zurückgekehrt. Die Profite, vor allem im Diamantensektor schnellten in die Höhe.

In Namibia wiederholte sich die Erfahrung aller unterdrückten Völker mit Kolonialismus und Imperialismus: Raub der Produktionsmittel und Freisetzung von Arbeitskräften war sein Ziel, schleichende Eroberung durch den Freihandel und gewaltsame Zerstörung und Vernichtung der nichtkapitalistischen Gesellschaften war seine Methode.

Mit der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg ging die Kolonialherrschaft unter dem Mantel des Völkerbund-Mandats an die Südafrikanische Union über. Die Hoffnung auf ein Rückgewinung seiner ehemaligen Kolonien gab der deutsche Imperialismus jedoch nicht auf. Zu den heute 30 000 deutschen Siedlerkolonialisten, die zum größten Teil im Land blieben, hielt er über sein Konsulat in Windhoek Verbindung. Sie machen ein Drittel der Weißen in Namibia aus und



Mit den Kanonenbooten seiner Kriegsflotte hat der deutsche Imperialismus 1884 den Raub und die Besetzung Namibias gesichert.

sind der Kern der Kolonialisten. Das „Kolonialwirtschaftiche Komitee“, das 1896 „zur Förderung der Rohstofferzeugung und des Absatzes deutscher Industrieprodukte“ gegründet worden war, beriet die Siedlerkolonialisten in Ausbeutungstechniken.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte sich der deutsche Imperialismus damit abfinden, daß an eine Rückgewinnung von Kolonien nicht mehr zu denken war. Die Völker der unterdrückten Länder befreiten sich überall vom Joch des Kolonialismus. Doch der südafrikanische Kolonialstaat, der entgegen Beschlüssen der UNO weiter die politische Macht in Namibia hatte, erwies sich als verläßlicher Sachwalter imperialistischer Interessen. Mit dem Apartheidsystem, mit der totalen Entrechtung und Unterdrückung der namibischen Volksmassen stellte er dem imperialistischen Kapital ein Heer billigster Zwangsarbeiter zur Verfügung und garantierte ihm den freien Zugang zu den Bodenschätzen, an denen Namibia besonders reich ist: unter den 20 bedeutendsten Bergbauländern belegt Namibia den 17. Rang; Namibia liegt an erster Stelle in der afrikanischen Produktion von raffiniertem Blei, an zweiter bei Cadmium, an dritter bei Zink. In der Weltförderung von Lithium und Vanadium liegt Namibia hinter Zimbabwe und den USA an dritter Stelle. (The Role of Foreign Firms in Namibia, Uppsala 1974, S. 82) Bei Rössing wird zur Zeit eine Uranlagerstätte erschlossen, die die größte der westlichen, wenn nicht der ganzen Welt sein soll. (journal südafrika 4/76, S. 2)

An der Ausplünderung der namibischen Arbeiterklasse und der namibischen Bodenschätze ist das westdeutsche Kapital durch Tochterfirmen der Metallgesellschaft AG Frankfurt (Großaktionäre: Dresdner Bank, Deutsche Bank, Allianzversicherung, Siemens) und der Olthaver-Gruppe beteiligt. Über die Urangesellschaft mbH & Co und die STEAG Essen versucht die VEBA AG, der umsatzgrößte Konzern der BRD, an die Uranlager Namibias heranzukommen und in der Konkurrenz gegenüber dem in Namibia dominierenden amerikanischen, englischen und südafrikanischen Bergbaukapital aufzuholen. Die westdeutschen Großbanken finanzieren den Bau des Cunene-Staudamms.

Großfarmen, die wegen der politischen Lage von ihren bisherigen Besitzern abgestoßen wurden, übernahmen vor allem westdeutsche Kapitalisten. Gestützt auf die deutschsprachigen Siedlerkolonialisten halten westdeutsche Importwaren den zweiten Platz nach den Importen aus Südafrika. Der größte Teil der Hauptausfuhrprodukte Schmuckdiamanten und Karakulfelle geht in die BRD.

Gegenwärtig spielt der BRD-Imperialismus mit seinen Beziehungen zur Siedlerbourgeoisie einen zentralen Part bei den Manövern gegen das namibische Volk. Der Plan der Imperialisten ist, die koloniale Unterdrückung Namibias aufrechtzuerhalten durch eine Verfassung, die Besitz und Rechte der weißen Minderheit als den Hauptstützen des Imperialismus garantiert und als oberstes Staatsorgan einen Rat vom Imperialismus bestellter und gekaufter Marionetten-Häuptlinge vorsieht; jedenfalls soll der koloniale Unterdrückungsapparat mit den Rassistentruppen als Kern unangetastet bleiben. Als der US-Außenminister Kissinger Anfang September zur Vorbereitung des zweiten Entspannungsmanövers sich mit Schmidt und Genscher in Hamburg getroffen hat, hat er auf das „besondere historische Interesse“ der Bundesrepublik an Namibia hingewiesen. Im Verein mit dem US-Imperialismus versucht der BRD-Imperialismus, den Befreiungskampf aufzuhalten und sich dabei erneut einen größeren Anteil der Reichtümer Namibias zu erobern. Diesen Zwecken dient auch das BRD-Konsulat in Windhoek, die 2 Millionen jährlich für deutschsprachige Schulen und das Namibia einschließende Kulturabkommen mit dem südafrikanischen Rassistenregime.

Gleichzeitig tarnt er sich als „Förderer des Befreiungskampfes“. Bundesminister Bahr hat am letzten Mittwoch die Absicht damit herausgelassen: „Wir werden die afrikanischen Befreiungsbewegungen unterstützen. Es sei nichts dagegen zu sagen, daß versucht werde, den Frieden durch Einsatz materieller Mittel zu erkaufen, wenn dies die Anwendung von Gewalt verhindere. ... Die Bundesrepublik müsse ihr politisches Engagement und ihre Wirtschaftskraft dafür einsetzen, daß es möglichst zu Lösungen unter Umgehung von Gewalt kommt. ... Die Welt müsse ein Äußerstes tun, um die Qualen eines zweiten Vietnam in Afrika zu verhindern.“ (Süddeutsche Zeitung, 8.10.76)

Was diesen Minister bleibend quält, ist der große Sieg des vietnamesischen Volkes über die Supermacht USA, weil es unbeirrt am bewaffneten Kampf festgehalten hat. Davon will er die Völker des südlichen Afrika abbringen und bietet als „Gegenleistung“ die „Wirtschaftskraft“ des BRD-Imperialismus an, die Unterjochung durch das westdeutsche Kapital.

„Im Falle Namibias werde die Bundesrepublik ihre besondere Verantwortung zu beweisen haben“, erklärte Bahr.

Das namibische Volk unter Führung der SWAPO kennt diese Art von „Verantwortung“. Der SWAPO-Präsident Sam Nujoma hat anläßlich der Afrika-Reise von Bundesaußenminister Genscher erklärt: „Die BRD hat durch ihr Handeln in- und außerhalb Namibias ohne jeden Zweifel klargemacht, daß sie ein Erzfeind des Volkes von Namibia ist.“ – (Winfried Nachtwei / Münster)



Hendrik Witbooi (Mitte), der Führer des Aufstandes der Hereros und Namas 1893–1894, gegen den deutschen Kolonialismus. Niemals hat sich das Volk von Namibia mit seiner Unterdrückung abgefunden.

Die Besitzergreifung Namibias durch den deutschen Imperialismus

„1883 war der deutsche Kaufmann Lüderitz an der Küste Südwestafrikas gelandet, und am 24. April des folgenden Jahres erklärte Reichskanzler Bismarck auf dessen Gesuch, daß er und seine Niederlassungen unter dem Schutze des Reiches stehen. Dies war der offizielle Beginn der deutschen Kolonialpolitik. Zum ersten Mal hatte ein deutscher Händler auf einem Gebiet eine Niederlassung gegründet, das noch kein anderer der europäischen Kolonialstaaten zu seinem Besitz erklärt hatte.“ (W. Nachtwei: Namibia, Sendler-Verlag)

Nachdem der Bremer Kaufmann Lüderitz Namibia „entdeckt“ hatte, bat er Bismarck um Schutz bei seinen Vorhaben, Handelsniederlassungen und schließlich eine Kolonie zu gründen. Dieser „Schutz“ war bitter nötig gegenüber den Afrikanern, aber auch gegenüber den englischen Imperialisten, die etwas weiter südlich Kolonialansprüche erhoben. Bismarck sagte zu, das Interesse Deutschlands an Erweiterung des „Lebensraumes“ geltend zu machen und Lüderitz „kaufte“ von einem namibianischen Häuptling das Land für 100 Pfund Sterling und 200 Gewehre. Kurz danach erschienen zwei Schiffe der deutschen Kriegsflotte an der Küste, und es wurde am 7. August 1884 offiziell die deutsche Flagge gehißt:

Seine Majestät, der Deutsche Kaiser Wilhelm I., König von Preußen, haben mir befohlen, mit Allerhöchster gedeckten Korvette „Elisabeth“ nach Angra Pequena zu gehen, um das dem Herrn A. Lüderitz gehörige Territorium an der Westküste Afrikas unter den direkten Schutz Sr. Majestät zu stellen. Das Territorium des Herrn A. Lüderitz wird nach der amtlichen Mitteilung als sich erstreckend von dem Nordufer des Oranjeflusses zu 26 Grad Südbreite, zwanzig geographische Meilen landeinwärts angenommen, einschließlich der nach dem Völkerrecht dazugehörigen Inseln.

Indem ich diesen Allerhöchsten Auftrag zur Ausführung bringe, hisse ich hiermit als äußeres Zeichen die deutsche Flagge, stelle somit das obenerwähnte Territorium unter den Schutz und die Oberherrlichkeit Sr. Majestät Kaiser Wilhelms I. und fordere die Anwesenden auf, mit mir einzustimmen in ein Dreifaches Hoch – Se. Majestät Kaiser Wilhelm I. lebe hoch!

Schering, Kapitän z. S., Kommandant S. M. S. „Elisabeth“

Die Kriegsflagge stieg am Mast empor, und in das dreifache, donnernde Hoch mischte sich dumpf der Kanonenschall von den beiden Fregatten, die der Flagge den Salut von 21 Schüssen brachte. Die Musik spielte „Heil Dir im Siegerkranz“ und „Ich bin ein Preuße“. Und so war in kaum zwanzig Minuten eine Tat geschehen, die zunächst freilich nur Herrn Lüderitz zugute kam, die aber doch für unsere ganze Kolonialpolitik von größter Bedeutung werden sollte. (Aus: Deutsche Kolonialpolitik, Leipzig 1938)

Damals schrieb Lüderitz an seine Frau in Bremen: „Ich bin hier so gern, daß ich ganz gern hier wohnen möchte, in der klaren Luft beim Tosen der Brandung. Aber die Hauptsache ist, daß wir abbaufähige Erzlager finden, und das gebe Gott!“ Vorläufig gab er nicht und die Expeditionen blieben relativ erfolglos. Erst 20 bis 30 Jahre später wurden die großen Bodenschätze Namibias an Kupfer und Diamanten entdeckt.

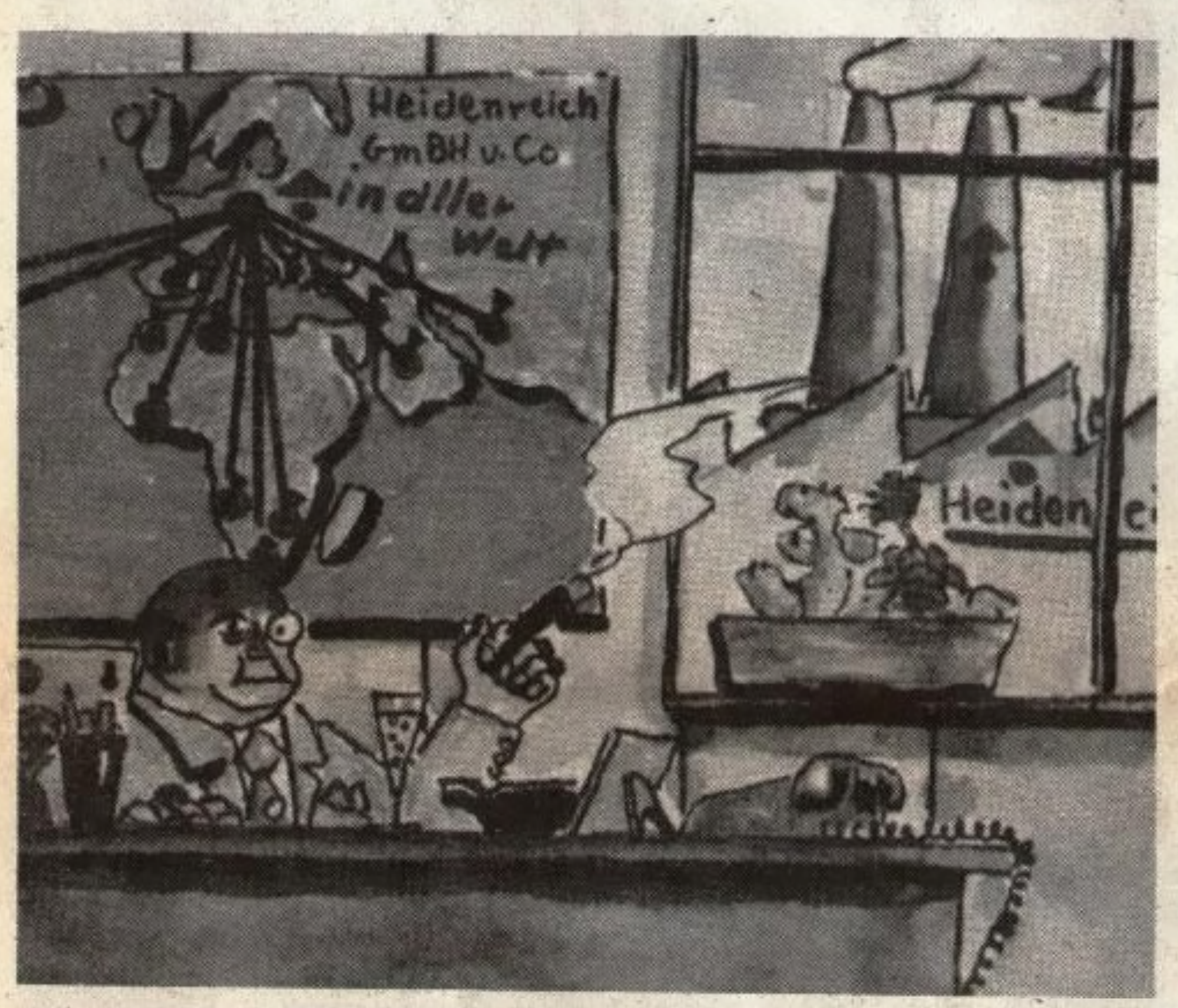
So kam Lüderitz bald in finanzielle Schwierigkeiten und wurde von der Berliner Kolonialgesellschaft, in der das entstehende deutsche Finanzkapital vertreten war, zum größten Teil aufgekauft. – (h.a., Bremen / Red.)



Aus dem neu erschienenen farbigen Kinderbuch:

Freiheit für Zimbabwe

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim
Preis: 4,00 DM



Das ist ein Imperialist. Die Imperialisten sind unsere größten Feinde. Was die Arbeiter produzieren, verkaufen die Imperialisten. Sie machen das große Geld und sind steinreich, weil die Arbeiter für sie arbeiten müssen. Immer mehr Fabriken können sie sich kaufen, und sie machen sich ein faules und reiches Leben. Je schlechter es uns geht, um so besser geht es ihnen. Sie besitzen unser ganzes Land, obwohl sie keine Zimbabwer sind. Die weißen Siedler in Zimbabwe helfen den ausländischen Imperialisten. Auch sie sind reich, und sie passen überall mit ihren Soldaten auf uns auf. Die Weißen sind nicht unsere Feinde, aber die weißen Siedler in Zimbabwe und die Imperialisten nehmen uns unser Land weg. Deshalb sind sie unsere Feinde.



chen sich ein faules und reiches Leben. Je schlechter es uns geht, um so besser geht es ihnen. Sie besitzen unser ganzes Land, obwohl sie keine Zimbabwer sind. Die weißen Siedler in Zimbabwe helfen den ausländischen Imperialisten. Auch sie sind reich, und sie passen überall mit ihren Soldaten auf uns auf. Die Weißen sind nicht unsere Feinde, aber die weißen Siedler in Zimbabwe und die Imperialisten nehmen uns unser Land weg. Deshalb sind sie unsere Feinde.



Heute haben die Siedlersoldaten entdeckt, daß ZANU-Soldaten im Dorf sind. Sie kamen zu ganz vielen und die Dorfbewohner versteckten die Genossen der ZANU.
Die weißen Soldaten sagten: „Wo sind die ZANU-Soldaten. Wenn ihr es uns nicht verratet, erschießen wir euch und eure Kinder und verbrennen das Dorf." Am lautesten schrie der Anführer mit der großen Mütze. Die Bauern sagten nichts, denn sie wollten die ZANU nicht verraten. Da gab der Anführer der weißen Siedlersoldaten den Befehl, alle Kinder zusammenzutreiben, um sie als erste zu erschießen.
Doch das ließen die Soldaten der ZANU nicht zu. Sie sprangen aus ihren Verstecken und beschossen die Siedlersoldaten aus allen Richtungen. Die meisten von denen waren auf der Stelle tot, der Rest lief wie die Hasen davon. Als erster wollte der Anführer mit der großen Mütze und mit der großen Klappe das Weite suchen. Aber jetzt lag er mausetot da und konnte nicht mehr wütend die Dorfbewohner beschimpfen und die Kinder erschießen lassen. Das ganze Dorf war nun glücklich, daß die Siedler besiegt waren.
Die Bauern mußten früher große Angst vor den Siedlern haben. Aber nun, wo sie gesehen hatten, daß man sie besiegen kann, hatten sie keine Angst mehr.





Das ist mein Dorf. Die Hütte mit dem Krug davor ist unsere. Da lebe ich. Wie du siehst, sind wir sehr arm. Obwohl selbst die Kinder bei uns schon viel arbeiten müssen, sind wir alle sehr arm. Wir haben kaum zu essen. Das kommt daher, weil die weißen Siedler mit ihren Soldaten über unser Volk herrschen. Sie gehören nicht zu uns. Sie sind vor vielen Jahren von Europa mit Kanonen in unser Land gekommen und haben es uns weggenommen. Sie sind schuld, daß wir nichts zu essen haben. Wir sind sechs Millionen, sie aber bloß etwa zweihundertfünfzigtausend. Du kannst dir das so vorstellen, daß 24 Schwarzen ein Weißer gegenübersteht. Trotzdem haben sie mehr Land als wir.



Ich dachte oft an die letzten Worte meines Großvaters, daß die ZANU unser Volk aufgerufen hat, sich von der Knechtschaft zu befreien. Ich habe mir geschworen, daß ich es mit befreien werde. Denn ich bin einer von unserem Volk. (...) Als ich in der Schule war, fragte ich die anderen Kinder, ob sie auch so denken wie ich. Und alle schwarzen Kinder dachten so. Eines Tages sagte die Älteste in unserer Klasse, die Tsitsi: „Wir werden alle zur ZANU gehen und unser Land befreien!" Keiner von uns hatte Angst, und fünf wollten sofort los.





An die Leser der KVZ!

Am 17.10. wird ein Fest zur Unterstützung der ZANU veranstaltet. Dazu male ich ein Bild zum versteigern. Der Erlös ist eine Spende zur Unterstützung der ZANU. Ich habe schon einmal ein Bild gemalt, weil ich den gerechten Kampf der Völker im Süden Afrikas unterstützen will. Der Erlös des 1. Bildes war 109 DM.
Auf einer Südafrika veranstaltung mit Rese Chiwara, lernte ich, daß der Kampf der Völker im Süden Afrikas richtig ist und unterstützt werden muß. Denn die Siedler haben das Land mit Gewalt erobert. Jetzt brauchen die Völker im Süden Afrikas Waffen, um ihr Land zurück zu erkämpfen.
Nach dieser Veranstaltung setzte ich mich für diesen Kampf ein und hängte z.b. in der Schule die Einladung zum Fußballturnier auf. Die Lehrer rißen die Einladung wieder ab und behaupteten: „Kinder verstehen nichts von Politik!" In Wirklichkeit wollen sie verhindern, daß die Kinder den gerechten Kampf der Völker im Süden Afrikas unterstützen
Ich bin vor kurzem in's Südafrika-kommitee eingetreten, weil ich den gerechten Kampf im Süden Afrikas aktiver unterstützen will.
Monika Martinez, Freiburg, 11 Jahr